

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 1.30 RM, monatlich 1.10 RM,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit Multipler Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1.10 RM pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich. Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Annoncen
 je Zeile ober deren Raum 80 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-
 gebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schul-
 stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 5. März 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Ende der bürgerlichen Demokratie.

Der Größenwahn des deutschen Liberalismus, der glaubt, bei den letzten Wahlen die Sozialdemokratie „zerfahmetert“ zu haben, wird wohl noch eine Weile anhalten, dann aber wird um so sicherer eine niederschlagende Ernüchterung kommen, die namentlich dem „entschiedenen“ Liberalismus die traurige Tatsache einprägen wird, daß er zum Vorkämpfer der ostelbischen Deputierten und jungerlicher Reaktionen herabgefallen ist.

Eines Erfolges aber kann der Liberalismus sich rühmen — er hat eine Parteirichtung zwar nicht „zerfahmetert“, aber aufgefressen, nämlich die bürgerliche Demokratie. Eine Demokratie gibt es seit den letzten Wahlen nicht mehr und es ist dafür bezeichnend, daß bei den Elementen, die bisher als bürgerliche Demokratie gelten wollten, das Wort „demokratisch“ möglichst vermieden und dafür „liberal“ oder „entschieden liberal“ gelehrt wird.

In Norddeutschland hat die ehemalige Fortschrittspartei sich eine Zeitlang als bürgerliche Demokratie bezeichnet, dies aber bald aufgegeben. Bismarck hatte in der Konfliktzeit noch spöttisch von der Kreisrichter-Demokratie gesprochen. Die Fortschrittspartei war immer mehr in einen schwächlichen Liberalismus übergegangen; die entschieden demokratischen Elemente hatten sich längst abgesondert. Johann Jacoby und Guido Weiß versuchten es zu Ende der sechziger Jahre noch einmal mit einer radikal-demokratischen Zeitung, der „Zukunft“. Der Krieg von 1870 mit seiner patriotischen Hochflut schwemmte das Blatt hinweg und Johann Jacoby schloß sich in konsequenter Weiterentwicklung seiner demokratischen Weltanschauung der Sozialdemokratie an.

Einige spätere Versuche, in Norddeutschland wieder eine bürgerliche Demokratie zu sammeln, blieben erfolglos.

In Süddeutschland hat sich die bürgerliche Demokratie länger gehalten; indessen gelang es ihr nicht, die Mainlinie mit ihrer Organisation zu überschreiten. Sie hatte ihre Anhänger hauptsächlich in Württemberg, Baden und Bayern und besaß in der „Frankfurter Zeitung“ ein sehr einflussreiches politisches Organ. Sie nannte sich stolz „Deutsche Volkspartei“, hat aber immer nur einen sehr kleinen Teil des deutschen Volkes in sich zu fassen vermocht. Sie drapierte sich speziell mit der Tradition des Jahres 1848, was ganz unbedeutend war, denn im Jahre 1848 hat es in der Volksbewegung sehr verschiedene Richtungen gegeben. Aber es fanden sich in dieser Partei eine Anzahl von Politikern aus dem Jahre 1848 zusammen, die sich aufrichtig demokratische Grundsätze bewahrt hatten. Das konnte man noch während des Sozialistengesetzes verspüren und es muß anerkannt werden, daß auch die „Frankfurter Zeitung“ damals einen ausdauernden Kampf gegen die Bismarcksche Reaktion geführt hat, von anderen, weniger vorteilhaften Eigenschaften dieses Organs abgesehen.

Es wurden anfangs manche Versuche gemacht, die radikale bürgerliche Demokratie und die jung aufstrebende Sozialdemokratie in einem freundschaftlichen Verhältnis zu erhalten. Doch beschränkte sich dies im wesentlichen auf Süddeutschland und Sachsen; in Preußen hatte ja Lassalle mit der Fortschrittspartei radikal gebrochen. Die alten bürgerlichen Demokraten waren auch nicht so schwachherzig, wie ihre Epigonen von heute; mit dem roten Gespenst konnte man ihnen nicht hange machen. Viele von ihnen waren allerdings auch so naiv, die Sozialdemokratie nur für eine Spielart der bürgerlichen Demokratie zu halten. Für die sozialökonomischen Theorien, welche in der neuen Arbeiterbewegung maßgebend wurden, hatten sie wenig oder gar kein Verständnis. Ein seinerzeit sehr bekannter schwäbischer Demokrat pflegte für sein Teil die Sozialdemokratie mit den Worten abzutun: „Die verderben uns alles!“

Aber so dachten nicht alle. Noch im Jahre 1868 tat zu Nürnberg ein Stuttgarter bürgerlicher Demokrat auf dem Verbandstage der deutschen Arbeitervereine den vielbeachteten Ausspruch:

„Die Demokratie muß sich zur Sozialdemokratie erheben, wenn sie eine wirkliche Demokratie sein will.“

Manche dieser alten Demokraten mochten an dem Begriff der „Sozialdemokratie“ von 1848 festhalten, der damals etwas ganz anderes bedeutete. Engels meint: „1848 bedeutete Sozialismus eine Bourgeoisbewegung, Kommunismus eine Arbeiterbewegung.“

Diese alten Demokraten bildeten in der bürgerlichen Demokratie bis um das Ende des vorigen Jahrhunderts, so mancher Querschnitt auch unter ihnen gewesen sein mag, ein gewisses Gegengewicht gegen die Neigung zu „liberalen“ Seitenzweigen, oder gar reaktionären Umwandlungen. Aber diese Kategorie ist nunmehr ausgestorben. Die Verschärfung der Klassengegensätze hat auch die bürgerliche Demokratie in immer größerer Gegenfah zur Sozialdemokratie gebracht. Sie konnte sich den Forderungen der Zeit nicht ganz entziehen und hat sich auch ein sozialpolitisches Programm zugelegt. Allein es war ihr nicht Ernst damit und sie hat niemals eine bemerkenswerte Tätigkeit für diesen Teil ihres Programms entfaltet. Wenn sie beanspruchte

als eine „soziale Demokratie“ betrachtet zu werden, so war dies nur ein Spiel mit Worten. Ohnehin befanden sich in dieser Partei verschiedene Großindustrielle, denen eine einschneidende Sozialpolitik von vornherein verhaßt war.

Die Traditionen von 1848 sind nun bei dieser bürgerlichen Demokratie völlig zum Teufel gegangen. An sich ist das begreiflich. Denn eine Partei kann nicht auf die Dauer von Traditionen leben. Aber wäre diese Partei wirklich noch lebensfähig — als Demokratie — gewesen, so hätte sie sich in eine moderne Demokratie verwandeln müssen. Das konnte sie nicht; sie ist zu sehr an den Boden der bürgerlichen Gesellschaft gefesselt, als daß sie der Arbeiterbewegung Zugeständnisse von Bedeutung machen möchte. Der Klassenkampf war ihr von jeher ein Grauel; sie begriff niemals, daß derselbe auf die Abschaffung der Klassenherrschaft selbst gerichtet ist. Sie gebrauchte immer die Ausrede, sie trete nicht für das Wohl einer Klasse, sondern aller Klassen ein. Wie würde man in der vormärzlichen Zeit einen Demokraten ausgelacht haben, der etwa sich geäußert hätte, er trete für das Wohl aller Klassen, also auch des feudalen Junkertums ein.

Da fehlte nur der äußere Anstoß, um diese Partei zu dem verhassten Liberalismus hinüber zu treiben. Die Wahl brachte den Anstoß und auch die bürgerliche Demokratie von ebendem lief hinter den „nationalen“ Leitbündeln her. Die ehemalige „Deutsche Volkspartei“ lehnt sich an die „Freisinnige Volkspartei“ und die „Freisinnige Vereinigung“ an, diese wieder an die Nationalliberalen, und die Nationalliberalen leisten den konservativen Lakeländchen.

So ist denn doch etwas zu stande gekommen, was der Arbeiterbewegung gegenüber wie eine reaktionäre Masse aussteht. Der Liberalismus wird die ehemalige bürgerliche Demokratie mit dem Schlimmsten Grundlosigkeit überziehen und sie verschlingen.

So muß es kommen.

Die russische Revolution.

Die Duma.

Die Meldungen über die Eröffnung der Duma widersprechen sich; nach einigen soll sie bereits am 5., nach anderen am 12. März eröffnet werden.

Nach einer Petersburger Meldung beabsichtigt der Block der Linken die Bildung eines Kabinetts zu fordern, welches aus Mitgliedern der jetzigen Duma und einigen durch ihre liberale Gesinnung bekannten Mitgliedern des Reichstags zusammengesetzt ist. Alsdann wird, von den Blockparteien die Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts sowie die Verantwortlichkeit der Minister verlangt werden. Da der Zar entschlossen ist, alle diese Vorschläge mit größter Energie zu bekämpfen, so rechnet man mit der Möglichkeit einer baldigen Auflösung der neuen Duma! —

Faktionen der Linken in der Duma.

Allmählich treffen die Deputierten aus der Provinz in Petersburg ein, und die Frage der Bildung von Faktionen innerhalb der Linken in der Reichsduma tritt in den Vordergrund. Eine sozialdemokratische Faktion hat bekanntlich bereits in der ersten Duma bestanden. Nun ist auch in der Sozialrevolutionären Partei, wie der „Lwowischer“ mitteilt, die Mehrheit der Parteioffiziere dafür, daß in der Duma eine selbständige sozialrevolutionäre Faktion geschaffen werde, die sich streng an die Direktiven der Partei halten und in Gemeinschaft mit dem Zentralkomitee handeln soll.

In den Reihen der Volkssozialistischen Partei und der Arbeitsgruppe (Trudowiki) wird nach der Meldung des „Telegraph“ die Frage einer möglichst nahen Vereinigung beider Parteien lebhaft erörtert. Man spricht selbst von der Herausgabe eines gemeinsamen Organs und der Errichtung eines gemeinsamen politischen Klubs. Diese Frage wird auf den Kongressen, die von der einen wie der anderen Partei in nächster Zukunft einberufen werden, zur Sprache kommen, wobei die Trudowiki zu ihrem Kongress die Vertreter aller sozialistischen Parteien, natürlich nur mit beratender Stimme, einladen.

Im Verband der Autonomen werden unter Anteilnahme der polnischen (außer den Karobadobodemokraten), jüdischen, lettischen und mohammedanischen Gruppen Beratungen abgehalten über die Aufgaben und die Organisation einer Dumafraktion des Verbandes. —

Konstituierender Kongress des Altrossischen Offiziersverbandes.

In der Beilage zu Nr. 2 des „Wojenny Sojus“ („Der Militärverband“) werden die folgenden interessanten Angaben über den konstituierenden Kongress des altrossischen Offiziersverbandes veröffentlicht: Der Kongress wurde auf Anregung der Petersburger Offiziersgruppe einberufen, die sich als Organisationskomitee des Offiziersverbandes erklärt hat. Laut dem Programm, das auf dem Kongress angenommen wurde, sind es zwei Aufgaben, vor die die russische Revolution gestellt ist: Befreiung der Persönlichkeit vom Joch der despotischen Regierung und Befreiung der Persönlichkeit von dem ökonomischen Joch. Von der Ansicht ausgehend, daß die volle Volksherrschaft die höchste und gerechteste Form der staatlichen Ordnung sei, daß das autokratische-bureaucratische Regime für die Entwicklung des Landes verderblich sei und daß die Bestimmung und sittliche Pflicht der Armee darin bestehe, dem Volke zu dienen — strebt der Verband danach, die Offiziere zu einer parteilosen, revolutionären Organisation zu bereinigen, um die Armee den Händen der zaristischen Regierung zu entreißen und sie dem kämpfenden Volke einzureihen.“ Der Verband ist der Ansicht, daß nur die Konstituante als das gesetzliche und souveräne Organ des Volkswillens angesehen werden könne. Im besonderen könne nur die Konstituante die Armee von Grund aus reformieren, indem

sie das stehende Heer durch die allgemeine Volksbewaffnung, d. h. die Volksmiliz, ersetzt. Als Mittel, um den Übergang vom stehenden Heere zur Volksmiliz zu bewerkstelligen, erscheine dem Verband folgendes notwendig: 1. Möglichst weitgehende Durchführung des Wahlprinzips in der Armee; 2. Demokratisierung der Armee durch eine Reihe von Reformen, wie a) Bewilligung aller bürgerlichen und politischen Rechte und vor allem des aktiven und passiven Wahlrechts an alle Heeresangehörigen außerhalb des Dienstverhältnisses, b) Verminderung der Dienstzeit, c) vollständige Reform der militärischen Ausbildung, d) Abschaffung der Sonderkriegsgerichte usw.

In seiner Resolution über die Taktik hebt der Verband als die grundlegenden Reformen des aktiven Auftretens der Armee den politischen Streik und den bewaffneten Aufstand hervor als diejenigen taktischen Schritte, die es erlauben, die wirksamsten Kampfarten im Zusammenhang mit den vorliegenden Bedingungen auszuüben.“ Was die alltägliche Taktik anbetrifft, so seien die Mitglieder des Verbandes verpflichtet, sich die Interessen der revolutionären Bewegung zur Richtschnur zu nehmen und sich den folgenden Forderungen zu unterwerfen: 1. Weigerung, an den Feldkriegsgerichten und den Einrichtungen teilzunehmen, 2. Weigerung, sich an den Strafexpeditionen zu beteiligen, 3. Weigerung, unter welchen Umständen es auch sei, von den Waffen gegen das Volk Gebrauch zu machen und 4. Widerstand gegen die Pogromen.

Im Augenblicke des allgemeinen Volksaufstandes folgt der Verband als ganzes dem Rufe und den allgemeinen Direktiven der organisierten revolutionären Kräfte und schließt sich den Aufständischen an.“

Der Kongress hat ein eingehendes Organisationsstatut ausgearbeitet.

Die Polytechniker.

Petersburg, 3. März. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute früh umgingen etwa 1500 Polizisten das Polytechnikum und nahmen in mehreren Studentenwohnungsgebäuden Hausdurchsuchungen vor, bei denen an verschiedenen Stellen etwa ein Duzend Bomben, sowie 10 Schnellfeuergewehre, 2 Pfund Dynamit, Handgranaten und Pyroxilin entdeckt wurden. Die Hausdurchsuchungen dauerten bis zum Nachmittag. Fünfzehn nicht der Studentenschaft angehörige Personen, unter ihnen mehrere Frauen wurden verhaftet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. März 1907.

Der Kampf geht weiter.

Die Hintertreppenspolitik führte bekanntlich auch zu jenen Unterhandlungen mit den Zentrumsführern, die vor der Auflösung des Reichstages zur angeblichen Klärung dunkler kolonialpolitischer Punkte führen sollten. Dabei sind nun, wie es scheint, die Zentrumsunterhändler von Dernburg und Genossen über's Ohr gehauen worden. Heute suchte der Abtator des Reichskanzlers, der Direktor der Reichskanzlei Herr v. Lößel, dem Abgeordneten Gröber dieser Tage auf einen Zwischenruf bemerkte, er, Lößel, habe hier nichts zu sagen! — die neuartigen Angaben Erzbergers zu entkräften, und er glaubte, einen besonderen Trumpf auszuspielen mit der forcierten Erklärung, er trete mit seiner Beamtenchre für die Richtigkeit seiner Darstellung ein.

Gegen diese im Auftrage des den Debatten höchst auffälligerweise fernbleibenden Reichskanzlers gegen Zentrumsabgeordnete gerichteten Angriffe trat der den rechten Flügel des Zentrums führende Abgeordnete v. Hertling in die Schranken mit einer scharf pointierten Schilderung der Bilmovschen Politik, die er im Gegensatz zur Bismarckschen als eine kleinliche apostrophierte. Tief beklagte Hertling die Haltung Bilmovs im Wahlkampf gegen das Zentrum. Die Entwicklung des Zentrums aus einer Oppositionspartei zu einer positiv mitwirkenden nationalen Partei erfuhr durch den Redner eine bezeichnende Charakteristik, welche die Rückkehr des Zentrums zum bürgerlichen Block klar erkennen ließ. Im übrigen besprach Herr v. Hertling die Ursachen der Reichstagsauflösung, die Forderung des Wahlfampfes unter Vorantritt des Reichskanzlers, er geißelte die Annahme der Nationalliberalen und prophezeite der Fortführung der jetzt beliebten Politik ein Fiasko — die oppositionellen Strömungen würden Oberwasser gewinnen. Die „Raschheit im Tempo des Wahlfampfes“, das heißt die Verschmäzung des Zentrums, bedauerte Herr v. Hertling von Herzen, und er rief dem Reichskanzler, eine Wirtschaftspolitik der „mittleren Linie“ einzuschlagen, die der Taktik des Zentrums entspreche. — Der Abgeordnete Erzberger aber kündigte in einer persönlichen Bemerkung an, daß er auf die Unterhandlungen in der Reichskanzlei morgen näher eingehen werde; für heute bestritt er die Richtigkeit der Behauptungen v. Lößels.

Das Debüt des Vertreters der „christlich-sozialen Arbeiterbewegung“, des Abgeordneten Behrens, fiel weit ab von den großspurigen Reden, die in der Wahlbewegung zu Gunsten dieser Sorte von „Arbeiterführern“ geschwungen worden sind, die eine neue Ära sozialpolitischer Tätigkeit im Reichstage verhießen, wenn die christlich-sozialen Redehelden gewählt würden. — Um sich bei der Rechten resp. dem nationalen Block gut einzuführen, schimpfte Behrens zunächst wie ein Blockschwäher auf den „Terrorismus der Sozialdemokratie“. Als er aber den Terrorismus von Unternehmern gegen christlichsozial organisierte Arbeiter leise berührte, da gaben ihm die Blockangehörigen ihre Mißstimmung durch Flucht aus dem Saale zu erkennen! Einfach und undachtet sprach Behrens noch das Märchen nach von der „unfruchtbarsten sozialpolitischen Tätigkeit der Sozialdemokratie“ und stellte in

*) Auf gut Schwäbisch: „Dui verderbet ons alles!“

**Russisch, daß die christlichsozialen Abgeordneten eine frucht-
bare sozialpolitische Tätigkeit entfalten würden. Warten
wir ab.**

Der Polz Graf Wislizeński persiflierte den „neuen
Lion“, der für den Block vom Reichstanzler angeschlagen
worden ist. Redner ist gespannt, wie der Freisinn sich an
diesen neuen Lion gewöhnen werde. Dann kritisierte er scharf
das Polenpolitik der Regierung, holte sich dafür aber einen
unberühnten Ordnungsruf des Vizepräsidenten Baasche.
Der Herr Graf polemisierte dann gegen den Vorwurf
des Abgeordneten Winkler, die Polen hätten die
russische Revolution unterstützt. Demgegenüber stellte
er Redner fest, daß die russische Bureaucratie die Unter-
lage für die Revolution geschaffen und gelogen, betrogen und
gestohlen habe, bis das Volk endlich die Geduld verlor. Die
preussische Bureaucratie dagegen sympathisiere mit der russi-
schen, während die Polen stets gegen diese Anarchie und Kor-
ruption gekämpft hätten.

Am schärfsten zeichnete Genosse David die Situation, der
die Angriffe einer Reihe von Gegnern gebührend zurückwies. Be-
sonders nahm er die Stellung der Regierung in diesen Staatsdebatten
unter die Lupe. Der Reichstanzler erwiderte, sagte er, nicht im
Reichstage, um die Szenen nicht mit anzusehen, die die
Paarungspolitik aufgeführt haben; daß er, der Reichstanzler,
ein schärferes Lied bei künftigen Wahlen gegen die Sozial-
demokratie blasen wolle, lasse diese laut, sie werde die Reichs-
tanzlerschaft Wilkows überdauern. Auf eine liberale Aera
im Reich könnten nur politische Kinder hoffen; der
preussische Ministerpräsident Fürst Bülow sei der Ge-
fangene des reaktionären Junkertums. Eher werde es
zu einem Wiederausammenfinden des Zentrums mit
der Junkerpartei kommen, die von einer Nebenregierung nicht
reden solle, denn sie habe das Monopol auf die Vorbereitungen.

Dann brandmarkte David die Verleumdungen der Sozial-
demokratie durch die Regierung, den Reichstanzlerverband
und einzelne Abgeordnete. Der Reichstanzler habe die
unwahre Behauptung über unsere Frankfurter Partei-
genossen noch nicht widerrufen; dafür habe der Prozeß in
Anhalt den schmachvollen Vorwurf, ein sozialdemokratischer
Wähler habe einen „nationalen“ Wähler ermordet, zu schanden
gemacht. Der Abgeordnete v. Liebert, der Führer des Reichs-
verbandes, habe die Lüge wiederholt, Genosse Schöpslin, sein
unterlegener Gegenkandidat, habe die Reichsflagge einen
Schmutzklappen genannt. Liebert wisse, daß nicht von der
Reichsflagge, sondern von der Lügenflagge des Reichs-
verbandes die Rede gewesen sei, die nicht als Reichsflagge zu
gelten habe. Solchen Lügen habe der Gottentottentod keine
Erfolge zuzuschreiben; aber er habe eine Million Stimmen
weniger erhalten als die Oppositionsparteien.

Dann unterwarf David die Anschauungen des Reichs-
tanzlers über die Sozialdemokratie eingehenden Betrachtungen,
transkribierte dessen Bemerkungen über die „Revisionsisten“. Er
erklärte, den Titeln der Gegner aus persönlichen Grund-
geboten Calwers, Bernsteins und anderer sei wenig Gewicht
beizulegen, und betonte die Geschlossenheit der Partei, gegen
die einzelne überhaupt nichts anrichten könnten. Allen
Spaltungsbestrebungen würde die Partei die Tür weisen.

Gegenüber den Angriffen auf die sozialpolitische Tätigkeit
der Sozialdemokratie konstatierte David die völlige Erfolg-
losigkeit der Bülowischen Sozialpolitik, die sich nur in Unter-
drückungsgesetzen gegen die Arbeiter betätigt habe. Eine
wahrhaft kulturelle Politik sei nur durchführbar im Sinne der
Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Bemerkenswert ist noch, daß Graf Posadowsky, der eine
zweischneidige Erklärung über den Diskont der Reichsbank
und die ihn veranlassenden wirtschaftlichen Verhältnisse gab,
am Schluß seiner Rede kurz auf die Vorwürfe der Scharf-
macher gegen seine Sozialpolitik einging und mit äußerster
Schärfe erklärte, solange er auf seinem Posten stehe, würden
ihn die giftigsten und verleumderischsten An-
griffe nicht hindern, auf den betretenen Wegen weiter zu
wandeln. Die scharfe Abweisung erregte den Eindruck, als ob
die Scharfmacher eifrig an seinem Sturze wirkten.

Dienstag: Fortsetzung der Staatsberatung.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beendete am Montag zunächst
die Beratung des Etats der Zentralgenossenschaftskasse. Die De-
batte, in der die Herren Hamer, Hahn und Arendt gegen
Dr. Krüger ankämpften, bewegte sich fast ausschließlich auf per-
sönlichem Gebiete: Der Abg. Dr. Krüger hatte es gewagt, an
der Tätigkeit der Reichszentrale Kritik zu üben, und er entsefelte
dadurch den Zorn der konservativen Redner.

Dr. Arendt konnte es sich bei dieser Gelegenheit nicht ver-
sagen, unserem Genossen Zubeil einen Stelldübel zu versehen. Zwar
gibt es im allgemeinen nicht als anständig, abwesende Gegner, denen
die Möglichkeit der Verteidigung genommen ist, anzugreifen, aber
was kümmert das Herrn Arendt? Mit der Reichszentrale hat Zu-
beil nicht das geringste zu tun, seine einzige Sünde ist die, daß er
den Wahlkreis Teltow-Deestow-Storow-Charlottenburg im Reichs-
tag vertritt, und das ärgert den Abg. Arendt so, daß er sich zu dem
Auspruch verließ, der Kreis könne auf seine Vertretung im Van-
dage stolz sein; er wünsche nur, daß der Vertreter im Reichstage
auch so sachlich reden könnte. Nun, der Vertreter im Reichstage,
Herr Hamer, hat hinlänglich bewiesen, daß Geistes Kind er
ist, und die Arbeiter haben ihm ja auch im Jahre 1903 eine so deut-
liche Abgabe erteilt, daß er im Jahre 1907 einen zweiten Durchfall
nicht mehr riskierte. Genosse Zubeil wird dem tapferen Dr. Arendt
im übrigen die Antwort wohl nicht schuldig bleiben.

Das Haus beriet noch den Etat der Verwaltung der in-
direkten Steuern. Die Diskussion setzte mit einem Lob-
gefang des Abg. Lusenstj (nass.) auf den Bucherzähl und die
neuen Handelsverträge ein. Da ihm jedoch von freistruker Seite
eine Ermiderung nicht zu teil wurde, blieb die erwartete wirt-
schaftspolitische Debatte aus. — Von der übrigen Debatte ist nur
die ablenkende Haltung des Finanzministers gegenüber der Forde-
rung des Abg. Kessel (kons.) auf Herabsetzung der Zuckersteuer
zu erwähnen. Herr v. Rheinbaben befürchtet davon einen zu
großen Ausfall an Einnahmen. Ebensovornig will der Minister von
einer Änderung des Vereinsgesetzes wissen; er hält eine Ände-
rung der Regulative für ausreichend, um die gutgegetretenen
Verhältnisse zu besetzen.

Am Dienstag steht zunächst die konservative Interpellation auf
Regelung der Ruhegehalts- und Besoldungsverhältnisse der eban-
gelischen Geistlichen auf der Tagesordnung. Dann wird die Staats-
beratung fortgesetzt.

Die Polenpolitik der preussischen Junker.

Die Herren Großgrundbesitzer sind mit der neuen Maßregel,
welche die preussische Regierung zur Bekämpfung der polnischen
„Kammbenarigen“ Vermehrung der polnischen Bevölkerung in den
Provinzen Posen und Westpreußen ausgesucht hat, nicht einver-
standen. Die von der Regierung noch halbhoftigen Maßnahmen

beabsichtigte Zwangsbesetzung polnischer Grundbesitzer erscheint
ihnen höchst gefährlich — natürlich nicht, weil sie ein solches Ver-
fahren in seiner einseitigen Anwendung auf den polnischen Grund-
besitz für recht bedenklich oder für politisch zweckwidrig halten,
sondern weil sie eine Entwertung des Groß-
grundbesitzes und eine Schwächung des landjunkertlichen Ein-
flusses in jenen Gegenden befürchten. Hat auch die Tätigkeit der
Anfiedelungskommission, wie wir erst kürzlich darlegten, trotz der
Verpöberung von 837 Millionen Mark Staatsgeldern das Be-
völkerungsverhältnis zwischen Polen und Deutschen nicht sonderlich
verändert, so hat sie sich um so nützlicher für das Großgrundbesitzer-
tum jener Provinzen erwiesen. Die Boden- und Güterpreise sind infolge
der Anfiedelungskommission beträchtlich gestiegen, von 600 M. pro
Hektar im Jahre 1888 auf 867 M. im Jahre 1902 und auf
1419 M. im Jahre 1906. Dieses Resultat dankt den Herren
Agrariern höchst wertvoll, und sie verschärfen deshalb nicht
die geringste Neigung, diese Preissteigerung durch Ein-
führung des Zwangsenteignungsverfahrens hemmen zu lassen.
Schon in ihrer Nummer vom 22. Februar meinte jüngst die
„Deutsche Tageszeitung“:

„Zunächst ist die Befürchtung nicht ganz von der Hand zu
weisen, daß das Enteignungsrecht der Kommission
preisdrückend wirken, also auch die natürliche und be-
drohtigste Aufwärtsbewegung der Preise hemmen werde. Von den
Befürwortern der Maßregel wird dagegen ausgesagt, daß diese
Gefahr nicht vorliege, da die Enteignung höchstens imstande sein
werde, ein ungesundes, sprunghaftes, übermäßiges Steigen der
Preise zu hindern oder hinauszubalancieren. Ob und inwieweit die
Gefahr wirklich in Erscheinung treten würde, dürfte lediglich
noch in der Hauptsache von der Handhabung abhängen. Aber
ganz abgesehen davon, bedeutet jede Erweiterung des Ent-
eignungsrechtes einen so starken und so gewaltsamen Eingriff
in die Besitzrechte und in die regelmäßige, freie wirtschaftliche
Entwicklung, daß man an ihre Durchführung nur denken sollte,
wenn eine eminente, nationale Gefahr vorliegt, die durch andere,
milder bedenkliche Mittel nicht abgewendet werden kann.“

Dazu kommt noch ein anderer Grund. Die Anfiedelungs-
kommission teilt bekanntlich die großen Güter in kleinere Grund-
stücke auf, und diese erwerbenden Anfiedler sind nur zum
kleineren Teil aus den Provinzen Posen und Westpreußen, der
größere Teil kommt aus weiter westlich gelegenen deutschen Landes-
teilen. Und dieser Zugzug nach den adeligen Landjunker der Ost-
marken nicht, denn erstens sind diese zuwandernden bäuerlichen
Elemente nicht so geübt wie die eingewanderten, und zweitens wird
durch die Zunahme des Kleinbesitzes auf Kosten des Großbesitzes
der Einfluß der Herren Junker geschwächt. Sie sind also für die
Aufrechterhaltung der „richtigen, gesunden Mischung
von Groß-, Mittel- und Kleinbesitz“, das heißt, für die
Aufrechterhaltung des absoluten Ubergewichts des Großgrund-
besitzes. Deshalb haben sie sich daran gemacht, ein ihren Wünschen
mehr entsprechendes, besseres Mittel für die „Führung des Deutsch-
tums“ in den polnischen und westpreussischen Gegenden zu finden.
Als solches Mittel wird vom Grafen Glossoff in der „Deutschen
Tageszeitung“ empfohlen:

„Staatliche Unterstützung des Deutschentums, insbesondere
des heutzutage Grundbesitzerstandes im Osten, und zwar
in erster Linie durch eine staatslicherseits zu bewirkende
Stärkung des Real- und Personalkredits nebst
Einleitung einer Entschuldungsaktion mit Staats-
mitteln.“

Danben wird von ihm die Einführung einer Veräußerungs-
beschränkung sowie einer allgemeinen Belastungsbeschränkung für
den gesamten Grundbesitz in den „national gefährdeten“
Gegenden verlangt.

Die erste Forderung erscheint selbstverständlich den Herren
Großgrundbesitzern als die wichtigste. Der Staat soll ihnen billigen
Kredit verschaffen und sie zweitens durch Hergabe von Staatsgeldern
von ihren hohen Schulden befreien. Ein feiner Vorschlag! Die
Herren verlangen sich schon bisher großartig auf die nationale
Politik des Reichens; nach den Reichstagswahlen ist jedoch ihre Un-
eigenmächtigkeit im Handeln noch beträchtlich gewachsen.

Friedensgeschwän.

Ueber die neue Haager Konferenz wird in der bürger-
lichen Presse allerlei geredet. Da hat Herr Campbell
Bannerman, der englische Premierminister, einen Friedensartikel
geschrieben, der von den schönsten Friedenswünschen durch-
drungen ist, und auf demselben steht, daß, da alle Welt rüste, auch Eng-
land mit seinen Marinestellungen nicht zurückbleiben
könne. Diese englischen Flottenrüstungen bedeuteten aber für
keine Macht irgend welche Bedrohungen. Ungefähr mit den-
selben Worten haben sich auch die Herren Bülow und
Lipshitz vor einigen Wochen über die Rüstungsfrage vernehmen
lassen. Es ist gar keine üble Persiflage, daß Herr Campbell
Bannerman mit beinahe den gleichen Worten den gleichen ministe-
riellen Tiefstimm verkündet.

Nun hat sich auch der in Wien eingetroffene russische Staats-
rat von Martens einem Interviewer gegenüber dahin aus-
gesprochen, daß die maßgebenden Staatsmänner von der zweiten
Haager Konferenz „gute Erfolge“ erhoffen. Nicht nur müsse die
Konferenz an der Vereinfachung des internatio-
nalen Schiedsgerichtsverfahrens arbeiten, sondern
auch eine Erörterung über die Kriegsrüstungen könne
„unter Umständen fruchtbar“ sein. Praktische Ergebnisse werde
eine Diskussion darüber zwar nicht haben; eine etwaige Inia-
tive Englands könne aber nur freudig begrüßt werden.

Die Idee der Friedenskonferenzen ist ja gerade von Ruß-
land ausgegangen. Bereits 1888 und 1899 äußerte sich Graf
Murawiew im Namen der russischen Regierung noch viel
optimistischer über die Möglichkeit der Abrüstung. Trotz der
Friedenskonferenz freilich drang Rußland dann erobert in Ost-
asien vor, bis seine ländergerige Weltpolitik und seine offensativen
Kriegsrüstungen den japanisch-russischen Krieg provozierten.
Selbst gegenwärtig, in der Zeit furchtbarer
innerer Wirren, liegt dem offiziellen Rußland nichts näher,
als durch erneute Rüstungen seinen militärischen Zusammen-
bruch wieder wegzumachen. Wie Rußland geht es natürlich
allen anderen Mächten. Jede überläßt sich in der Ab-
rüstungsfrage der anderen den Vortritt. So wird denn auch
bei der erneuten Haager Konferenz nichts herauskommen. —

Deutsches Reich.

Die Nachwahl in Wühlhausen-Langensalza.
Die infolge der Kandidatenüberlegung des Ehren-Gidhoff in
Wühlhausen-Langensalza Weichensee notwendig ge-
wordene Ersatzwahl hat, wie wir schon meldeben, mit dem
Sieg der Konservativen im ersten Wahlgang geendet.
Damit ist das Ziel des Herrn Gidhoff und seiner Hintermänner
erreicht, einen alten Besitzstand der Freisinnigen in die Hände der
Konservativen zu spielen, bloß um zu verhindern, daß in einem
anderen Wahlkreise (Rennep-Rettmann), die Sozialdemokratie
ihren Besitz eventuell erhalte.

Die absolute Majorität, mit welcher der Konservative Arn-
keid siegte, beträgt 800, er erhielt insgesamt 11 000 Stimmen,
gegen 5000, die auf den Freisinnigen Rerten, und 5611, die

auf unseren Genossen Brunwald fielen. Nach diesen vor-
läufigen Zahlen, die aber kaum geändert werden dürfen, ver-
loren wir selbst gegenüber der Hauptwahl vom 25. Januar
405 Stimmen, die Freisinnigen 128 und die Konservativen ge-
wannen 1908. Wenn man bedenkt, daß sich das Zentrum mit
seinen 2000 Stimmen am 25. Januar an der Wahl nicht beteiligte,
geht am 1. März aber zur Wahl ging und in der Hauptsache für
den Konservativen eintat, so wird das Ergebnis dieser
Ersatzwahl sofort erklärt.

Was dabei den Stimmenverlust der Sozialdemo-
kratie betrifft, so hat er mit allgemeinen politischen Fragen
nichts zu tun; er ist einmal zurückzuführen auf die bei Nachwahlen
typische Wahlflaute, die hier bei den nichtorganisierten
sozialdemokratischen Wählern um so stärker eingreifen mußte, als
von vornherein jeder positive Erfolg für uns ausgeschlossen war,
und zweitens auf lokale Vorgänge in Langensalza und
Umgegend. Hier war unseren Genossen noch kurz vor der Ersatz-
wahl ein Bierbock in scharfer Form aufgedrungen worden,
und die Gegenmaßregeln unserer Genossen mußten nicht nur die
in Frage kommende Großbauerei treffen, sondern auch die von
ihr abhängigen Heimen Wirte und Händler, und das wurde in der
Stadt und Umgegend natürlich als „Terrorismus der Sozialdemo-
kratie“ ausgeführt. Dadurch haben wir allein in der Stadt
Langensalza und der näheren Umgebung mehrere hundert Stimmen
eingebüßt. Die aufgeklärten und vor allem die organisierten Ar-
beiter sind uns auch hier treu geblieben; erst recht in der Stadt
Wühlhausen und ihrer Umgebung, wo unsere Stimmen sogar nicht
unwesentlich gegen den 25. Januar zugenommen haben.

Der allgemeine Kampf gegen unsere Partei
hatte sich gegenüber der Hauptwahl noch wesentlich verschärft; die
Wahlbeeinträchtigungen, besonders nach der dazu an-
stehenden Staatsrede Bülow's, waren etwas Selbstverständliches
geworden.

Für die Freisinnigen bedeutet der, wenn auch äußerlich
scheinbar geringere Stimmenrückgang, doch politisch weit mehr.
Tatsächlich ist auch zunächst der Stimmenrückgang der Freisinnigen
wesentlich größer, als es der Gesamtwahl erkennen läßt. Diese
Gesamtwahl liegt um deswegen nur etwa 150 Stimmen unter dem
Ergebnis vom 25. Januar, weil vom Zentrum trotz allem
mindestens 600 bis 700 Stimmen auf den Freisinn gekommen sind.
In den Orten aber, wo die Vormacht des Freisinn's sonst zu suchen
war, sind seine Stimmen um Hunderte zurückgegangen, so in der
Stadt Wühlhausen allein um 400. Das Hauptorgan des Freisinn's
des Kreises, die „Wühlh. Ztg.“, gibt sich denn auch keinerlei
Illusion darüber hin, wer der Leidtragende ist. Sie begleitet das
Ergebnis der Wahl mit folgenden Zeilen:

„Das Ergebnis kommt nicht so ganz unerwartet, denn der
Ursachen, die zu diesem unerwünschten Ausgange schließlich
drängen mußten, sind so viele, daß die endgültige Wahl des
bündlerischen Kandidaten nur den Schlüsselpunkt einer Kette von
Hilfsbedeutenden und tiefbedauerlichen Ereignissen war. Die
Wahlmüdigkeit in weiten Kreisen der Wähler, das in letzter
Stunde ersandene Telegramm des Zentrumsführers Spahn,
in dem die Zentrumswähler aufgefordert wurden, geschlossen für
Arnkeid zu stimmen, die Zersplitterung in den eigenen
Reihen, die Stimmenthaltung im liberalen
Lager, die mitwirkende Verbitterung gegen Professor Sid-
hoff, die nach lange nicht schwinden dürfte, alle
diese Umstände kamen zusammen, um dem Gegner den günstigen
Boden für seine Wahl vorzubereiten. Nun liegt der Libera-
lismus gerichtet am Boden da, und das Banner des Fort-
schritts, das so lange Jahre hindurch sich hoch über diesem Wahl-
kreis gehobelt hatte, sinkt auf Halbmaß! Vielleicht für
immer! Und wer trägt die Schuld? Nicht der Gegner, nicht
die Wähler selbst; nein, unter bisheriger Abgeordneter, Herr
Professor Sidhoff, der jehige Vertreter seines heimathlichen Wahl-
kreises Rennep-Rettmann-Kemscheid, gegen dessen dortige Wahl
das Kreiswahlkomitee der Sozialdemokratie jenes Kreises
Protest eingelegt hat, hat den Liberalismus in unserem
Wahlkreis entgesehlagen, und sein Verhalten war auch der in-
direkte Anlaß dazu, daß ein unseeliger Wenderswift entfacht, eine
Spaltung in die sonst so geschlossenen Reihen der Liberalen aller
Schattierungen hineingetragen wurde.“

Diese Ausführungen treffen so ungefähr das Richtige. Es
liegt in ihnen aber auch eine weitere Verbitterung dafür, daß der
Liberalismus, je mehr er seine Grundfäße bis auf den letzten
aufgegeben hat, immer mehr zum Spielball von ein paar
Personen wird, und wenn diese, wie im Falle des Ehren-
Sidhoff, politisch verkommen, bricht er in den einzelnen Kreisen zu-
sammen.

Die Sozialdemokratie hat keinerlei Anlaß, wie die
Dinge sich jetzt historisch entwickelt haben, diesen Prozeß zu be-
dauern. —

Die konservativ-liberale Paarung.

Die schwächlichen Reden, die von ein paar Frei-
sinnigen im Reichstag während der Staatsdebatten gehalten
worden sind, haben bei den konservativen Modorthern bereits
schweren Anstoß erregt. So langelt die „Kreuzzeitung“
in einem Artikel „Freisinnige Störenfriede“ die
Herren Schrader, Gothein und Bayer kräftig ab. Die
Freisinnigen sollten doch nicht so vorlaut sein. Namentlich die
Freisinnige Vereinigung und die Deutsche Volks-
partei sollten sich doch ein Rüstern an dem Redner der Frei-
sinnigen Volkspartei, Herrn Biemer, nehmen, der
„sachlich und maßvoll“ gesprochen habe. Wenn die freisinnigen
Herren glaubten, sich „recht lobbar machen zu müssen, um möglichst
große Gegenstände zu erhalten“, so übersähen sie, daß die Regie-
rung gar nicht in der Lage sei, ihnen ein Pall-
horn liberaler Gesetzesvorlagen darzubringen.
Sie müßten sich schon eine Zeitlang „recht national betragen, um
sich mehr Einfluß auf die Volkstimmung und damit auch mehr Ein-
fluß auf die Gesetzgebung zu erwerben.“

Die „Kreuzzeitung“ verlangt aber von dem Freisinn nicht nur,
daß die „Votum- und Fleischwucherpolitik“ für ihn ein Rüstern
ist, daß er jeden Angriff auf das preussische Drei-
klassenwahlrecht unterläßt, sondern sie müet dem Frei-
sinn auch zu, das neue Buchstabengesetz gegen die Gewerkschaften
durchbringen zu helfen. Die Konservativen würden niemals davon
abgehen. Maßnahmen gegen den „sozialdemokratischen Terrorismus“
zu fordern:

„Da gerade liberale und freisinnige Blätter sich
das Verdienst erwerben, reichliches Material, das einen
solchen Schuß als dringend notwendig erscheinen läßt, zu sammeln,
so sollte man doch meinen, daß auf jener Seite endlich einmal
der Widerstand gegen die erforderlichen Maßnahmen schwinden
müßte.“

Welches Gewicht gerade die Konservativen auf das Gewerkschafts-
nebelgesetz legen, beweist auch ein Leitartikel der „Kreuz-
zeitung“ in der Sonntagsnummer, wonach es heißt, daß der
„Krieg gegen die heutige revolutionäre, terroristische, antimoralische
und antinationalistische Partei bis auf's äußerste“ durchgeführt
werden müsse. Es heißt ferner „im gewerkschaftlichen Leben den Terro-
rismus niederzurufen“. Man sieht, welche geschwätzigen
Wechselbälle die Konservativen von der konservativ-liberalen
Paarung erwarten!

Welche Rolle die „Kreuzzeitung“ dem Freisinn zumutet, geht auch aus dem Rat hervor, der Freisinn möge sich hüten, Faktionsträger einzubringen, auf die sich Zentrum, Polen und Sozialdemokratie mit ihnen einigen könnten! Einbringen könnte man ja schließlich falls solche Anträge, aber man dürfe nicht auf ihrer Erledigung bestehen, solange man wünscht, daß ohne das Zentrum registriert werde. Sehr unangebracht sei es, wenn der Freisinn sich auf seine Wahlerfolge, seine Popularität, so viel zu gute tue, seien seine „kleinen Wählerliste“ doch nicht die Früchte seiner eigenen Werbelkraft, sondern nur die Folge der Unterstützung der Regierung und der Rechtsparteien!

Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt nicht nur dem Freisinn beratende Ratschläge, sondern sie warnt auch den Reichstag:

„Er wird sich hüten müssen, Gesetzentwürfe einzubringen und Maßnahmen zu treffen, die als Sprengbomben wirken könnten. Die Gefahr liegt nicht sowohl auf dem eigentlichen politischen Gebiete, als vielmehr auf dem der Wirtschaftspolitik. Ueber eine Reform des Strafprozesses und des Strafrechtes, des Vereins- und Versammlungsgesetzes usw. wird man sich vielleicht verständigen können. Die konservativen Parteien weisen wenigstens die Möglichkeit einer solchen Verhandlung nicht grundsätzlich und nicht von vornherein ab. Ob aber eine solche Verständigung in der Botschaft möglich sei, erscheint außerordentlich zweifelhaft. Daß ferner bei den handelspolitischen Abmachungen, die den Reichstag in nächster Zeit beschäftigen werden, die Reichsregierung ausnahmsweise, ist leicht möglich, ja vielleicht wahrscheinlich. Wir fürchten aber nicht, daß dadurch eine dauernde und tiefe Spaltung verursacht werde. Zweckmäßig dürfte es sein, nimmere die grundsätzlichen Erörterungen über die Möglichkeit des neuen Kurzes einzuschränken und abzumauern, wie der Hase läuft.“

Die Herren Agrarier und Konservativen erklären also dem Freisinn: Solange du dich jeder freisinnigen Betätigung entziehst, alle Heeres-, Marine- und Kolonialforderungen bewilligst, unserer Agrarpolitik nicht im Wege stehst, das Proletariat durch Judenschwänze nicht inselbst hilfst, unsere Forderungen keine Rücksicht in deine freisinnigen Absichten nimmst, wirst du unser Heer verbändeter und Geber; foltest du aber irgend welche Gegenleistungen verlangen, so werden wir und genötigt sehen, mit unseren alten Zentrumsfreunden deine liberalen Forderungen statt niederzustoßen. Dieser kleine ebbeliche Zwist soll uns freilich nicht abhalten, jederzeit dann wiederum deine Hülfe in Anspruch zu nehmen, wenn das Zentrum sich eine Sperre stellt!

Mit rücksichtsloserem Hohn ist von einem Verbündeten niemals ein Bundesgenosse behandelt worden! —

Sie bekennen Farbe!

Die „Post“ druckt heute eine Notiz der „Deutschen Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ beifällig ab, in der das Unternehmertum zum offenen Terror aufgefordert wird. Die Stelle lautet:

„Zunächst ist der Arbeitsplatz, unbeschränkt oder eigener oder gemieteter Besitz, immerhin aber Besitz der Arbeitgeber. Da hat der Arbeitgeber also nicht nötig, sich irgendwelche sozialdemokratische Uebergriffe gefallen zu lassen. Wer da oder auf dem Hin- und Rückwege irgend einen Arbeitskollegen belästigt, ob durch Wort oder Tat, der fliegt. Wer, und sei es auch in einer Pause, den Arbeitsplatz zum Agitationsplatz macht, der fliegt, denn der Arbeitsplatz ist zum Arbeiten, nicht zur sozialdemokratischen Agitationsrede oder zur Schriftenverteilung. Ebenso selbstverständlich steht es ja im Belieben eines Arbeitgebers, einen Arbeiter einzustellen oder zu entlassen. Er ist keineswegs genötigt, Gründe dafür anzugeben. Was hindert ihn also, einen sozialdemokratischen Agitator, der die Arbeiter gegen ihn aufregt, den Streikmacher, der Arbeiter zur Stellung immer neuer Forderungen aufregt, unter Beachtung gesetzlicher Vorschriften nachlässig, zu entlassen? Wer hindert uns, die Lokale, die Geschäfte zu meiden, deren Inhaber, einerlei in welcher Weise, von Sozialdemokraten Vorschub leisten? Wie tun dabei doch nur, was die Sozialdemokraten uns längst vorgemacht haben. Und wenn die Arbeitgeber sich einig werden, wegen sozialdemokratischer Verhöhnung entlassene Arbeiter nicht wieder einzustellen, so tun sie auch nur, was die Sozialdemokraten mit Beschloß und Berufserklärung uns längst vorgemacht haben.“

Die „Post“ erklärt ausdrücklich, sich diesen Darlegungen „nur durchaus anschließen“ zu können: „Durch solche Maßregeln verlohnt man zwar die Sozialdemokraten nicht, aber das beabsichtigen wir ja auch keineswegs und das können wir auch gar nicht beabsichtigen, denn, wie das genannte Organ sehr richtig bemerkt, die Herrschaften wollen nicht verhöhnt werden. Sie haben uns den Kampf bis aufs Messer geschworen, und diesen Kampf wollen, ja müssen wir aufnehmen.“

Diese Scharfmacherfrechheit ist natürlich nichts als die mit aller brutalen Ehrlichkeit proklamierte Taktik, die das Unternehmertum seit Anbeginn geübt hat. Erst ihr gegenüber hat sich die Arbeiterschaft in jene Organisationen zusammengeschlossen, denen jetzt von dem Scharfmachertum Terrorismus vorgeworfen wird. Der Terrorismus des Unternehmertums hat den Widerstand der Arbeiterklasse hervorgerufen. Jetzt, nach dem „glänzenden Wahlsieg“, ist dem Unternehmertum der Kampf geschwollen, daß es nunmehr mit zynischer Offenheit das als Taktik proklamiert, was es seit jeher geübt hat! Die Arbeiterklasse freilich wird dem vom absolutistischen Wahnsinn ergriffenen Scharfmachertum beweisen, daß auch sie noch ein Wörtchen mitzusprechen hat! —

Konservativ-freisinnige Geisteskräfte.

Durch die ganze konservativ und freisinnige Presse laufen lange Artikel, in denen die angeblichen Schuldigen in der an dem Plattenverein betriben „Diebstahl“ dem Staatsanwalt denunziert werden. Daß die konservative Presse die jämmerliche Taktik ist, einen „Diebstahl“ zu konstruieren und sich darüber stillschweigend zu entrüsten, statt die schamlose, bedrücklich subventionierte Wahlmanche des Plattenvereins zu brandmarken, versteht sich ja von selbst. Daß sich aber auch die freisinnige Presse für einen derartigen Denunziations- und Entlastungsummel nicht für zu gut hält, ist charakteristisch für ihre moralische Verkommenheit! Es sind erst ein paar Monate her, daß gerade auch die freisinnigen Blätter ebenfalls aus Kolonialakten die für die Regierung kompromittierendsten Dinge abdruckten, obwohl ihnen ganz genau bekannt war, daß diese Aktenstücke auf einem ganz ähnlichen Wege in ihren Besitz gelangt waren, wie die Dokumente des Herrn Reim, die der „Bayerische Kurier“ abgedruckt hatte. Während damals aber die freisinnige Presse diese „gestohlenen“ Aktenstücke strukturell verwertete, setzt sie jetzt unisono mit der „Kreuzzeitung“ und der „Post“ über den angeblichen Diebstahl eines anständigen Menschen, der sich das Verdienst erwarb, diese neueste politische Eiterbeule aufzutragen.

Hebtigens druckt selbst die „Nordd. Allg. Ztg.“ ein freisinniges Gutachten ab, worin der Verfasser zu dem Schluß kommt, daß in der Reim-Affäre der Tatbestand des Diebstahls nicht vorliegt, da es dem Einbrecher an der

der rechtskräftigen Zueignung, der ja nicht weggenommenen, sondern nur abgeschriebenem Dokumente gefehlt habe. Ebenso wenig könne der Redakteur des „Bayerischen Kuriers“ als Dieb aus § 208 des Strafgesetzbuches bestraft werden, da die Behauptung des Vorhandenseins eines Diebstahls voraussetze. Die Täter könnten höchstens wegen des Vergehens des Hausfriedensbruchs zur Verantwortung gezogen werden.

Dem freisinnigen „Berliner Tageblatt“, das noch im Herbst des vorigen Jahres alle möglichen Aktenstücke der Herren Plattenverein abdruckte, gebührt das Verdienst, die ersten Enthüllungen über die „Diebstahl“-Affäre des „Bayerischen Kuriers“ gebracht zu haben. —

Gibt Herr Studt?

Man munkelt wieder einmal, daß Herr Studt nun doch bald gehen würde. Ueber die Ursache seines eventuellen Rücktritts kursieren verschiedenartige, obendrein auch bereits bestrittene Gerüchte. Nur so viel steht fest, daß Herr Studt, wenn er geht, sicherlich nicht dem Liberalismus zum Opfer gebracht werden wird. Das konstatiert auch die „Vossische Zeitung“. Sie meint, er sei ja nicht mehr jung und habe nichts mehr zu erreichen. Der Schwarze Adlerorden schmückt ja bereits seine Brust. Wenn auch die Konservativen lechzt für ihn eintreten, sei ihm doch nicht unbekannt, daß er auch innerhalb der konservativen Partei vielfach Gegner besitze. Sollte er wirklich gehen, so werde das unter Umständen geschehen, daß alle Gründe eher als der Wunsch der liberalen Parteien für maßgebend erschienen. Und wer auch sein Nachfolger werden möge, auf mehr als politische Neutralität werde nicht zu hoffen sein.

Wäre Studt während der Wahlkampagne geschieden, so wäre zweifellos die freisinnige Presse mit ihrem „Triumph“ haufieren gegangen. Jetzt, nach der Wahl, muß sie befürchten, wegen solcher Renommistereien gerade von der „berühmten“ konservativen und Regierungspresse verhöhnt zu werden. So gesteht sie denn resigniert, daß auch nach Studts Abgang alles beim alten bleiben würde. Daß dem so ist, hat ja auch hinlänglich der Wechsel im preussischen Landwirtschaftsministerium bewiesen! —

Die Schlächtermeister und die Fleischfabrik.

Die Herren Schlächtermeister lieben es, sich über die hohen Viehpreise zu entrüsten und für diese ausschließlich die Profitsucht der Agrarier verantwortlich zu machen. Wie sehr sie sich aber selbst, ohne Rücksicht auf die fleischverbrauchende Bevölkerung, bei ihren Forderungen und Maßnahmen von dem kassen Egoismus leiten lassen, beweist eine Eingabe, die der Deutsche Fleischverband an das Reichsamt des Innern gerichtet hat. Die Herren Fleischmeister verlangen darin, daß den Vereinigten Staaten von Amerika in dem angelegten neuen Handelsvertrag wieder eine Ermächtigung des Zolls auf Speck, noch die Einfuhr von Wurstfleisch in das deutsche Zollgebiet zugestanden wird. Ferner erklärt sich der Fleischverband entschieden gegen die Errichtung von Grenzschlachthäusern, insbesondere wenn sie von der amerikanischen Fleischgroßindustrie übernommen werden.

Niedrige Vieh- und möglichst hohe Fleischpreise: das ist das hohe Ideal der schlächtermeisterlichen Schweinepolitik. —

Herrn Böhm-Viebert. „Wegen Betätigung bei den Reichstagswahlen zugunsten der Sozialdemokratie“ soll acht Kuxen in Dresden ein Ausweisungsbefehl zugegangen sein.

Sieht den Steuerleuten des neuen Kurzes ähnlich. —

Reichshaushalts-Rotzgef.

In der heutigen Plenarsitzung des Bundesrats wurden die Ausschussberichte über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die vorläufige Regelung des Reichshaushalts für die Monate April und Mai 1907, sowie über den Entwurf eines Gesetzes betreffend die vorläufige Regelung des Haushalts der Schutzgebiete für die Monate April und Mai 1907 angenommen. —

Zu dem Kapitel „Pädagogik in den preussischen Volksschulen“ ist abermals ein äußerst bezeichnender Fall zu registrieren. Genosse Franke von der Dortmund „Arbeiterzeitung“, der am Freitag wegen Verleumdung eines Pflanzers Lehrers zu 75 M. Geldstrafe verurteilt wurde, hatte sich am Samstag nachmals wegen Verleumdung eines Duisburger Lehrers zu verantworten. Der katholische Volksschullehrer Wehling in Duisburg hatte einen Knaben schwer geprügelt, weil dieser von zwei Mitschülern beschuldigt worden war, einen jungen Vogel aus dem Nest genommen zu haben. Die „Arbeiterzeitung“ machte dem Lehrer zum Vorwurf, daß er die Prügelstrafe vorgenommen habe, ohne sich vorher von der Richtigkeit der Beschuldigung zu überzeugen. Auch wurde Kritik an der Art der Bestrafung geübt. Der geprügelte Junge sagte aus, daß er falsch beschuldigt sei; er habe in Gegenwart seines Vaters auf dem Felde einen noch nicht flüggen Sperling aufgenommen. Diese Aussage wurde durch mehrere Zeugen bestätigt.

Ueber die Art der Prügelstrafe und deren Folgen äußern sich der Knabe und dessen Mutter übereinstimmend, daß er acht Tage lang die Schule nicht habe besuchen können und mehrere Tage auf dem Bauch kriechen mußte, um sich mit kalten Aufschlägen behandeln zu lassen. Der ärztliche Gutachter Dr. Dieckhoff war der Meinung, daß von einer eigentlichen Prügelstrafe gar nicht geredet werden könne, der Junge hätte noch eine härtere Prügelstrafe tragen können. Schläge mit einem Rohrstock würden immer Streifen zurücklassen. Und schließlich müsse ein Junge die Strafe, sonst sei doch „alles für die Katz“. Kehlich äußerte sich ein Rektor der Schule.

Nach solchen Gutachten stand natürlich fest, daß Arno Franke wieder verurteilt werden würde. Dem Lehrer war nach Ansicht des Gerichts kein Vorwurf zu machen, denn er hätte sein Prügelstrafrecht nicht überschritten. Das Urteil lautete auf 800 Mark Geldstrafe eventuell 90 Tage Gefängnis. —

Ausland.

Schweiz.

Zum Stadtpräsidenten von Biel wurde, wie uns ein Privat-Telegramm meldet, Genosse Reimann (Arbeitersekretär) mit 1918 gegen 1745 Stimmen gewählt. —

England.

Die Londoner Gewerkschaftswahlen haben ein Bild ergeben, das eine genaue Kopie der letzten deutschen Reichstagswahlen genannt werden kann. Die Progressivsten erlitten eine schwere Niederlage, und die „Gemäßigten“ — auch „Municipal-Reformer“ genannt — erlangten eine Mehrheit von 41 Mandaten. Es sind gewählt 78 Gemäßigte, 37 Progressivsten, 2 Kandidaten der Arbeiterpartei und ein Unabhängiger. Die Gemäßigten gewannen 44 Sitze, die Progressivsten verloren 47. Dem Municipalsozialismus ist damit ein empfindlicher Schlag versetzt worden, und die Londoner Bevölkerung wird es wohl bald an ihrem Leibe zu spüren bekommen, was es heißt, wenn in der Kommune eine Partei die Oberhand erhält, welche den Standpunkt vertritt, daß städtische Unternehmungen mannigfaltiger Art privaten Nutznießern anzuliefern seien.

Wie es kommen konnte, daß die Londoner Wähler mit dem Municipalsozialismus so grausig gemacht wurden, daß sie sich zum Vordruck gegen die Progressivsten zusammenschließen, haben wir bereits in der Sonntagsnummer an-

gedeutet. Auf die einzelnen Erscheinungen in diesem merkwürdigen Wahlkampf werden wir noch zurückzukommen haben. —

Gewerkchaftliches.

Die Trabanten des Reichsverbandes.

Am ersten hannoverschen Wahlkreise (Stadt Hannover und Linden) wurde bei der Wahl ein nationaler Völkerverein Kandidat, der sich der konservativen Partei anschließen wollte, der Klempnermeister Plate aufgestellt. Er war der offizielle Kandidat des Reichsverbandes. Für ihn agitierte der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, der besonders unseren Gewerkschaften den Vorwurf politischer Betätigung macht, ganz offiziell. Schon während der Wahlbewegung trat ein Mitglied der Hirsch-Dunderschen für den Konservativen (!) als einen „gewerkschaftsfreundlichen“! Mann ein. Die christlichen Gewerkschaften hielten zu den Bekken. Nach der Wahl nun hielt der Reichsverband eine Mitgliederversammlung ab, in der als bemerkenswerteste Tatsache hervorgehoben wurde, daß zum erstenmal sich auch Vertreter der Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften eingefunden haben!

Bemerkenswert ist diese Tatsache freilich und ganz besonders noch deshalb, weil der Reichsverband in Hannover nicht weniger als fünf (!) Flugblätter gegen die Gewerkschaftsbewegung vor der Wahl verbreiten ließ, in denen das Menschenmögliche zusammengefaßt worden ist. In einem heißt es, die Gewerkschaften hätten sich zu Feinden der bestehenden Gesellschaftsordnung, der Arbeitgeber und des bestehenden Staates gemacht, und diese sind nun gezwungen, den ihnen angebotenen Kampf aufzunehmen trotz Anerkennung des Koalitionsrechts!

Also Kampf gegen die Gewerkschaften! Um diesen Kampf auch gegen ihre eigenen Organisationen besser führen zu können, schließen sich der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband, die Hirsch-Dunderschen und Christlichen dem Reichsligenverband an. Denn der Kampf soll geführt werden „trotz der berechtigten Seiten der Arbeiterbewegung!“ Die genannten Gewerkschaften sind also die Totengräber der Gewerkschaftsbewegung; durch ihren Eintritt in den Reichsverband billigen sie die Vernichtung der Gewerkschaften und durch Unterfütterung des konservativen Kandidaten haben sie für die Zertrümmerung der Gewerkschaften tatkräftig gewirkt. Ihr Verhalten bringt sie in den Verdacht, die Herausgabe jener 5 Flugblätter veranlaßt zu haben. — Keine „Gewerkschaften!“

Berlin und Umgegend.

In der Rolle der gekränkten Anschuldigung produziert sich der Chefredakteur der „Nachzeitung“, Dr. V. Wülfelmann. Er veröffentlicht in der neuesten Nummer der genannten Zeitung einen mit seinem Namen unterzeichneten Artikel, worin er sich mit einem großen Aufgebot von stillosen Entwürfen gegen den in Nr. 48 des „Vorwärts“ angeblüh gegen ihn erhobenen Vorwurf wehrt, er habe den in der vorigen Nummer der „Nachzeitung“ ausgedruckten Nachdruck fabriziert. Mit Bezug auf diesen Vorwurf, den er in unserem Artikel in bezug auf den Nachdruck gefunden zu haben glaubt, schreibt Dr. Wülfelmann:

„Dies geschieht mir gegenüber von einem Menschen, der sich bei seinem Tun wohlweislich in das Dunkel der Anonymität verflüchtigt und damit einen Standpunkt gewinnt, von dem er mich aus sicherem Hinterhalt mit Schmutz bewerfen kann.“

Mit dieser Phrase also glaubt uns der Dr. Wülfelmann niederzuknien, der selber in einem anonymen Artikel — erst jetzt stellt er sich als dessen Verfasser vor (!) — einen zweifach anonymen Brief — man kennt weder Absender noch Empfänger — sehr zweifelhafter Herkunft benutzt, um gegen die Leitung des Holzarbeiterverbandes eine schändliche Verleumdung zu schleudern. Wer im Glashaufe sitzt, das möge sich Dr. Wülfelmann gefast sein lassen, der soll nicht mit Steinen werfen. Als „ankündiger Kollege von der Presse“ fühlt sich Dr. Wülfelmann gekränkt. Diese Pose wirkt geradezu lächerlich. Kein „ankündiger Kollege von der Presse“ und kein anständiger Mensch benutzt anonyme Schriftstücke, deren Herkunft niemand kennt, um damit Männer, die allgemein als ehrenhaft bekannt sind, schamlos zu verächtigen. Das aber hat Dr. Wülfelmann getan und das ist der Vorwurf, den wir in unserer Nr. 48 gegen ihn erhoben haben. Daß Dr. Wülfelmann den Nachdruck selbst fabriziert habe, ist in unserem Artikel mit keinem Wort gesagt. Wir haben es allerdings als möglich hingestellt, daß das Nachdruck in der Redaktion der „Nachzeitung“ entstanden sein könnte, haben es aber als sehr wahrscheinlich bezeichnet, daß jemand — außerhalb der Redaktion — den Brief verfertigt und abgedruckt hat, um den Unternehmern Stoff zur Verleumdung der Arbeiterorganisation zu liefern. — Wer mit anonymen Briefen Ehrenmänner zu verächtigen sucht, der hat kein Recht, sich darüber zu entsetzen, daß man über die dunkle Herkunft der anonymen Substanz Vermutungen auspricht, die dem Verbreiter des anonymen Nachdrucks nicht unangenehm sind. In der Verleumdung gegen einen Vorwurf, der ihm gar nicht gemacht worden ist, wendet Dr. Wülfelmann eine große Staubwolke stillosen Entwürfen auf, hinter der er unsichtbar verbleibt, und sich so der Pflicht entzieht, auf den Vorwurf zu antworten, den wir ihm wirklich gemacht haben und den wir hiermit wiederholen: Dr. Wülfelmann hat einen anonymen Brief zweifach Herkunft benutzt, um mit seinen Worten, sondern versteht, aber doch deutsch genug, die Leitung des Holzarbeiterverbandes der Verleumdung des anonymen Briefes zu verächtigen. Eine Verteidigung gegen diese Anklage hat Dr. Wülfelmann nicht versucht. Auch seine Mitredakteure, sowie die sonstigen Leiter der Arbeitgebersvereine haben noch nicht erklärt, daß sie die falsche Verleumdung, welche in ihrer „Nachzeitung“ gegen die Leitung des Holzarbeiterverbandes erhoben worden ist, mißbilligen. — Diese Beispiellung genügt einstweilen.

Die nützlichen Elemente.

Seit der Ausperrung der Automobilfahrer im Berliner Droschkengewerbe vermehren sich die Automobilunfälle in den Straßen Berlins in unheimlicher Weise. Organisierte Chauffeurs sind an diesen Unfällen nicht beteiligt, denn in all den Fällen, wo die Zeitungen solche zu melden wußten, erfuhr die Verbandsleitung nichts von einer Beteiligung ihrer Mitglieder und diese hätten sich zweifelsohne schon um deswillen gemeldet, damit ihnen seitens der Organisation Rechtsschutz zu ihrer Verteidigung gewährt werde. Man kann also die Zunahme der Unfälle nur darauf zurückführen, daß die Straßen Berlins jetzt von ungeübten Streikbrechern unsicher gemacht werden.

Ein geradezu entsetzlicher Vorfall ereignete sich am Sonntag auf dem Wittenberg Platz. Dort fuhr der Führer der Bedag-Droschke 10 008 mit einer plötzlichen Wendung auf das Trottoir, überfuhr ein spielendes Kind und prallte an die Wand des Hauses an. Erst dort kam der Wagen zum Stehen. Unter dem Hinterrad hervor holte man dann die Leiche eines etwa 10-jährigen Knaben, dem der Kopf durch den schweren Wagen-Platz gedrückt worden war.

Dass es sich in dem vorliegenden Falle um einen Arbeitswilligen handelt, ist um so weniger aus der Welt zu schaffen, als die Firma Bedag nur Arbeitswillige beschäftigt. Alle geübten Führer dieses Betriebes sind ausgeperrt, weil sie sich nicht in demselben Augenblicke eine Lohnkürzung gefallen lassen wollten, wo dem kapitalistischen Riefenbetriebe durch Erhöhung der Fahrpreise Laviende und Abertausende als müheloser Gewinn in den Schoß geworfen wurden. Alle Bedagwagen sind neuester Konstruktion, lassen sich außerordentlich leicht und sicher steuern und sind in geübter Hand deswegen für den Straßenverkehr als sicherer zu bezeichnen als gewöhnliche Pferdebockchen. Trotzdem der Unfall, der sich nur aus der Qualität des Führers erklärt.

Höchst verwunderlich ist, daß gestern noch keines der sonst von jeder Kleinigkeit Notiz nehmenden Sensationsblätter von dem Unfall zu berichten wußte. Auch in dem Polizeibericht der „Voss. Ztg.“ ist zwar von einer Reihe von Unfällen mit weniger tragischem Ausgang die Rede; aber das Wüten der zwar dem Kapitalismus so nützlichen, der übrigen Welt recht gefährlichen Elemente aus dem Bedagbetriebe ist mit keinem Worte erwähnt! Es scheint, als wolle man stillschweigend dulden, daß die Bedags zermalmend über die Berliner Bevölkerung hinwegfahren, wie die indischen Götterwagen über die Menge der Gläubigen. Die Berechnung für den Kapitalismus ist aber in Berlin denn doch nicht groß genug, als daß man ihm stillschweigend seine Kinder opfert!

Bresche!

Den Steinmetzen Berlins und Umgegend, deren Lohngebiet dem der Maurer und Zimmerer etwa gleichkommt, ist nach längerem Sträuben neben anderen Forderungen von der Berliner Steinmetzen-Zunftung die achtstündige Arbeitszeit bewilligt worden. Die „Prinzipienfrage“, wie sie seitens des „Verbandes der Baugeschäfte“ benannt wird, ist also keine mehr. Werden die anderen Baugruppen, werden Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Dachdecker usw. sich dieselbe Arbeitszeit erkämpfen können? Das ist die schwerwiegende Frage, die in den nächsten Wochen der Lösung harret.

Bisher hat der Verband der Baugeschäfte diese Forderung als unannehmbar abgelehnt. Er wird diese Ablehnung nicht aufrecht erhalten können, wenn alle in Frage kommenden Baugruppen einmütig auf ihrer Forderung beharren.

Preussisches Versammlungs-„Recht“.

Es ist ein eigenartiges „Recht“, dessen Ausübung in jedem einzelnen Falle der Polizei im voraus angemeldet werden muß. Zu einem wesentlichen Schattens aber verleiht das „Recht“, wenn es durch polizeiliche Verordnungen allerlei Einschränkungen erfährt. Das ist, wie bekannt, bei unserem Versammlungs-„Recht“ der Fall. Eine der Schranken, welche die Polizei bei der Ausübung dieses „Rechts“ gezogen hat, ist die Bestimmung, daß öffentliche Versammlungen des Sonntags nicht vor 12 Uhr mittags beginnen dürfen. Vereinsversammlungen können dagegen auch am Sonntagvormittag abgehalten werden. Deshalb diese Einschränkung des Rechts auf Abhaltung öffentlicher Versammlungen erforderlich sein soll, das wird jemand, der außerhalb der Kreise der Bureaucratie steht, wohl nie ergründen können. Doch, man hat sich mit dieser Tatsache abgefunden und die Einberufer von Versammlungen kennen und berücksichtigen sie. Trotzdem kommt es ab und zu immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten zwischen Polizeiorganen und Einberufern von Versammlungen, die sich zwar im Rahmen der bestehenden Verordnung zu halten glauben, dann aber doch erfahren müssen, daß sie bei der Anmeldung die bürokratische Schablone nicht ganz genau beachtet haben. So ging es dem Einberufer einer Bautischlerversammlung, die am Sonntag in Germaniaaal stattfinden sollte. Der Einberufer, ein Angestellter des Holzarbeiterverbandes, hatte „eine Versammlung der Bautischler“ angemeldet, die vormittags um 10 Uhr beginnen sollte. Der Einberufer meinte natürlich eine Versammlung derjenigen Bautischler, die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sind. Da er das in der Anmeldung aber nicht ausdrücklich angegeben hatte, so sagte man sich auf der Polizei: Eine Versammlung der Bautischler, das ist eine öffentliche Versammlung. Öffentliche Versammlungen dürfen Sonntags um 10 Uhr noch nicht stattfinden, also darf die Versammlung nicht abgehalten werden. Der Einberufer suchte in persönlicher Vorstellung an zuständiger Stelle nachzuweisen, daß er nichts anderes gemeint haben könne als eine Mitgliederversammlung. Aber das half alles nicht. Wer könnte auch mit Gründen gegen die bürokratische Schablone polizeilicher Bevormundung ankämpfen. Es blieb dabei, daß die Versammlung der Bautischler nicht stattfinden durfte. Zu einer erneuten Anmeldung war es zu spät. Die zahlreich erschienenen Versammlungsbesucher mußten vor verschlossener Tür umkehren. Die Möglichkeit, über ihre Aussperrung durch die Unternehmer, wie beabsichtigt, zu beraten, war ihnen durch die Polizei, die sozusagen das Tipfelchen über dem „i“ in der Anmeldung vernichtete, genommen. — Das ist preussisches Versammlungs-„Recht“!

Der Lohnkampf der Herrenmahlschneider.

Die Mitgliederversammlung der Herrenmahlschneider, die am Sonntag den großen Saal und die Galerien des Feenpalastes füllte, legte wiederum beredtes Zeugnis ab für die Einmütigkeit und Entschlossenheit, womit die Arbeiter dieses Berufs eine Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse anstreben. In der Versammlung war, Stellung zu nehmen zu dem Aussperrungsbeschluss der Arbeitgeber. Der Aussperrung selbst waren ja die Arbeitnehmer schon zu einem guten Teil durch Arbeitsniederlegung zugehörig. Der Referent sprach bemerkte hierzu, daß die Art, wie die Arbeit niedergelegt, ohne den Beschluss der Organisation abzuwarten, an und für sich nicht richtig sei. Das sei jedoch in der durch die Arbeitgeber geschaffenen Lage von keiner großen Bedeutung. Wenn die Arbeitgeber gleichsam erklärten: Nun macht Ihr die Arbeit erst hübsch fertig, und dann schmeißen wir Euch hinaus — so sei es durchaus zu begreifen, daß man das Hinanswerfen nicht erst abgewartet habe. Der Redner schilderte dann ausführlich das Verhalten der Arbeitgeber, die bekanntlich schon von Anfang an und bevor sie noch die Forderungen kannten, erklärten, daß sie nichts bewilligten, und nun der Öffentlichkeit weiszumachen suchten, es wies sie sich um Erhöhungen von 20 bis 116 Proz. Der Redner hob an verschiedenen Beispielen nach, wie die Arbeitgeber dieses Rechenspiels fertig gebracht haben. Ihr Verband hat eine Tabelle herausgegeben, in der die bisher gezahlten Löhne den angeblich geforderten gegenüber gestellt werden. Da ist es nun zunächst merkwürdig, daß bei einer Anzahl Stücke Extraarbeiten angeführt werden, die an ein und demselben Stück weder gemacht werden noch gemacht werden können; z. B. beim Frack volles Besetzen und Klappenbesatz, was als ebenso unnützlich zu bezeichnen ist, als wollte man einen Frack mit Hosenschönern besetzen. Bei einer Reihe anderer Positionen führen sie als neue Forderungen Arbeiten auf, die schon seit dem Jahre 1900 bezahlt werden. Um aber das Märchen von den „bis 116 Proz.“ glaubhaft zu machen, gebrauchen die Statistiker vom Arbeitgeberverband noch ein drittes Mittel, indem sie zwei gar nicht zusammengehörende Tariffklassen miteinander verquiden, was vor allem beim 3. Tarif geschieht. Ausdrücklich ist den

Arbeitgebern bei Vorlegung der Forderungen mitgeteilt worden, daß der darin enthaltene 3. Tarif ein ganz neuer Sammeltarif ist, der nichts mit dem alten 3. Tarif zu tun hat. Gleichwohl stellen sie diese beiden Tarife einander gegenüber. Tatsächlich beträgt die Erhöhung für die Arbeiter des alten 3. Tarifs nur 5 bis ungefähr 10 Proz. Als Beispiel für die Rechenspiele der Arbeitgeber führte der Redner einen Frack an, der nach ihrer Behauptung bisher 23,50 M. kostete. Sie vergessen hier einige Positionen, denn tatsächlich ist der geltende Arbeitspreis 25,25 M., und rechnen dann heraus, daß er nach den geforderten Erhöhungen auf 33,25 M. zu stehen komme. Eine genaue Aufstellung und ein richtiger Vergleich ergibt jedoch, daß nur 28,75 M. verlangt werden. Bei einer Hose, die nach dem alten Tarif 3,75 M. kostete, nach den Forderungen 4,50 bis 4,85 M. kosten soll, stellen sie die Sache so dar, als verlangten die Arbeiter 60 Proz. Erhöhung und mehr noch. Die 116 Proz. rechnen sie bei einer Reithose heraus, vergessen aber, daß in einer großen Anzahl von Geschäften die in der Tarifvorlage aufgeführten Extraarbeiten schon lange gezahlt werden und daß in vielen Geschäften der Grundpreis für diese Sachen schon seit Jahren höher ist, als er im alten Tarif vorgesehen war. Legt man aber den allzu niedrigen Preis im alten Tarif zugrunde, so ergibt sich eine Erhöhung von 6,75 auf 10,50 M. Die Aufstellungen der Arbeitgeber sind also offenbar nur darauf berechnet, die Öffentlichkeit zu täuschen. Der Redner ging sodann noch auf eine Reihe anderer Behauptungen der Arbeitgeber ein und bemerkte unter anderem, daß die Erklärung des Arbeitgeberverbandes in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ wohl nicht der Wahrheit entspreche. Wohl möge man das Schreiben des Schneiderverbandes an den Vorstand des Arbeitgeberverbandes in der am 28. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung verlesen haben, in der öffentliche Arbeitgebertagung am 27. Februar sei das gewiß nicht geschehen. Der Redner machte ferner Vorschläge über das fernere Verhalten im Kampf, die durch einstimmige Annahme der folgenden Resolution von der Versammlung genehmigt wurde:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Den Kollegen, welche im Laufe dieser Woche die Arbeit niedergelegt haben, erteilt sie Indemnität, betont aber, daß sie zu normalen Zeiten solches Vorgehen verurteilen würde. Unter Berücksichtigung der empfindenden Situation, die die Arbeitgeber geschaffen haben, muß jedoch das Vorgehen der Kollegen genehmigt werden.“

In Betrieben, wo am Sonnabend mit einer Aussperrung begonnen wurde, und in den Betrieben, deren Inhaber dem Arbeitgeberverband angehören, haben alle Kollegen die Arbeit einzustellen. Bevor dieser Schritt getan wird, ist die Verwaltung davon in Kenntnis zu setzen. Bei Arbeitgebern, die nicht organisiert sind, darf die Arbeit nicht niedergelegt werden. Die bei ihnen eventuell zu unternehmenden Schritte werden in einer späteren Versammlung beschlossen.“

Es wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß niemand sich zum Unterschreiben irgend eines Reverses verleiten lassen soll.

Die Situation in der Herrenmahlschneiderei

Stand gestern Abend in vier öffentlichen Schneiderversammlungen auf der Tagesordnung, von denen die in den „Arminhollen“ am zahlreichsten besucht war. Hier war der große Saal samt den Nebenräumen bereits lange vor Beginn der Versammlung gedrängt voll. Nach dem Bericht, der hier gegeben wurde, erstreckt sich die Aussperrung und der Streik auf ungefähr 140 Betriebe und 2500 Arbeiter. Die Arbeitgeber haben ihren Aussperrungsbeschluss nur mangelhaft durchgeführt. Die Lage des Kampfes wurde allgemein als sehr günstig für die Arbeiter bezeichnet. Es wurde darauf hingewiesen, daß die im „Feenpalast“ gefassten Beschlüsse genau befolgt werden müssen.

Die misslungene Aussperrung im Tapezierergewerbe

fürhte in der gestern Abend im Deutschen Hof, Ludowicstraße, abgehaltenen allgemeinen Versammlung der Tapezierermeister Groß-Berlins zu äußerst erregten Debatten. Die Leiter der einzelnen Bezirke und Vereine konnten zum größten Teil genannere Mitteilungen über den Umfang der Aussperrung nicht geben, weil einmal die Bezirksversammlungen so gut wie gar nicht besucht waren oder nur äußerst gering, dann aber, weil sie noch nicht hatten stattfinden können. Nur vom Westen, wo von 184 Geschäften 103, und vom Oost, wo von 224 ausgesperrt oder im Streik sind, lagen definitive Zahlen vor. Im Osten und Nordosten haben aber von 150 Mitgliedern nur 27 die Aussperrung angemeldet. Auch die Innenberufung gab positive Zahlen und zwar nur 305 Aussperrte von 600 Beschäftigten an. Im Norden haben 18 Betriebe ausgesperrt. Zahlen waren noch nicht ermittelt. In Schöneberg und Umgegend betrug die Zahl der Aussperrten nur 16 und in Charlottenburg haben sich bisher nur 17 Mitglieder gemeldet. Die Klebermeister können erst heute ihre Feststellungen machen. Besonders scharf verurteilte man das Verhalten der größeren Firmen wie Platon u. Bremer, Karl Müller u. Co. usw., welche trotz ihrer Unterschrift die Aussperrung nicht vorgenommen haben. Auch sollen verschiedene Meister, trotzdem sie wußten, daß ihre Geschäfte organisiert sind, weiter arbeiten zu lassen. Sie hätten den Geschäften zugeredet, ruhig den Revers zu unterschreiben. Tapezierermeister Kohl beantragt daher, als, auch die nicht organisierten, arbeitswilligen Geschäfte auszusperrten. Er führte hierzu aus, daß bisher die Parole der Innung recht mangelhaft befolgt sei. Auf diese Weise sei ein Sieg nicht möglich. Obermeister Droffe wendete sich gegen den Antrag, weil die heutige allgemeine Versammlung einen Beschluss der Innungs-Generalversammlung nicht umstoßen könne. Außerdem würde man nur alle Inorganisierten dem Verbande zuführen. Im übrigen könne man nicht in so kurzer Zeit ein genaues Resultat verlangen, das doch im ganzen recht gut sei. Der Holzindustrielle Holz tritt für den Antrag Kohl ein und empfiehlt schärfere Mittel gegen die Unterschreitung des Reverses. Nach lebhafter, oft erregter Debatte zieht Tapezierermeister Kohl seinen Antrag zurück und beantragt dafür, eine außerordentliche Generalversammlung der Innung einzuberufen, die darüber entscheiden soll. Die Versammlung beschloß, diese Versammlung am kommenden Freitag einzuberufen. Die auswärtigen Tapezierermeister sollen angewiesen werden, keine organisierten Gesellen aus Berlin einzustellen.

Tarifverlängerung der Steinarbeiter.

Vor einigen Monaten hatten die Steinarbeiter ihren am 1. März ablaufenden Tarifvertrag gekündigt und u. a. die Forderung einer Lohnerhöhung von 80 auf 90 Pf. pro Stunde gestellt. Gleichzeitig wünschten sie die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit, die bisher schon für die Plazarbeiter gilt, auch auf dem Bau. Bei den Verhandlungen, die zwischen dem Gesellenausschuß und dem Vorstand der Steinmetzen-Zunftung geführt wurden, erklärten sich die Arbeitgeber zur Verlängerung des Tarifvertrages bis zum 1. März 1908 unter folgenden Zugeständnissen bereit: Der Stundenlohn wird von 80 auf 85 Pf. erhöht. Die Arbeitszeit bleibt bis heute auf dem Platz eine achtstündige, auf dem Bau richtet sie sich nach der Arbeitsdauer der Maurer. Für den Verlust von Arbeitsgeschäften hatten die Steinmetzen nur soweit, als ihnen ein eigenes Verschulden nachgewiesen wird; früher war ihnen die unbedingte Haftung auferlegt worden. Die Jahrgeldentschädigung erfährt keine Veränderung. — In einer gut besuchten Versammlung der Steinarbeiter, die am Sonntag im „Englischen Garten“ stattfand, berichtete der Gesellenausschuß über das Ergebnis der Verhandlungen und empfahl ebenso wie die Plazvertreter die Annahme der von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse, wenn auch nicht alles erreicht worden sei, was anfangs in den Forderungen enthalten war. Nach kurzer Debatte wurde das Angebot der Innung mit großer Majorität angenommen. Damit gilt der Tarifvertrag als auf ein Jahr verlängert.

Die Bewegung der Dachdecker.

Der Zentralverband der Dachdecker hatte am Sonntag eine Versammlung, in der über die Verhandlungen mit der Meisterchaft berichtet wurde. Die Arbeitgeber-

Kommission verhielt sich nach dem Bericht von Gönig der Kommission des Verbandes gegenüber ablehnend und es ist kein Resultat bis jetzt erzielt worden. Dagegen wurde mit den „Christlichen“ verhandelt (wie bereits im „Vorwärts“ bekannt gegeben). Mit Entschiedenheit nahmen die Versammelten Kenntnis von dem Verhalten der „Christlichen“, die erst eine abwartende Stellung einnahmen, um dann Sonderverträge abzuschließen zu können. — Die Kommission wurde um 10 Mitglieder verstärkt, so daß sie jetzt ebenfalls 18 Mitglieder zählt wie die der Arbeitgeber-Kommission. Die Unternehmer möchten gern einen Schlag gegen den Verband führen; die Arbeiter seien gewarnt, sich nirgends auf Sonderverträge einzulassen, sondern stets ein solches Anerbieten abzulehnen und dem Verband sofort davon Mitteilung zu machen.

Achtung, Kleber und Bauhandwerker! Wegen Differenzen sind von uns folgende Bauten gesperrt: Wilmersdorf, Bau Köhn, Schönfließerstraße, am Arminiplatz; Friedrichsberg, Fruchtstr. 72; Leipzigerstraße 72; Kommissenstr. 5 und Wilmersdorf, Mainzstr. 28. Etwa dort arbeitende Kleber, die unserer Organisation angehören, verurteilen Arbeitswilligendienste, und eruchen wir die Bauhandwerker, dieselben auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen.

Der Vorstand der Freien Vereinigung der Tapezierer.
Bureau und Arbeitsnachweis: Schützenstr. 18/17. Tel.: I 8000.

Aus Industrie und Handel.

Reichsbank. Die Gesamtsumme bei der Reichsbank im Jahre 1906 haben betragen 279 218 326 500 M., also um 27 951 273 200 M. mehr als im Jahre vorher. Der Bankausfuhr war im Durchschnitt des ganzen Jahres 5,140 Proz. für Wechsel und 6,140 Proz. für Lombarddarlehne gegen 3,817 Proz. bezw. 4,817 Proz. im Vorjahre. An Banknoten waren im Umlauf als höchste Summe 1 775 898 000 M. am 31. Dezember, und durchschnittlich 1 887 237 000 M. Die Steuergrenze ist sechzehnmal überschritten worden. Bei den Giroübertragungen betrug der höchste Bestand 170 464 000 M. am 30. Juni und der durchschnittliche 116 795 000 M. (1905: 107 088 000 M.). Die Zahl der Kontoinhaber betrug am Jahresabschluss 23 387 M. (1905: 22 425). Die bei den dreizehn Abrechnungsstellen im Jahre 1906 abgerechneten Gesamtbeiträge beliefen sich auf 42 036 098 000 M. (1905: 37 602 991 300 M. bei zwölf Abrechnungsstellen). Der Bestand der Guthaben der Reichs- und Staatskassen betrug als höchste Summe 247 350 000 M. am 15. Juni, als niedrigste 124 459 000 M. am 7. November, durchschnittlich 180 244 000 M. (1905: 181 508 000 M.). Der Gesamtumsatz im Giroverkehr (einschließlich der Ein- und Auszahlungen für Rechnung des Reichs und der Bundesstaaten) hat im Jahre 1906 245 687 557 358 M. (1905: 222 150 783 951 M.) betragen.

Der Metallbestand an kursfähigem deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausländischen Münzen betrug: als höchste Summe 1 003 737 000 M. am 28. Mai, als niedrigste 665 017 000 M. am 31. Dezember, durchschnittlich 890 985 000 M. (1905: 972 959 000 M.).

Im Durchschnitt des ganzen Jahres waren von den umlaufenden Noten 64,23 Proz. (1905: 72,84 Proz.) durch Metall gedeckt. Als Eigentümer der Reichsbankanteile waren in den Stammbüchern der Reichsbank eingetragen am 30. Dezember 1905 16 559 Inländer mit 29 677 Anteilen zu 3000 M. und 58 641 Anteilen zu 1000 M. und 2019 Ausländer mit 10 923 Anteilen zu 3000 M. und 1359 Anteilen zu 1000 M., zusammen 18578 Eigner mit 40 000 Anteilen zu 3000 M. und 69 000 Anteilen zu 1000 M.; dagegen am 31. Dezember 1906 16 532 Inländer mit 29 721 Anteilen zu 3000 M. und 58 598 Anteilen zu 1000 M. und 2032 Ausländer mit 10 279 Anteilen zu 3000 M. und 1402 Anteilen zu 1000 M., zusammen 18 564 Eigner mit 40 000 Anteilen zu 3000 M. und 80 000 Anteilen zu 1000 M. Am Ende des Jahres 1906 waren an Zweiganstalten vorhanden 469 (442).

Der Gesamtüberschuß stieg auf über 40 Millionen Mark gegen 20½ Millionen Mark im Jahre 1905. Die Dividende beträgt 8½ Proz. (6,15 Proz. im Vorjahre). Auf die Reichssteuer entfallen rund 25½ Millionen Mark.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Verfassungsänderung in beiden Mecklenburg.

Schwerin, 4. März. Der Großherzog hatte für heute die sechs Landräte des Landes zu sich aufs Schloß einbitten und richtete an sie in Gegenwart des Staatsministeriums folgende Ansprache:

„Als ich im Jahre 1901 die Regierung meines Landes übernahm, hatte ich mir vorgenommen, in der Verfassungsfrage solange keine Schritte zu tun, bis ich ein Urteil über die bestehenden Verhältnisse gewonnen hätte. Mehr und mehr bin ich der Ueberzeugung geworden, daß die jetzige Verfassung des Landes den berechtigten Anforderungen der neueren Zeit nicht mehr genügt, und daß es das Wohl meines Volkes erfordert, auf eine zeitgemäße Umgestaltung derselben hinzuwirken und somit das von meinem hochseligen Herrn Großvater, dem Großherzog Friedrich Franz II., begonnene, aber nicht zu Ende gebrachte Werk fortzuführen.“

Ich habe deshalb schon vor längerer Zeit mein Staatsministerium beauftragt, ein Gutachten über die Frage der Reformbedürftigkeit der bestehenden Ständeversammlung vorzulegen. Dasselbe ist mir im vorigen Sommer überreicht worden.

Nach eingehender Prüfung dieses Gutachtens bin ich in der Ansicht bestärkt worden, daß es an der Zeit ist, die Verfassungsverhandlungen mit den Ständen wieder aufzunehmen.

Ich habe mich darauf zunächst des Einverständnisses Seiner königlichen Hoheit, des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz, mit diesem Vorgehen versichert und nunmehr meinem Staatsministerium befohlen, die erforderlichen Vorlagen zu bearbeiten, und sie für einen im nächsten Jahre von mir einzuberufenden außerordentlichen Landtag fertig zu stellen.

Ich habe nun Sie, meine Herren Landräte, heute zu mir beufen, um Ihnen als den ersten von dieser meiner Entschlieung Kenntnis zu geben.

Neustrelitz, 4. März. Der Großherzog ließ heute den Landrat zu sich beschreiben und teilte demselben mit, daß er beschlossen habe, im Anschluß an die vom Großherzog von Mecklenburg-Schwerin in Aussicht gestellte Verfassungsvorlage dem Landtage eine Vorlage zur Änderung der Verfassung für Mecklenburg-Strelitz zugehen zu lassen.

Scharfmachergeleite.

Trief, 4. März. (W. G.) Ein Ausschuß der Industriellen überreichte dem Statthalter eine Denkschrift, worin die Abschaffung aller Privilegien der Hafenarbeiter verlangt wird. Falls die Behörde diesem Wunsche nicht nachkommt, soll sofort über sämtliche Hafenarbeiter die Aussperrung verhängt werden.

Das Wüten des Polizeifabels.

Rom, 4. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der „Avanti“ berichtet aus Gravina in Apulien über einen blutigen Zusammenstoß demonstrierender Sozialisten mit der Polizei. Dreißig Demonstranten wurden verwundet und viele verhaftet. Von der sozialdemokratischen Fraktion wird morgen der Minister über die Vorkommnisse interpelliert werden.

Attentat.

Lodz, 4. März. (W. L. B.) Heute wurde hier auf offener Straße der Offizier Guggow erschossen. Die Täter entliefen.

Reichstag.

9. Sitzung vom Montag, den 4. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsische: Graf v. Posadowsky, Dernburg, Freiherr v. Stengel, Kräfte und v. Löbell.

Das Haus tritt in die Tagesordnung, Fortsetzung der Staatsberatung, ein.

Chef der Reichskanzlei v. Löbell:

Vorweg will ich eine Richtigstellung besorgen. Der „Bayerische Kurier“ vom 3. dieses Monats bringt unter der Spitzmarke: „Eine prächtige Antwort“, die Bemerkung, daß eine hohe Persönlichkeit aus der Umgebung des Fürsten Bülow (Löbell?) vor der Präfidentenwahl an den Abgeordneten Spaßin herantreten sei, um mit ihm zu sprechen.

Der Abgeordnete Erzberger behauptete am Schlusse der vorgestrigen Sitzung in meiner Abwesenheit in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Wortführer des Abgeordneten Gothein, Herr Erzberger hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht.

Der Abgeordnete Erzberger behauptete am Schlusse der vorgestrigen Sitzung in meiner Abwesenheit in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Wortführer des Abgeordneten Gothein, Herr Erzberger hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht.

Der Abgeordnete Erzberger behauptete am Schlusse der vorgestrigen Sitzung in meiner Abwesenheit in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Wortführer des Abgeordneten Gothein, Herr Erzberger hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht.

Der Abgeordnete Erzberger behauptete am Schlusse der vorgestrigen Sitzung in meiner Abwesenheit in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Wortführer des Abgeordneten Gothein, Herr Erzberger hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht.

Der Abgeordnete Erzberger behauptete am Schlusse der vorgestrigen Sitzung in meiner Abwesenheit in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Wortführer des Abgeordneten Gothein, Herr Erzberger hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht.

Der Abgeordnete Erzberger behauptete am Schlusse der vorgestrigen Sitzung in meiner Abwesenheit in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Wortführer des Abgeordneten Gothein, Herr Erzberger hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht.

Der Abgeordnete Erzberger behauptete am Schlusse der vorgestrigen Sitzung in meiner Abwesenheit in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Wortführer des Abgeordneten Gothein, Herr Erzberger hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht.

Der Abgeordnete Erzberger behauptete am Schlusse der vorgestrigen Sitzung in meiner Abwesenheit in einer persönlichen Bemerkung gegenüber dem Wortführer des Abgeordneten Gothein, Herr Erzberger hätte eine Nebenregierung und einen Druck auf die Regierung auszuüben versucht.

Besprechung im Reichstage ist selbstverständlich auch eine Veröffentlichung. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.) Der springende Punkt ist — und diese allein entscheidende Tatsache hat Herr Erzberger in keiner seiner Zeitungs-erklärungen bestritten — daß er mir mitgeteilt hat, Pöplau sei bereit, sein Material herauszugeben, wenn die Unterfuchung eingestellt würde. (Abg. Erzberger ruft: Zur Unterfuchung!) Und daraufhin hält Herr Erzberger sich für berechtigt, mir den Vorwurf zu machen, ich hätte es abgelehnt, an der Befichtigung kolonialer Mißstände mitzuwirken. (Abg. Erzberger: Ich tue es noch-mals!)

(Redner sehr erregt):

Ich glaube nicht, daß Sie bestritten werden, daß unsere Unterredung so stattgefunden hat, wie ich sie in der Registratur niedergelegt habe. (Abg. Erzberger: Ich bestritte das! Auf bei den Nationalliberalen: Unverständlich!) Ich berufe mich auf einen auch wohl für Sie klaffenden Zeugen, auf Herrn Erzberger selbst. Herr Erzberger hat am 10. Juli 1906 unter Eid ausgesagt: „Die Hauptsache bei dem ersten Besuche Pöplaus war, daß er mich bat, zu Herrn v. Löbell zu gehen: ob die ihn betreffende Angelegenheit nicht auf anderem Wege als durch ein Disziplinarverfahren erledigt werden könne. (Lebhaftes Hört! hört!) Ich war auch bei Herrn v. Löbell, obwohl ich mir, wie ich auch Herrn v. Löbell sagte, der Ausschlußlosigkeit dieses Schrittes bewußt war. Dem entsprechend ist auch die Sache verlaufen.“ — Hier ist das Gespräch nicht so ausführlich wie in der Notiz, inhaltlich aber ebenso wiedergegeben. (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Dagegen steht diese Aussage nicht im Uebereinstimmung mit der Aussage des Herrn Erzberger vom 15. Februar 1907. Jetzt meine Herren, urteilen Sie, wem Sie in dieser Sache mehr glauben: meiner altenmännigen Notiz vom 20. September 1906 und dem besideten Herrn Erzberger vom 10. Juli 1906 oder dem unbesideten Herrn Erzberger vom 15. Februar 1907. (Unruhe im Zentrum. Lebhaftes Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen, anhaltende Bewegung.)

Abg. Behrend (Christl.-soz.):

Von sozial-fortschrittlicher Grundstimmung ist im preussischen Landtage nicht viel zu hören. So ist die Bergarbeiterschnobelle und das Knappschafts-gesetz durchaus nicht nach den Wünschen der Arbeiter ausgefallen. Besonders sind es die Nationalliberalen, die im Gegenfatz zu ihrer Stellung hier vom sozialen Fortschritt dort nicht viel wissen wollen. Wir müssen deshalb auch im Reichstage erst die Taten der Herren abwarten. Die 3 1/2 Millionen sozialdemokratischer Stimmen bedeuten nicht viel angesichts der Tatsache, daß noch 9 Millionen Arbeiter für die bürgerlichen Parteien gestimmt haben. Der Terrorismus der Sozialdemokratie wird am schärfsten gegen die Kleinhandwerker ausgeübt. So magte mir ein Geschäftsinhaber, daß er durch den Verlust der Sozialdemokraten fast ruiniert sei und sich jetzt um eine Stellung bemühen müsse. (Hört! hört! rechts.) Ein solcher Vorkort ist entschieden zu verurteilen, und die Sozialdemokratie sollte sich ernstlich dagegen wenden. Andererseits läßt sich auch unsozial gefonnene wirtschaftlich stärkere Unternehmer einen Terrorismus aus nicht nur gegen Sozialdemokraten, sondern auch gegen die christlichen Gewerkschaftler. Diesen Terrorismus müssen wir ebenso zurückweisen. — Ein freilichliches Vereins- und Versammlungsrecht ist dringend notwendig; die jetzigen Zustände sind unhaltbar. Sollte das Gesetz betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in der alten Gestalt wiederkommen, so hoffen wir, daß der Reichstag es für die Arbeiter brauchbar macht. Vor allem wäre es für den sozialen Frieden wichtig, daß die Arbeitgeber die Gleichberechtigung der Arbeiterverbände freimütig anerkennen und die sogenannten Arbeiterführer für verhandlungsfähig erklären. Die Tarifgemeinschaften müssen möglichst ausgebaut werden. Alle Hindernisse gegen die Entwicklung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung sollten beseitigt werden. Dazu dient nicht die konfessionelle Hege und die Propagierung sogenannter „nationaler“ Gewerkschaften. In der christlich-nationalen Arbeiterbewegung liegt die Gründung der Arbeiterschaft. Es kommt jetzt nur darauf an, daß das Bürgertum dieser Arbeiterbewegung Vertrauen schenkt. Wir werden ernstlich an der Sozialpolitik mitarbeiten. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Abg. Graf Mielezinski (Pole): Den neuen Ton, den der Herr Reichskanzler in die Debatten gebracht hat, haben seine gelehrigen Schüler von der rechten Seite des konfervativ-liberalen Bloks noch zu überbieten gesucht. Wir sollen nach Herrn Windler schuld an der russischen Revolution sein. In Wirklichkeit trägt die Schuld an der russischen Revolution die russische Bureaokratie. (Sehr gut! bei den Polen.) Die russische Bureaokratie, die Abgeordnete der Duma er-mordeten läßt. Daß Herr Windler und seinesgleichen die russische Bureaokratie stets verteidigen werden, ist bei der Affinität (Verwandtschaft) der Seele, die zwischen beiden herrscht, nur natürlich. (Sehr wahr! bei den Polen.) Ich kann Herrn Windler nur eruchen, solche Scharfmacherreden gegen die Polen zu unterlassen, sonst müßte das in den polnischen Landesteilen den Verdacht erwecken, daß die preussische Regierung die Revolution will. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Paasche: Sie dürfen nicht sagen, auch nur bedingungsweise, daß die preussische Regierung die Revolution wolle.

Abg. Graf Mielezinski (fortf.) bestreitet, die preussische Regierung angegriffen zu haben.

Vizepräf. Paasche erklärt, nach Einsichtnahme des Stenogramms auf die Sache zurückkommen zu wollen.

Abg. Graf Mielezinski (fortfahrend): Wenn wir hier polnische Beschwörden zur Sprache bringen, so hält man uns ja immer entgegen, das gehöre in den preussischen Landtag. Auch Graf Posadowsky hat das ja wiederholt erklärt. Ich glaube aber, in seinem Innern ist es ihm doch, hier die Maßregeln zu verteidigen, die gegen die Polen in Preußen getroffen werden. Im preussischen Ansedelungs-gesetz liegt ein Bruch der Verfassung.

Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner wegen dieses Ausdrucks zur Ordnung.

Abg. Graf Mielezinski (fortfahrend): Als ich in einer Versammlung einmal über Solbatenmishandlungen sprach, erklärte der überwachende Beamte: Die Versammlung sei katholisch und ich dürfe nur über katholische Angelegenheiten reden! (Weiterleit.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Ich muß Sie unterbrechen. Sie haben vorhin gegen meine Miße protestiert. Ich habe inzwischen das Stenogramm eingesehen; danach haben Sie gesagt: „Herr Windler möge seine Behauptungen nicht so laut wiederholen, sonst gibt er einem gewissen Zweifel Vorschub, der in polnischen Landesteilen sehr oft und allgemein ausgesprochen wird, daß die preussische Regierung es wünsche, daß bei uns unruhige Verhältnisse, eine Art Revolution herrsche, damit sie eingreifen könne.“ Ich rufe Sie nun noch nachträglich zur Ordnung; denn Sie haben damit in der striktesten Form ausgesprochen, daß die preussische Regierung die Revolution wüschte. (Widerpruch bei den Polen und Sozialdemokraten.) Wenn Sie mit dem Ordnungsrufe nicht einverstanden sind, haben Sie das Recht, sich an das Haus zu wenden. (Aufse bei den Sozialdemokraten: Tun Sie es nur!)

Abg. Graf Mielezinski (fortfahrend) geht auf den Schulstreit ein: Alle Ausschreitungen gegen die polnischen Kinder werden mit der Brut entschuldigt, die wegen der Haltung der Polen in den Kreisen der Deutschen herrschen soll. So lange man nicht aufhört, auf die Eltern einen Gewissenszwang auszuüben, die das Recht haben, zu verlangen, daß ihre Kinder den Religionsunterricht in polnischer Sprache erhalten, ist eine Verständigung unmöglich. Auf welchem Niveau ein Teil der Lehrer in den polnischen Provinzen steht, beweist die Tatsache, daß ein Lehrer, den die Kinder auf polnisch mit den Worten: „Gelobt sei Christus!“ grüßten, darauf antwortete: „Auf diese Weise tömt ihr Schweine grüßen!“ Das ist eine niederträchtige Gemeinheit. (Bravo! bei den Polen.) Der Staats-

anwalt hat ein Einsprechen gegen den Lehrer abgelehnt. Von der neuen konfervativ-liberalen Paarung erwarten wir nicht viel. Wahrscheinlich wird es in dieser Ehe ebenso gehen wie in dem bekannten Schwanz des Residenz-Theaters, wo der Edemann in dem Augenblick, da er seinen ehelichen Pflichten nachkommen will, durch den Auf eines Beamten gestört wird: „Haben Sie nichts zu verzeihen?“ (Weiterleit.) Trotz der Behandlung, die uns zu Hause zu teil wird, trotz der Entredung, die die Regierung uns auf Schritt und Tritt zu teil werden läßt, werden wir uns in erster Arbeit an den Aufgaben des hohen Hauses beteiligen. (Lebhaftes Bravo! bei den Polen.)

Graf Posadowsky:

Der Abg. Gamp verlangte in seiner Rede vom 27. Februar eine großzügige Sozialpolitik. Das hat uns sehr gefreut. Ich hoffe nur, daß Herr Gamp wegen dieses jeden Wortes nicht in Angelegenheiten mit seinen näheren politischen Freunden komm-Freierleit bei den Sozialdemokraten.) Er will, daß die Sozialpolitik frei bleibt von politischen Schikanen nicht bloß gegen die Arbeiter, sondern auch gegen die Arbeitgeber. Auf der einen Seite wirft man uns polizeiliche Schikane in der Beaufsichtigung der Betriebe vor, auf der anderen Seite verlangt man eine strenge Polizeikontrolle, die sehr schikanös werden kann, auf dem Gebiete des Weinbaues gegenüber den Winzern und Weinbauern. Tatsächlich möchte ich bemerken, daß nur bei Anlagen auf Grund des § 6 der Gewerbeordnung eine Genehmigung unsererseits nötig ist und daß diese Frage nur ein einziges Mal zu einer Differenz zwischen Bundesrat und Reichstag geführt hat. Auf Grund der übrigen Paragraphen der Gewerbeordnung sind nun 25 Bundesratsverordnungen ergangen, und nur zwei davon sind erheblich angegriffen worden, die Vätereverordnung und die Verordnung über die Sonntagsruhe im Gastwirtschaftsbetriebe. Wenn hier im übrigen vom weltfremden Reichsamte des Innern die Rede gewesen ist, so möchte ich doch betonen, daß wir keine Verordnung erlassen, die nicht auf das eingehendste mit den preussischen Herren Ministern vereinbart wird, und diese geben ihr Votum erst ab, wenn sie die Provinzial- und Lokalbehörden gehört haben.

Statten Sie mir dazu noch eine allgemeine Bemerkung: Wenn der Bundesrat Bestimmungen zum Schutze von Leben, Gesundheit und Stillschließung der Arbeiter erläßt, so sind das nicht ideologische Phantasien eines weltfremden Reichsamtes, sondern dazu sind sehr wichtige Gründe maßgebend. Unser modernes Kulturleben mit der Kompliziertheit unserer Maschinen, mit der Verwendung von Chemikalien in unseren Industriebetrieben ist mit steigenden Gefahren für Leben und Gesundheit der Arbeiter verbunden. Wie selbst der Herr Kriegsminister über diese Frage denkt, beweist ein Schreiben desselben, an dessen Schlusse es heißt: „Bei der voraussichtlich weiter fortschreitenden Industrialisierung des Staates und mit Rücksicht darauf, daß das Zustromen ländlicher Bevölkerung in die Städte und die Ausfrischung des städtischen Blutes auf die Dauer wohl nicht mehr ausbleiben wird, gewinnen die Maßnahmen der Regierung zur Hebung der sozialen Lage der Industriebesolterung, zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse, zur Vinderung der Kindersterblichkeit, zur Bekämpfung des Alkoholgenußes vom Standpunkt eines brauchbaren Heereserzages eine erhöhte Bedeutung. (Hört! hört!) Ich möchte daher die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, Euch Durchlaucht ergebnis zu eruchen, bei den sozialpolitischen Aufgaben dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Wehrkraft auch ferner Ihr wohlwollendes Interesse zuzuwenden zu wollen.“ In gleichem Sinne äußert sich der Artikel eines Generals. Wenn also der Reichskanzler oder das Reichsamte des Innern derartige Bestimmungen erläßt, so ist das keine ideologische Parodie, sondern gegenüber den wachsenden Kultur-gefahren eine sehr ernste hygienische Maßregel zum Besten der Erhaltung unserer Volkskraft. Solange ich an dieser Stelle stehe, werde ich mich durch keine Angriffe, wenn sie auch noch so giftig und verleumdend sind, abhalten lassen, in dieser Beziehung meine Pflicht zu tun. (Lebhaftes Bravo!)

Abg. Freiherr v. Hertling (Z.):

Ich habe in meiner langen parlamentarischen Praxis schon viele Reichstagsauflösungen durchgemacht, keine aber scheint mir, was die Rechtmäßigkeit und die Unterschiede betrifft, mehr Parallelen mit der letzten Auflösung zu bieten als die Auflösung von 1878. Damals war das erste Sozialistengesetz abgelehnt, der neue Reichstag bewilligte es dann, ein späterer hob es wieder auf. Die tieferen Gründe jener Auflösung hat Fürst Bismarck selbst in einer Denkschrift niedergelegt, die 1894 im ersten Bismarck-Jahrbuch veröffentlicht wurde. Dort wird darauf hingewiesen, daß die nationalliberale Partei in den letzten Jahren vor 1878 in der Ausnützung der Macht, die ihr ihre ausschlaggebende Stellung im Reichstag gab, soweit gegangen sei, daß sie verlangt habe, daß die Vorlegung von Gesetzesentwürfen von der vorherigen Genehmigung der ausschlaggebenden Partei abhängig gemacht würde! (Hört! hört! im Zentrum.) Es komme häufig vor, daß Vorlagen einfach durch Reaktionsbeschlüsse der Nationalliberalen ohne lange Beratung im Hause schlankweg beseitigt würden! (Hört! hört! im Zentrum.) Das dürfe sich die Regierung nicht gefallen lassen. Ich frage Sie nun, ob jemals das Zentrum, das jetzt die Stelle der Nationalliberalen eingenommen hat, ähnliche Präferenzen erhoben hat. Wir haben niemals verlangt, daß uns Vorlagen vorher mitgeteilt würden, ehe sie eingebracht wurden, oder ähnliches. Wir sind auch nie soweit gegangen, den Eintritt eines unserer Mitglieder in das Ministerium zu verlangen, wie es damals die Nationalliberalen taten.

Man wirft uns nun vor, daß wir mit unserer ausschlaggebenden Stellung Mißbrauch getrieben hätten. Nun, wir sind uns bewußt gewesen, daß wir als Vertreter des katholischen Volkes stets eine Minoritätspartei sind. Wir haben niemals unsere Stellung dahin mißbraucht, das Recht anderer Konfessionen anzutasten. Von einer Nebenregierung des Zentrums kann keine Rede sein. (Lachen bei den Nationalliberalen.) Eine regierende Partei kann es überhaupt nur in einem parlamentarisch regierten Staate geben, der wir nicht sind. Was sollten denn auch unsere Gewinne als regierende Partei sein? Das einzige, was uns in all den Jahren zugestanden wurde, ist die Aufhebung eines Artikels des Jesuitengesetzes, das an sich als gebührendes Ausnahmengesetz bestehen bleibt. Weiter haben sich zwei Mitglieder des Zentrums lebhaft für zwei Subalternbeamte interessiert. Es hat hinter ihnen kein Beschluß der Fraktion gestanden. Und das soll eine Nebenregierung des Zentrums sein? Was gehen mich Herr Pöplau und Herr Bistuba an? Vergewegen Sie sich doch das ungeheure Mißverhältnis zwischen der angeblichen Machtstellung des Zentrums und den Zwecken, die dabei erreicht werden sollte. (Sehr gut! im Zentrum.) Herr Gothein sagte, wir hätten Raßhandel getrieben: das wäre der eigentliche Grund des Mißtravens gegen uns. Der Herr Reichskanzler selbst aber da erklärt, von einem solchen Raßhandel könne niemals die Rede sein, man möge ihm doch die Kühe zeigen, die von der Staatsweide weggetrieben seien. Wirtschaftliche Kompromisse werden natürlich immer in politischen Leben vorkommen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Daß die Vorgänge vom 13. Dezember nicht der Anlaß, sondern nur der äußere Grund zum Bruch mit dem Zentrum waren, hat Graf Posadowsky selbst zugegeben; das beweist auch allein die Tatsache, daß man gar keine Verständigung gesucht hat. (Sehr richtig! im Zentrum.) Man hat in der zweiten Lesung aufgelöst, während bis zur dritten zweifellos eine Verständigung gewesen wäre. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) zumal die Rücksichten auf auswärtige Verhältnisse in Frage kamen, die Graf Posadowsky betonte. Welches waren denn

die tieferen Gründe der Reichstagsauflösung?

Der Herr Reichskanzler hatte sich in wirtschaftlichen Fragen stets auf uns gestützt und war in diesen auf unsere Hilfe

angewiesen. Er hatte sich dadurch die Feinde des Zentrums zu seinen Feinden gemacht. Dazu rechte ich den Alldeutschen Verband, den Evangelischen Bund und neuerdings die Jungliberalen. Nun hat sich jedenfalls der Herr Reichskanzler gefügt: Die wirtschaftlichen Kämpfe liegen hinter uns, ich bedarf also der Hilfe des Zentrums nicht mehr. (Sehr richtig! im Zentrum.) So hat er sich zu einem Frontwechsel entschlossen, der nun die bisherigen Feinde des Zentrums zu seinen Freunden machte. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ein solcher Wechsel in der Stellung der Fraktionen ist sehr häufig vorgekommen, aber noch niemals so plötzlich. Noch im November hatten meine Freunde keine Ahnung, daß ein so lächerlicher Wechsel eintreten würde. (Sehr wahr! im Zentrum.)

Herr Bismarck hat niemals einer Partei die nationale Gesinnung abgesprochen in der Weise, wie das uns gegenüber in der letzten Zeit geschehen ist. Auf's tiefste hat es mich geschmerzt, daß der Reichskanzler von der schwarz-roten Mehrheit gesprochen. (Zustimmung im Zentrum.) Dabei weiß er sehr gut, daß jede Partei bei einer Ablehnung die Sozialdemokratie auf ihrer Seite findet, und er weiß, daß die Sozialdemokratie auch gegen unseren Antrag zu stimmen entschlossen war. (Sehr richtig! im Zentrum.) Von den Vorgängen der letzten Zeit bin ich auf's tiefste niedergeschlagen, nicht als Parteimann, sondern als Patriot. Wir haben nicht den Nachhunger des Liberalismus und freuen uns, wenn hier eine gute Politik auch ohne uns gemacht wird. (Sehr richtig! im Zentrum.) In der Wirtschaftspolitik wird Herr Bismarck auch ferner eine mittlere Linie befolgen müssen, und wir werden das gern sehen, sollte es auch ohne uns gehen.

Die sozialpolitischen Anträge, die wie ein warmer Frühlingregen hier niedergegangen sind, sind zum größten Teil unseren früheren Anregungen entsprungen (Widerspruch, Zustimmung im Zentrum.) und wir werden uns freuen, wenn sie auch ohne uns durchgeführt werden. Es geht ein tiefer Zug des Mißtrauens durch das katholische Volk, und es kann leicht dazu kommen, daß die konservativen Elemente im Zentrum, von denen Sie (nach rechts) schwärmen, keinen Raum im politischen Leben mehr finden. (Sehr wahr! im Zentrum.) Eine Illusion ist es, daß diese Elemente eine neue Partei bilden können. Im politischen Leben haben Freundschafts- und Feindschaftsworte wenig Wert; wir stehen unerschütterlich im Vertrauen auf eigene Kraft. (Lebhafte Beifall im Zentrum.)

Herr Dr. David (Soz.):

Die Mißstimmung des Herrn Vorredners über den Gang der Dinge ist ja gewiß begreiflich. Ich bin nicht berufen, das Zentrum zu trösten, aber Herr v. Hertling sollte sich seinem Scherz nicht gar zu sehr hingeben. Das, was Sie in dieser siebenstägigen Debatte gesehen haben hinsichtlich des neuen Ehebündnisses, das unter dem Segen des Reichskanzlers geschlossen worden ist, hätte Sie doch einigermaßen beruhigen können. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Trennung von der Regierung wird für Sie nicht lange währen, Sie werden sich schon wieder zusammenfinden. (Weiterer Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Seit dem vorigen Dienstag ist der Reichskanzler nicht mehr im Hause erschienen, vernünftig, weil es ihm sehr peinlich und unangenehm gewesen wäre, den Szenen, die die Neuwahlmänner in den ersten Tagen der Rittersmächte aufgeführt haben (Weiterer Zustimmung bei den Sozialdemokraten), persönlich beizuwohnen. Das Hauptresultat der siebenstägigen Debatte ist: Es hat sich gezeigt,

die liberal-konservative Paarung

an einer inneren Schwäche leidet, die jede Aussicht auf längere Dauer ausschließt. So will das Einzelne nicht rekapitulieren. Ich will nur an die Aufforderung des Vorsitzenden des Bundes der Landwirte an den Reichskanzler erinnern, seinem wirtschaftlichen Kurse eine gehörige Drehung nach rechts zu geben. Gerade die konservative Seite hätte doch erklären müssen, daß sie sich auf den Boden der neuen parlamentarischen und Regierungskonstellation stellen wolle, aber diese Erklärung ist ausgeblieben; sie aber gerade ist notwendig und nicht, daß der bürgerliche Liberalismus unter gewissen Vorbehalten sich mit der Paarung einverstanden erklärt. Nicht darauf kommt es an, ob Sie (zu den Liberalen) es wollen, sondern ob die Konservativen es wollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Darüber aber hat kein konservativer Redner auch nur ein Wort gesagt.

Der Reichskanzler hat erklärt, er wolle der Sozialdemokratie bei den nächsten Wahlen noch ein ganz anderes Lied vorspielen. Das wollen wir abwarten! Prophezeien will ich nicht, aber es scheint mir nicht unwahrscheinlich, daß die Reichskanzlerschaft des künftigen Bismarck die nächsten Wahlen nicht überleben wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Jedenfalls aber wird die Sozialdemokratie die Reichskanzlerschaft Bismarcks überdauern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Herr Goltz möge sich keine Sorgen machen: Von unserer Seite ist kein Zweifel darüber gelassen, daß wir nach wie vor in scharfer prinzipieller Gegensatz und — unbeschadet eines gelegentlichen politischen Zusammengehörigkeitswunders — in scharfer Kampfstellung gegen das Zentrum und gegen den Ultramontanismus stehen; sie zu bekämpfen, ist eine unserer Hauptaufgaben. Dagegen besteht zwischen Zentrum und Konservativen eine innere Seelenverwandtschaft, die ja schon während der Wahlen zum Ausdruck gekommen ist. Wirtschaftspolitik und kulturell gehören diese beiden Gruppen zusammen; dagegen ist die liberal-konservative Verbindung ein auf die Spitze gestelltes Ei, das bei der geringsten Erschütterung umfallen muß. Sollte wenn der Reichskanzler eine liberale Ära ernstlich durchführen wollte und seiner Weltanschauung und Persönlichkeit nach der Mann dazu wäre, der er nach meiner Meinung nicht ist, könnte er sie doch nicht durchführen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Denn der Reichskanzler ist nicht im Nebenamt, sondern im Hauptamt preussischer Ministerpräsident. Als solcher aber befindet er sich in den Händen der Mehrheit des preussischen Landtages, er ist der Gefangene dieser Mehrheit und kann nicht gegen ihren Willen eine liberale Ära im Reiche herbeiführen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) In Preußen regiert das Junkertum, und von dort aus beherrscht es Deutschland. Die ganze deutsche Politik wird von seinem Geiste geleitet. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Geißt? Doch nur Dressur! Weiterer Zustimmung.) Ich meine Geißt im Sinne des bösen Geistes. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Der Wille des Junkertums ist in Preußen und somit auch im Reiche das oberste Gesetz und sonst kein anderer. Es ist hier und im Wahlkampf viel von Hintertrepppolitik gesprochen worden. Wenn das von den Nationalliberalen geschieht, so ist es nur der Reiz; aber wenn die Konservativen davon sprechen, haben sie insofern recht, als sie in der Tat keine Hintertrepppolitik treiben. Sie haben das nicht nötig, sie haben das Monopol auf die Vordertrepppolitik, auf den Aufstieg zur Herrschaft. (Lebhafte Zustimmung und sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Diese Hintertrepppolitik, d. h. das bei gegebenen Anlässen sich abspielende Wechselstück zwischen Parlamentariern und Ministern ist das notwendige Ergebnis eines halb abolutistischen, halb parlamentarischen Regiments. Die Minister sind hier nicht die Vertrauensleute des Parlaments, sondern eines höheren Willens, der sie auch wegbält. Aber sie müssen andererseits etwas zustande bringen, und das können sie nicht ohne die Parteien, und dadurch ergibt sich eben das System der Hintertrepppolitik. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Erfahrungen allerdings, die zwischen Herrn v. Löbbeck und Herrn Erzberger gemacht worden sind, sollten den Herren von der neuen Mehrheit die Lust verkleiden, zu den Herren von der Regierung zu gehen. Das ist ja nach den Erklärungen des Herrn v. Löbbeck die reinste Kaufschale. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Man geht weg und dann setzt sich der Herr, bei dem man war, hin und nimmt einseitig ein Protokoll auf. Herr v. Löbbeck sagt, das Protokoll habe ganz sichere Zuverlässigkeit; denn es sei in amtlicher Eigenschaft aufgenommen. (Lachen bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Ich will in den Streit zwischen Herrn v. Löbbeck und Herrn Erzberger nicht eingreifen, aber das muß ich doch sagen, daß vom Parlament von der Regierung verlangt werden muß, daß, wenn derartige Niederschriften über private Gespräche zwischen Parlamentariern und Mitgliedern der Regierung vorgelegt werden, daß sie dann,

bevor die Herren auseinander gehen, den betreffenden Parlamentariern vorgelegt werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Das ist bei jedem Gerichtsverfahren, bei jeder Untersuchung, bei jeder Zeugenerhebung selbstverständlich. Einseitig Protokolle aufzunehmen, ist geradezu ein vorwärtiges Verfahren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Doch das nur nebenbei.

Der erste Schritt zu einer liberalen Ära im Reiche wäre eine Zertrümmerung der Mehrheitsherrschaft des Junkertums im preussischen Landtag, eine Reform des preussischen Landtagswahlrechtes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) So lange das Wort nicht gesprochen und die Tat nicht getan wird, können nur politische Kinder an die Möglichkeit einer liberalen Ära in Deutschland glauben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hat während seiner Kanzlerschaft niemals den leisesten Versuch gemacht, das preussische Wahlrecht zu demokratisieren. Hat er den Versuch gemacht, sich aus der gewaltigen Umklammerung der preussischen Junker zu befreien? Ist ihm gar nicht eingefallen! Er ist Reichs von ihrem Fleisch und saß sich bei seiner Politik durchaus wohl. Er hat auch jetzt nicht die leisesten Andeutungen gegeben, daß er dem liberalen Antrag in dieser Richtung auch nur in geringsten entgegenzukommen bereit sei. Galt der Reichskanzler den halbabsolutistischen und halbkonstitutionellen parlamentarischen Zustand im Reiche und in Preußen für einen Beharrungs-zustand? Es wäre mir wirklich interessant, zu erfahren, ob der Reichskanzler glaubt, daß dieser Zustand eine feste und gute Basis auch nur für die nächste weitere Entwicklung geben wird. Er scheint es anzunehmen; denn niemals hat er ein Wort gesprochen, das dahin aufgefaßt werden könnte, daß er einen Schritt vorwärts zu einer parlamentarischen Regierung in Preußen und Deutschland tun wolle. Statt dessen hat er einen anderen großen leitenden Gedanken, den der Sammlung gegen die Sozialdemokratie. Aber wenn er sich fragt, ob die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember dieser Sammlungsprozess gegen die Sozialdemokratie etwas genützt hat, dann muß er sich auch fragen, daß er durch dieses ganze Vorgehen seiner eigenen Politik die schwersten Hemmnisse in den Weg geworfen hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Freiherr v. Hertling behauptet, daß Sie (zum Zentrum) wieder in die Opposition hineingetrieben worden sind, so muß ich sagen, wir freuen uns darüber, Ihre Opposition vor schon etwas abgebläht, und nun ist Ihnen das Gewissen geklärt worden. Sie glauben schon, Sie hätten im Reiche und in Preußen. (Weiterer Zustimmung.) In meiner engeren Heimat hat sich das Zentrum schon im November mit den Nationalliberalen zusammengeschlossen, um Sturm zu laufen gegen den Großherzog von Hessen. Als der Herr ein unserer Genossen zum städtischen Beigeordneten bestellte, da liefen nicht nur die Nationalliberalen Sturm — das begreift man ja, denn bei diesen ist der Liberalismus längst verfallen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), sondern auch das Zentrum schloß sich dem Protest gegen die Krone an. Man wollte argen die Minister vorgehen, weil sie uns die verfassungsmäßige Gleichberechtigung angeprochen hatten. Man sagt immer, wir machten keine positive Politik. Sie suchen ja aber alles daran zu setzen, und die Möglichkeit dazu vorzubehalten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Nun ist ein Rüst gerecht genug und gibt einem unserer Parteigenossen eine städtische Verwaltungsstelle, und da heißt es wieder: Das ist unmöglich! Der Mann darf keine positive Politik treiben!

Ich will nicht auf das Ständeregister im einzelnen eingehen, das wir den Gegenparteiern vorzuhalten haben, es ist zum guten Teil schon gesehen durch die Redner meiner Fraktion, und es wird noch manches nachgeholt werden bei der Veratung der Intervention, die wir über die Wahlbeeinträchtigungen eingebracht haben. Der Reichskanzler hat eine Reihe von Gründen aufgeführt, weshalb wir Niederlagen erlitten hätten. Seine ganze Deduktion ging darauf hinaus, daß wir die Niederlage und selb zu verdanken hätten. Wenn es so wäre, dann brauchte er nicht stolz darauf zu sein; denn dann hätte er uns nicht besiegt, dann hätten wir uns selbst besiegt. (Weiterer Zustimmung.) Ich will nicht das ganze Material auspacken, mit dem ich den Ton darstellen könnte, den man gegen uns angeschlagen hat, aber ein Zeugnis will ich hier doch erwähnen, das ist der Gustav Wolf-Kalender, dessen Herausgeber Herr v. Bodelschwingh ist, der auf dem Boden strenggläubiger Christlichkeit steht. In dem Kalender ist ein Artikel gegen die Sozialdemokratie enthalten; es wird gegen uns gewettert, welches moralische Übel wir über das Volk gebracht hätten, wie wir Haß, Zug und Trug in jeder Beziehung vertreten. Das lasse ich mir noch gefallen, denn es wendet sich gegen unsere Theorie, obgleich es schon das denkbar Größte ist, was man uns vorwerfen kann. Schlimmer ist, wenn man im politischen Kampf gegen uns systematisch einzelne Persönlichkeiten angreift und in den Schmutz zieht. (Zuruf rechts.) Ob es bei uns anders ist? Ihre ganze Kampfmethode ging darauf hinaus, so sagen, daß wir bloß diesen Ton anschlugen, während Sie anständig und vornehm seien. Es heißt dann weiter in dem Artikel: „Hinaus, wenn es nicht im deutschen Vaterlande gefällig, hinaus mit dem frechen, lasterhaften, Bebel, dem jüdischen Singer und den sonstigen dynamischen Kampfhunden aus Deutschland, die sich nur durch die Rotgrößen der Arbeiter erhalten, auf anderer Kosten leben und die sich über die Dummheit der Arbeiter im Stillsitzen im Stillsitzen lassen.“ Diese Dinge richten sich von selbst, aber Sie (nach rechts) sollten sich wirklich den Gedanken nahelegen, den Vallen aus Ihren Augen zu gehen, ehe Sie auf den Splitter in unserem Auge hinweisen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir wollen das Verlöbte aus dem Kampfe ferngehalten sehen und sachlich diskutieren. Vom Reichskanzler aber ist ein Musterbeispiel gegeben, wie man gegen uns kämpft. Der Reichskanzler hat die schwersten Vorwürfe gegen unsere Wähler und auch gegen unseren Parteisekretär Dittmann erhoben, obgleich dieser den Beweis geführt hat, daß die Anschuldigung durchaus unzulässig war. Es ist unglücklich, daß der Reichskanzler von so hohen Beamten derart unzulänglich informiert wird und sich derartige unzulängliche Informationen gefallen läßt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Bis heute hat sich trotz der Feststellung des Tatbestandes noch kein Mitglied der Regierung veranlaßt gesehen, die angegriffene Ehre Dittmanns wiederherzustellen. Ebenso wenig hat der Reichskanzler in dem Falle des in Anhalt angeklagten von einem Sozialdemokraten ermordeten Arbeiters seine unbedachte Anklage zurückgenommen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In diesem Falle hat nicht der Geist der Sozialdemokratie, sondern der Geist, der von so vielen Herren der Rechten aus Kartoffeln produziert wird, der Fußelgeist (Weiterer Zustimmung) wieder einmal ein Opfer gefordert. Wenn die Regierung so das Beispiel gibt, darf man sich nicht wundern, daß auch die sogenannte unabhängige Presse ihre falschen Anschuldigungen nicht zurücknimmt; weder die „Voss. Ztg.“ noch die „Nordd. Allg. Ztg.“ haben das getan! Die Unanständigkeit liegt nicht in der Unhöflichkeit der Form allein, sondern wenn jemand einem anderen die Ehre abschneidet und, trotzdem sich der Irrtum herausstellt, sich in Schweigen hüllt, so ist das das Unanständigste, was überhaupt geschehen kann. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ebenso falsch wie diese beiden Behauptungen ist die Behauptung des Herrn v. Liebert, wir hätten die deutsche Flagge als „Schmutzlappen des Hottentottenblodes“ bezeichnet. Dieser Ausdruck stammt aus der „Leipziger Volkszeitung“. Man kann über seine Form streiten (Weiterer Zustimmung), aber wenn hier etwas unanständig ist, so das, daß man diesen Ausdruck ohne weiteres identifiziert mit der deutschen Reichsflagge. Soweit sind wir doch noch nicht, daß die Ägensahne des Reichsverbandes einfach identisch wäre mit der deutschen Reichsflagge. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Es muß konstatiert werden, daß auch in Wahlkreisen, wo früher anständig gekämpft wurde, dies sofort aufgehört hat, sobald

der Reichsverband

mit seinen niedertreppigen persönlichen Verleumdungen in den Kampf eingegriffen hat. Wenn Herr v. Liebert vom Ritter Georg gesprochen hat, so muß ich diesen doch in Schutz nehmen; (Weiterer Zustimmung) dessen Waffen waren wenigstens blank und ehrlich, das kann man von den Waffen des

Reichsverbandes wahrhaftig nicht sagen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er behauptet hat, daß das deutsche Volk sein Urteil über die Sozialdemokratie gesprochen habe, so ist festzustellen, daß die Sozialdemokraten mit ihrem Kampfrufe mit über eine Million Stimmen in der Minderheit geblieben sind! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Reichskanzler hat besonders die inneren Streitigkeiten der Sozialdemokratie

erörtert. Das ist sein Spezialgebiet, nicht in dem Sinne etwa, daß er es besonders gründlich beherzigt, (Weiterer Zustimmung) sondern mehr sein Steckenpferd. Es ist vollkommen falsch, eine große historische Bewegung, wie es die Sozialdemokratie ist, nach ihren inneren Kämpfen und Streitigkeiten zu beurteilen. Ich ermahne Sie daran, daß das Christentum sich in den ersten Jahrhunderten in die verschiedensten Richtungen spaltete, die sich mit Wort und Tat bekämpften. Was würden Sie aber sagen, wenn man das Christentum nur unter dem Gesichtspunkte dieser inneren Streitigkeiten betrachten wollte? (Sehr gut! b. d. Soz.) Was sind ferner die Streitigkeiten innerhalb der Sozialdemokratie gegenüber denen der Reformationsbewegung? Jenseit der Beurteilung macht zum mindesten einen äußerst kalten Eindruck. Jeder Geschichtsforscher, der das Christentum oder die Reformation so beurteilen wollte, würde mit Schimpf und Schande von seinem Lehrstuhl weggejagt werden oder, wie mir mein Freund Heine eben sehr richtig jurist, man würde ihn gar nicht durchs Abiturientenexamen kommen lassen. (Sehr gut! b. d. Soz.) Niemand hat eine historische Bewegung so wenig innere Kämpfe gehabt wie die Sozialdemokratie. Keine Partei in diesem Hause hat so wenig Meinungsverschiedenheiten wie die Sozialdemokratie. (Lachen rechts.) Ich möchte einmal Wäuschen sein bei Ihren internen Verhandlungen, bei denen Sie (nach rechts) doch auch schmutztrakt gegen einander stimmen. Der eine erklärt sich in der augenblicklichen Situation für Sozialreform, der andere für Repressivmaßregeln. Ein Teil von Ihnen ist für die Aufhebung des Wahlrechts. (Widerspruch rechts.) Wollen Sie etwa die Ausrufungen der Herren v. Jellbig, v. Kautzsch, v. Kirsch, v. Kirchhoff, v. Kirchhoff und v. Hidenburg ableugnen? Die Ehrliebe von Ihnen sprechen es aus, die anderen sind diplomatischer; sie sagen sich: So was tut man gelegentlich, aber so was sagt man nicht. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Partei ist hervorgegangen aus einzelnen Richtungen, die sich sehr scharf bekämpften. Es wäre gar nicht möglich und auch gar nicht gut, wenn bei uns nicht Meinungsverschiedenheiten herrschten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wie sollte in einer Bewegung mit so unsoffenden großen Zielen, wo es sich um die Ausgestaltung unserer ganzen wirtschaftlichen Ordnung handelt, mit so gewaltig durchgreifenden Aufgaben möglich sein, daß ein einzelner Geist zu einer bestimmten Zeit eine unfehlbare Wahrheit ausspricht? Gerade in den Meinungsverschiedenheiten und in ihrem Zurgetungsvorgang liegt die Garantie für ein gesundes geistiges Leben in der Partei. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das ist am schärfsten von meinem Parteifreund Bebel gelegentlich der Zukunftsstaatsdebatte 1893 ausgesprochen. Da sagte er: „Wir sind nicht nur eine revolutionäre Partei, wir sind auch eine vorwärtstrebende Partei, die beständig lernt und die in beständiger geistiger Wanderung begriffen ist, die nicht die Meinung hat, daß ein heute ausgesprochener Satz und eine heute als richtig gehaltene Anschauung unabweisbar für alle Ewigkeit feststeht.“ Bebel hat auch unserer Bewegung eine Definition gegeben, die wir alle akzeptieren, in den letzten Kapiteln seines Buches „Die Frau und der Sozialismus“, wo er erklärt: „Der Sozialismus ist die mit lauter Bewußtsein geforderte Erkenntnis der auf alle Gebiete der menschlichen Tätigkeit angewandten Wissenschaft.“ Das ist das, was wir erstreben. (Sehr gut! b. d. Soz.) Wir wollen nichts, was unfruchtbar, was unbeständig ist, was im Widerspruch steht mit der Erkenntnis und Wahrheit. Das erfordert geistige Arbeit und auch geistige Kämpfe. Nur durch kritische Kämpfe, nur durch die beständige Wanderung ist die Gewähr geboten für die Siegesgewißheit unserer Forderungen, unseres Kampfes. Darum hat es mich sehr kräftigt, als der Reichskanzler behauptete, daß die revisionistischen Parteigenossen verewaltigt worden seien, daß sie sich das hätten gefallen lassen und sich geduldet hätten. Das widerspricht vollständig den Tatsachen. Die geistige und politische Entwicklung der Arbeiterpartei hat keinen Augenblick still gestanden, die Partei hat das auch gar nicht verlangt. Das Programm ist nach Dresden weiter diskutiert worden, wie vor Dresden. Der Reichskanzler könnte darüber auch unterrichtet sein, wenn er sich um mehr als eine oberflächliche Bekanntschaft der Dinge bemüht hätte. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Was die Partei verlangt, und zwar mit vollem Recht, ist, daß wir es bei den inneren Kämpfen vermeiden sollen und müssen, irgendwem Personen, die eine gegenteilige Ansicht vertreten, in der Debatte herunterzusehen. Herr Wassermann sucht jede kritische Ausrufung, welche in Parteireisen aufsteigt, aufzusuchen und gegen uns zu gebrauchen. Damit können Sie uns keinen ernstlichen Schaden tun. Sie beweisen damit nur, daß eine andere von Ihnen vorgebrachte Behauptung, nämlich, daß jede Meinungsverschiedenheit in der Sozialdemokratie verewaltigt wird, falsch ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Diese Dinge tun uns nichts, und ich messe deshalb den neueren Auslassungen von Parteigenossen nicht die Bedeutung bei, die mein Parteifreund Singer ihnen beimessen scheint. Mit dem so gesammelten Material tut und der Reichskanzler nicht weh, und das möchte er selbst einsehen, wenn er nachdächte. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Ja, das ist eben seine schwache Seite, nach dem er hat er nicht gelernt. (Weiterer Zustimmung.)

Nun hat der Reichskanzler in seinen Ausführungen die sehr interessante Ausrufung getan: „Es gab eine Zeit, da konnten ernsthafte Hoffnungen auf die politische Entwicklung der Sozialdemokratie entstehen. Ich selbst bin vielleicht von solchen Hoffnungen nicht ganz frei gewesen.“ — Was hat Herr Bernhard Wälow eigentlich für Hoffnungen gehabt? Stimmen Sie vielleicht überein mit den Artikeln, die neuerdings durch die liberale Presse gegangen sind, in denen auch gesagt ist, man habe Hoffnungen auf den Revisionismus gesetzt, sie seien aber nicht erfüllt worden? Wenn ein Karlsruher Reichstagspolitiker das sagt, mag es hingehen, aber wenn das ein Reichskanzler ausspricht, sollte er auch sagen, woran er denkt. Was hätte denn der Revisionismus tun sollen, um den Erwartungen des deutschen Reichskanzlers zu entsprechen? Hätte er in solcher Empfindlichkeit der Partei den Rücken lehnen und vor den Kanzler hintreten sollen und sagen: „Da sind wir, Herr Reichskanzler, wir verlangen im Namen der Gerechtigkeit und der werktätigen Volksklasse die Freiheit für alle.“ (Große Weiterer Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Kanzler hätte wohl geantwortet: „Sie arme Teufel, was wollen Sie?“ (Weiterer Zustimmung.) Oder hätten wir die Fahne der Rebellion innerhalb der Partei erheben und die Partei zu spalten suchen sollen? Wer das geglaubt hat, muß eine unglücklich naive Seele gewesen sein. Wenn uns von liberaler Seite derartige Dinge suggeriert werden, nun — ich meine, die Liberalen hätten am eigenen Leibe erfahren, was es heißt, wenn eine Opposition sich spaltet; (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sie sind zerrieben und vollständig einflusslos geworden. Es ist politisch ein Wäddum, wenn eine Oppositionspartei ihre Kräfte teilt, anstatt sie zusammenzufassen. Unsere Partei würde jeden, der damit kommt, zur Tür hinauswerfen und mit vollem Recht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Solche Ideen also sollte man wohl bei einem Karlsruher Reichstagspolitiker finden, nicht aber bei einem leitenden Staatsmann. Was die sogenannten Revisionisten taten, war das einzige, was sie im Interesse ihrer Ehre und im Interesse der Partei tun konnten: sie blieben in der Partei und haben dort im Interesse der Partei mitgearbeitet. Wir tun nicht, was unsere Feinde uns ornaten, sondern was die Macht und Größe unserer Bewegung steigert und was dazu beiträgt, daß wir auf dem Wege, auf dem wir uns befinden, vorwärts kommen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wieder und immer wieder wird

der Dredeurer Parteitag

erwähnt. Die sogenannten Revisionisten haben niemals ein Gehl daraus gemacht, daß Dresden auch ihnen nicht gefallen hat. Aber niemals durften sie die Beschlässe der Partei als nicht vor-

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Schmeer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679

Mittwoch, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr, in Peters Gesellschaftshaus, Wieleffstr. 24:
Bezirks-Versammlung für Moabit und Umgegend.

Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen **Düwell** über: Industriefeldarbeit.
2. Diskussion. 3. Neuwahl der Bezirksleitung. 4. Verbandsangelegenheiten.

Achtung!

Gürtler u. Berufsgenossen

Mittwoch, den 6. März, abends 6 Uhr:
Allgemeine Versammlung d. Gürtler u. Berufsgen.
im Saale von **Buggenhagen**, Moritzplatz, Dranienstr. 147.

Tagesordnung:
1. Der neue Reichstag, und was haben die Arbeiter von demselben zu erwarten? Referent: Kollege **Wuschek**. 2. Diskussion.
3. Verschiedenes. 114/8
Kollegen! Bei der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse für das Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Sonntag, 24. März, vormittags 10 1/2 Uhr:
Ordentliche General-Versammlung
im großen Saale des **Stablfiment Buggenhagen** (am Moritzplatz).

Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung für das Jahr 1906 durch den Rentanten.
2. Bericht des Rechnungsausschusses bez. Decharge-Erteilung.
3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes für die Jahre 1907 bis 1909 (Arbeiter).
4. Antrag des Vorstandes auf Abänderung des Statutes und der Vorschriften über die Krankenmeldung usw. (Näheres wird den Mitgliedern der Generalversammlung baldigst mitgeteilt.)
5. Besprechung und Beschlussfassung über die Anstellungsverhältnisse der Kassendirektoren.
6. Verschiedenes. 270/16

Der Vorstand.

S. Blenz, Vorsitzender. **Otto Bonifati**, Schriftführer.

Achtung! Produkten-Händler und Händlerinnen Berlins und Umgegend.

Donnerstag, 7. März, abends 9 Uhr, bei **Merkowski**, Andreasstr. 26:
Öffentliche Versammlung aller Produkten-Händler und Händlerinnen.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Redakteurs **Wermuth**: Was haben wir vom neuen Reichstag zu erwarten? - 2. Diskussion.
zur Deutung der Unkosten-Zellerfassung. 287/12*

Wirtshaus Schloß Woltersdorf

(nicht Schloß) direkt an Chaussee u. Flakensee, für die bevorstehende Saison den geübten Vereinen, Gesellschaften, Fabriken zu Dampferpartien u. Ausflügen der Bahn, Jagdtouren usw. angelegentlich empfohlen. Stelle mein Lokal auch Sonntag u. an den Feiertagen zu Vereinsfestlichkeiten zur Verfügung.
Friedr. Saewert, Fernsprecher: Amt Erkner Nr. 49.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche. Gruppe: Rabißspanner.

Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr, bei **Jannasch**, Inselstr. 10:
Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Neuwahl des Gruppenvorstandes und eines Revisors.
2. Vortrag des Redakteurs Genossen **Hans Block** über: „Die Bedeutung der Wahlen.“
3. Neuwahl des Zweigvereinsvorstandes.
4. Verschiedenes.

NB. In der letzten Gruppenversammlung wurde der erste Punkt der Tages-Ordnung wegen schwachen Besuchs der Versammlung vertagt. Wir ersuchen nun alle Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen und eine rege Agitation für einen guten Besuch derselben zu entfalten.
Der Gruppenvorstand.

Der Dänische Kapitän-Kautabak

ist vom Patentamt gesetzlich geschützt, es ist daher strafbar, andere Tabake unter dem Namen

„Kapitän-Kautabak“ zu verabsolgen.
Man achte genau auf den in jedem Stück befindlichen Zettel mit der Aufschrift: 40892*
Dänischer Kapitän-Kautabak (gef. gef. 76658).
Gen.-Vertr.: **C. Röcker**, Berlin O., Gräuner Weg 112. Amt 7, 3861.
Zu haben in den meisten Zigarrengeschäften.

Die Möbel-Fabrik

von **A. Schulz**, 5 Reichenbergerstr. 5

empfeilt Wohnungs-Einrichtungen von 240-10 000 M. in nur anerkannt gediegener Ausführung in jeder Holz- und Stahlarbeit sowie auch Volkswaren eigener Fabrikation zu äußerst billigen Preisen. Streng reelle und gewissenhafte Bedienung. Kulante Zahlungen. Tel. Amt IV 6877. [13862*]

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf. Berlin-Pankow.

Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholfreies, diätetisches Spezialbräu.
Aerztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.

Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.

Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich. 3466L*

Leihhaus

Berlin, Anhalterstr. 2
Charlottenburg, Friedrichsplatz 12.
Hohe Beleihung von Gold-, Silber-
sachen u. Kleidungsstücken etc.

Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59
Ecke Stallschreiberstraße.
Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.
Extra-Abteilung vertriehen gewesener Möbel.
Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

Hühner

junge
keilförmige
Vogel,
Tauben, Enten, Puten, Brut-
puten: Brutzeit hochedelster Rassen
empfeilt unter Garantie für Reueität
H. Dequert, Berlin, Mariannestr. 34.

Brunnen-
Strasse 17-18

H. Greifenhagen Nchf.

Veteranen-
Strasse 1-2



Einheits-Preise

90 1,90 2,90

für besonders vorteilhafte Artikel

NUR DIESE WOCHE

Trotz der sehr billigen Preise verabsolgen wir die üblichen Rabattmarken, welche voll 5% betragen.



Lebende
Pflanzen

3 Stück Tulpen sortierte Farben 90 Pf.
3 „ Krokuspflanzen 90 Pf.
Hyacinthen Stück ... 90 Pf.
Azalien Stück 90 Pf.

Der preussische Landesverband der Haus- und Grundbesitzervereine

hielt am Sonntag und Montag seinen Verbandstag im Bürger- saale des Berliner Rathhauses ab. Wo Haus- und Grundbesitzer aus allen Gauen Preussens versammelt sind, da fehlt es natürlich nie an mehr oder weniger heftigen Angriffen auf Personen und Institutionen, die die Rechte und Interessen der nicht mit Haus- und Grundbesitz versehenen Klasse des Volkes gegenüber den Privilegien und der wirtschaftlichen Nachstellung der Haus- und Grundbesitzer vertreten. Am ersten Tage der Verhandlung waren es besonders die Wertzuwachssteuer, die Baugewerkschaften und Albert Kohn, gegen welche sich die Angriffe mehrerer intimer Freunde jeden Richtschnurs richteten. Albert Kohn, der Vorsitzende der Ortskrankenkasse der Kaufleute in Berlin hat sich die Feindschaft der Haus- und Grundbesitzer dadurch zugezogen, daß er die von der genannten Krankenkasse veranstaltete Wohnungsenquête in so verdienstvoller Weise bearbeitet hat. Die Wohnungsenquête der Ortskrankenkassen stand als besonderer Punkt auf der Tages- ordnung. Der Referent, Apotheker Schreiber, beschäftigte sich fast ausschließlich mit der Enquete der Berliner Ortskrankenkasse der Kaufleute für 1905. Wie der Referent ausführte, hat eine Kom- mission der Hausbesitzer die Eingelagerten der Enquete nachgeprüft und „festgestellt“, daß dieselben übertrieben und tendenziös ent- stellt seien. Nur in einem Falle habe die Kommission die Angaben der Enquete als zutreffend angesehen und den betreffenden Haus- besitzer gerügt. — Ueber Mißstände von Wohnungen werden Haus- besitzer und andere Leute wohl oft verschiedener Meinung sein. In jedem Falle ist es dem Hausbesitzer unbecommt, wenn Mißstände, die er nicht als Mißstände anerkennt, beleuchtet werden. Um das, wenigstens soweit die Enqueten von Ortskrankenkassen in Frage kommen, zu verhindern, trat ein Redner, Rechnungsrat Wagner, dafür ein, daß sich der Landesverband der Grundbesitzer an die Aufsichtsbehörden wende, damit sie den Krankenkassen die Ver- wendung von Kassengeldern für Erhebung von Wohnungsenkqueten untersagen! Das wollte der Landesverband schon lange tun, sagte der Vorsitzende. Die Krankenkassen seien nicht befugt, solche Unter- suchungen anzustellen. „da ja doch nur den Zweck hätten, in sozial- demokratischem Sinne Zwietracht gegen die Hausbesitzer zu er- regen.“ — Die Verammlung beschloß die Einsetzung einer Kom- mission, welche Befehden über das Wohnungswesen entgegen zu nehmen hat. — Der Kommission möchten wir vorschlagen, die ge- sundheitsgefährdenden, an Mangel an Licht und Luft leidenden Wohnungen als dauernden Aufenthalt zu benutzen. Die häß- lichen Angriffe und niedrigen Verbachtigungen der sozial hoch- bedeutenden Wohnungsenquête der Ortskrankenkasse der Kaufleute ehren dies treffliche Werk aufs höchste und werden selbstredend die Angegriffenen von weiteren ähnlichen Arbeiten nicht abhalten, können vielmehr ihren Arbeitseifer nur erhöhen.

Die Wertzuwachssteuer nahm einen breiten Raum in den Verhandlungen ein. Daß sie allgemein verworfen wurde, ist in diesem Kreise selbstverständlich.

Die Baugewerkschaften standen zwar nicht auf der Tages- ordnung, wurden bei jedem Punkt derselben von mehreren Rednern, mandmal mit großer Heftigkeit, angegriffen. Die Hausbesitzer halten aber die private Ausbeutung des Wohnungsbedürfnisses für ihr unüberwundenes Recht und erklären jeden für ihren Feind, der gemeinnützige Bestrebungen auf dem Gebiet des Wohnungs- wesens verfolgt.

Am zweiten Sitzungstage nahm der Verbandstag unter an- derem Stellung zum Gesetz zur Deklaration des Kommunalabgaben- gesetzes. Beschlossen wurde hierzu: Jeder Versuch, auf Grund des Deklarationsgesetzes Grundstücke von Baugewerkschaften hinsichtlich der Grund- und Gebäudesteuer und der Gebühren günstiger zu stellen als die Grundstücke privater Besitzer, ist auf das Entschiedenste zu bekämpfen. In Gemeinden, wo solche Versuche gemacht werden, ist dahin zu wirken, daß Grund- und Gebäudesteuer, sowie Ge- bühren bei Wohnhäusern nach dem Preise oder der Größe der Wohnungen abgestuft werden. — Der Verbandssekretär hatte noch einen Antrag empfohlen, wonach Grundstücke, die gewerblichen Betrieben dienen, insbesondere die Warenhäuser, einer höheren Steuer unterliegen sollen als die Wohnhäuser. — Diefem Antrage widersprach ein Redner, er meinte, man würde damit den Waren- hausbesitzern, die dem Verbands angehören, vor den Kopf stoßen. Der Antrag kam hiernach nicht zur Abstimmung.

Die neue Wädereiverordnung findet befanntlich bei den Haus- besitzern lebhaften Widerstand, weil sie an die Räume der Wäderei- betriebe Anforderungen stellt, die zum Schutze der Arbeiter not- wendig, in den meisten Fällen bei den bestehenden Wädereiräumlich- keiten nicht erfüllt sind. Zwei Rechtsanwälte, Kohnelt und Neefe, die zu diesem Punkt als Referenten sprachen, untersuchten die Frage, ob man die Verordnung im Wege des Verwaltungsstreit- verfahrens anfechten könnte. Der erstere bejahte die Frage, der zweite verneinte sie und empfahl, die Hausbesitzer, welche sich durch die Verordnung geschädigt fühlen, dem Wohlwollen der Behörden. — Der erste Diskussionsredner, Barkowitsch-Berlin, führte aus, von 2000 Berliner Wädereien entsprächen 1500 nicht den Anfor- derungen der neuen Verordnung, sie würden nicht mehr als Wädereien vermietet werden können. Wenigstens müsse gefordert werden, daß die Verordnung auf schon bestehende Wädereien keine An- wendung finde, falls die Arbeiter, soweit es die Natur des Ge- werbes zuläßt, vor Gefahren geschützt sind. Der Redner trat dafür ein, daß an einem Einzelfall die Rechtsgültigkeit der Verordnung bis zur höchsten Instanz angefochten werde. Alle Redner zu dieser Angelegenheit bekämpften die Verordnung. — Der Vorsitzende des Hausbesitzerverbandes, Justizrat Dr. Baumert, meinte, der Hausbesitzer finde bei der Regierung kein Wohlwollen. Die Wädereiverordnung werde die Folge haben, daß viele kleine Wäderei- meister ruiniert werden. An deren Stelle würden wenige Groß- wädereien treten. Die Regierung treibe ja Mittelstandspolitik, aber für die Hausbesitzer, die doch auch zum Mittelstand gehören (!), habe sie nichts übrig. Die Hausbesitzer sollten die Mittelstands- vereinigung scharf machen, dann würden sie etwas erreichen. — Die Verammlung erklärte sich dafür, daß man an zuständiger Stelle vorstellig werde, um eine den Wünschen der Hausbesitzer entsprechende Aenderung der neuen Wädereiverordnung zu erreichen.

Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 5. Wahlkreis! Heute, Dienstag, abends 8 Uhr, findet in den Ruffler-Sälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m, eine Versamm- lung des Wahlvereins statt. Parteisekretär Genosse Hermann Müller wird über den Ausfall der letzten Reichstagswahlen sprechen.

Wir erwarten, daß kein Mitglied des Wahlvereins bei der Erörterung dieser so wichtigen Frage fehlen wird. Wähe haben Zu- tritt.

Schöneberg. Die Bezirksführer werden ersucht, am Mit- woch, den 6. dieses Monats, zu erscheinen. Der Vorstand.

Steglitz. Morgen, Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, Mitglieder- versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Vortrag mit Re- pliken über „Adwig Angenbruber“. Referent: C. Stripp. 2. Ausschlußanträge. 3. Vereinsangelegenheiten.

Britz-Buckow. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Versammlung des Wahlvereins im Lokal des Herrn Wofinski, Chausseestr. 07, statt. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereins- angelegenheiten. 4. Verschiedenes. Am zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.

Reinickendorf-Ost. Wegen Uebergabe der Bibliothek bitten wir die entliehenen Bücher im Laufe dieser Woche an den Ge- nossen Preiß, Winterstr. 11, oder bis spätestens Sonntagvormittag 10 Uhr in der Bibliothek abzugeben. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Heute, den 5. März, abends 8 Uhr, findet im Lokale Otto, Berlinerstr. 115, die außerordentliche Generalver- sammlung des Wahlvereins statt. Die neuauftgenommenen Mit- glieder können, sofern sie noch nicht im Besitze ihrer Bücher sind, dieselben heute abend in Empfang nehmen. Die Parteifunktionäre werden gebeten, zeitig zu erscheinen, um über den Erfolg der Flugblattverteilung zu berichten. Der Vorstand.

Spandau. Heute Jahlabend. Vollzählige Beteiligung ist Pflicht. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Von des Gebetes Wunderkraft.

Das Unheil, das von den Gesundbetern in der Reichenbergerstraße angerichtet worden ist, hat aufs neue die Aufmerksamkeit auf die Gesundbeterei gelenkt. Die Ent- rüstung über dieses Treiben äußert sich in recht drastischen Ausdrücken. Da wird gefordert, daß die Behörde gegen den „skandalösen Aberglauben“ einschreite, daß sie dem „gefähr- lichen Anflug“ ein Ende mache, und so weiter.

Wir selber wollen, indem wir uns an der Diskussion beteiligen, ganz objektiv bleiben. Vor allem wollen wir hier feststellen, daß die Gesundbeterei zu den Erscheinungen ge- hört, über die ein gut gegogener Staatsbürger sich nur mit Vorbehalt entrüsten darf. Von dem Ruf nach Polizeihilfe, den die Entrüsteten erheben, nehmen wir an, daß er nur jener kleinen Anzahl sogenannter Gesundbeter gilt, die die Gesundbeterei offensichtlich als Schwindel betreiben. Gegen die Gesundbeterei aber, die im Glauben wurzelt, wird doch wohl kein Schutzmantel einschreiten sollen? Denn es gibt auch eine Art von Gesundbeterei, die aus gläubigem Herzen kommt und die kein Zeitungsschreiber einen Schwindel zu nennen sich erlauben wird.

Im „Berliner Tageblatt“ äußert sich der Psychologe Prof. Dessoir über die Gesundbeterei. Er sagt: „So ver- breitet sich das Gebeten leicht bei gläubigen und gut- gläubigen Schwärmergeiern, deren Weizen dort am schönsten blüht, wo der Boden durch den Aberglauben vorher gepflügt worden ist. Die meisten begreifen aber nicht, worauf es an- kommt, und daß die Macht des Gebetes nur in geistig sitt- licher Beziehung wirkt. Die ganze Gesundbeterei ist eine Verzerrung, eine Frage, eine Vergröberung und Herab- würdigung des Gebetes.“ Herr Professor Dessoir wird in dieser Frage als Sachverständiger angesehen. Wir aber möchten uns doch lieber an die Meinung derjenigen halten, die im Punkte des Betens als Fachleute gelten dürfen: an die wahrhaft Frommen samt ihren Geistlichen.

Daß man durch gläubiges Gebet einen Kranken gesund zu machen vermag, das darf einem überzeugten Christen gar nicht zweifelhaft sein. Das Evangelium Matthäi erzählt uns im 21. Kapitel, wie Christus den Feigenbaum verfluchte, der den Hungernden keine Frucht bot. Mit Stammen sahen die Jünger, daß der Feigenbaum „alsobald verdorrte“. Aber Christus sprach zu ihnen: „Wahrlich, ich sage euch, so ihr Glauben habt, und nicht zweifelt, so werdet ihr nicht allein solches mit dem Feigenbaum tun; sondern so werdet ihr sagen zu diesem Berge: Hebe dich auf und wirf dich ins Meer! so wird es geschehen.“ Und ausdrücklich fügte er hinzu: „Und Alles, was ihr bittet im Gebet, so ihr glaubet, so werdet ihr es empfangen.“ Ein rechter Christ hat gelernt, die Bibel überall wörtlich zu nehmen. „Wie? Der Glaube“, so wird er hier sich fragen müssen, „versetzt Berge und sollte nicht eine Krankheit bannen können?“

Doch Herr Dessoir sagt: „Die meisten begreifen nicht, worauf es ankommt, und daß die Macht des Gebetes nur in geistig sittlicher Beziehung wirkt.“ Ist das richtig? werden die Frommen und ihre Geistlichen ihm darin beistimmen? Sind auch sie der Meinung, daß des Gebetes Macht und Wunderkraft nur „in geistig sittlicher Beziehung“ wirkt? Wenn im Königshause Familienzwachs erwartet wird, dann muß ja wohl in allen Kirchen der Monarchie für ein glück- liches Gelingen gebetet werden. Herr Dessoir aber bleibt dabei: „Die meisten begreifen nicht, worauf es ankommt.“ Ich ja, die meisten begreifen nicht, worauf es ankommt bei dem Kampf gegen die Gesundbeterei, den sie führen wollen. Oder sie tun wenigstens so, wie wenn sie es nicht begriffen.

Der Glaube an den Erfolg der Gesundbeterei kann nur wurzeln in dem Glauben an die Macht des Gebetes über- haupt. Nur bei Deuten, die diesen Glauben haben, kann einem Schwindler, dem die Gesundbeterei nur Geschäft ist, sein Schwindel glücken. Herr Dessoir meint: „Das Gebet wirkt nicht in grob körperlicher Weise.“ Damit wird er wenig Eindruck machen auf das Gros der Gläubigen, die ja in Schule und Kirche daran gewöhnt worden sind, die ganze Lehre des Christentums grob körperlich aufzufassen und auch vom Gebet eine grob körperliche Wirkung zu erwarten.

Wir könnten hieran allerlei Schlußfolgerungen knüpfen, die sich auf den Kampf gegen die Gesundbeterei beziehen, doch wollen wir uns an der Feststellung der Tatsachen ge- nügen lassen. Will die Behörde diesen Kampf führen und bei den Anhängern der Gesundbeter den Glauben an des Gebetes Wunderkraft zerstören, so wird sie selber manches Wunder erleben.

Polizei und Gesundbeter. Mit der Gesundbetereffäre be- schäftigt sich jetzt auch die Kriminalpolizei. Ihre Ermittlungen erstrecken sich auf einen Kreis von Personen, von denen ange- nommen wird, daß sie die Frau des erkrankten Oberzahlmeisters Sagawe mit der Gesundbeterei bekannt gemacht haben. Eine Ver- bannung ist entgegen der im Hause Sagawes verbreiteten Meinung noch nicht vorgenommen, da für die Polizei nur dann Anlaß zum Einschreiten vorliegt, wenn festgestellt wird, daß diese Personen mala fide gehandelt oder ihre Manipulationen mit Betrug ver- knüpft haben. In dieser Richtung bin ich die polizeiliche Untersuchung noch nicht abgeschlossen. — Der Vater der nach Dalldorf über- geführten geisteskranken Familie Sagawe hat übrigens der Polizei angezeigt, daß ihm bei den Gesundbetern seiner Angehörigen Wertpapiere abhanden gekommen sind. Wahrscheinlich sind diese mit den zerbrochenen Tischen, Stühlen, den zerrißenen Gardinen und Betten als „Teufels Blendwerk“ ins Feuer gewandert.

Der Oberzahlmeister Sagawe hat sich von der Angst der letzten Tage einigermaßen wieder erholt. Die Nachrichten aus Herzberge, wo seine Frau und Kinder gebracht wurden, lauteten gestern

dahin, daß die irrsinnig gewordenen Familienmitglieder vollständig voneinander getrennt untergebracht sind, daß sich aber ein ab- schließendes Urteil über die Schwere der Krankheit noch nicht ab- geben läßt.

Der erste Sonntag im Freien. Die Schnucht nach dem Früh- ling hatte am letzten Sonntag einen gewaltigen Stour von Aus- flüglern hinausgetrieben in den Grunewald. Der lachende Sonnen- schein täufelte auch darüber hinweg, daß vor kurzen noch diese Schneemassen Baum und Weg bedeckt hatten. Nur ganz vereinzelt entdeckte man an geschützten Stellen kleine weiße Flächen, die die Sonne noch nicht getroffen hatte. Am Nachmittag war die Tempe- ratur so milde, daß zum ersten Mal in diesem Jahr in den Aus- flugsorten an der Havel auch die Gärten vom Publikum benutzt werden konnten. Auch verschiedene Konzertlokale in Berlin selbst hatten am Sonntag zum ersten Mal ihre Porten geöffnet. Ein längerer Aufenthalt in der Vorfrühlingsluft wird freilich manchem einen tüchtigen Schnupfen eingebracht haben. Eine ganz besondere Anziehungskraft auf die Spaziergänger übte die Döberitzer Heer- straße und der Anglisdamm am Schöneberg aus. Die Heerstraße war den ganzen Tag über von einer dichten Menge von Fußgängern, Radlern und Kutschern in Anspruch genommen.

Die Zigarettensteuer gibt fortgesetzt Anlaß zu neuen Verord- nungen und Auslegungen der Zentralbehörden. Gesehgebung und Verordnung vermag der vielgestaltigen Praxis nur mit Mühe zu folgen. So werden jetzt allein vom preussischen Finanzminister gleichzeitig nicht weniger als drei allgemeine Verfügungen über die Zigarettensteuer an die Steuerbehörden mitgeteilt. Die eine be- trifft die Abgabe unbesteuerter Zigaretten seitens der Hersteller an Händler und Privatleute. Es wird darin ausgedrückt, daß die Abgabe unbesteuert und unbesteuerter Zigaretten an Händler oder Privatleute nicht zulässig sei. Eine zweite Verfügung betrifft die Behandlung zigarettensteuerpflichtiger Erzeugnisse, die als Rück- ware oder als Muster aus dem Auslande an Zigarettenfabrikan- ten eingehen. Zigarettenfabrikanten und Zigarettenhändler, die aus dem Aus- lande an Zigarettenfabrikan- ten eingehen, sei es, daß es sich um Kupfer handelt, die in einer inländischen Zigarettenfabrik nach- gemacht werden sollen, sei es, daß die eigenen nach dem Auslande gefandten Erzeugnisse einer inländischen Fabrik wegen irgend welcher Beanstandungen an diese zurückkommen, brauchen dann weder versteuert noch vorrichtsmäßig verpackt zu werden, wenn sie zur weiteren Verarbeitung oder Behandlung in den Fabriks- betrieb genommen werden sollen. Eine dritte Verfügung betrifft die Erstattung der Zigarettensteuer für vollständig versteuerte, zur Ausfuhr oder Durchfuhr bestimmte zigarettensteuerpflichtige Waren oder für Vorräte, die wegen Annahmeverweigerungen oder Unbestellbarkeit in das Ausland zurückgehen müssen. Eine Ver- gütung der Steuer kann in diesem Falle stattfinden.

Dem hiesigen Museum für Völkerverständnis ist vor kurzem von einem unbekanntem Gönner eine Sammlung peruanischer Altertümer gestiftet worden, die Herr Greber in Hannover während seines langjährigen Aufenthalts in Peru zusammengebracht hat. Der große Umfang der Sammlung, welche mit ihren bisher noch unübersehbaren Schätzen eine große Bereicherung des Museums darstellt, macht es bei den an sich schon beschränkten Raumverhält- nissen nötig, für einige Zeit die Säle V, VI und VII im ersten Stock des Museums, die für die amerikanische Sammlung bestimmt sind, ganz oder teilweise abzusperrten, um eine vorläufige Unter- bringung und Ordnung der Gegenstände zu ermöglichen.

Die Bewegung zur Erhaltung des Grunewalds gewinnt in den westlichen Vororten immer weiter an Ausdehnung. Eine Ver- sammlung des Zehlendorfer Ortsvereins, die am Sonntag in Zehlendorf stattfand, beschäftigte sich mit der Grunewaldfrage. Von sämtlichen Rednern wurde die Notwendigkeit betont, einer weiteren Verkleinerung und Behauung des Grunewaldes mit allen Mitteln entgegen zu treten. Der Plan des Bürgermeisters Dr. Reide, einen Zweckverband zur Schaffung eines Wald- und Wiesengürtels um Berlin zu geben, sei nur mit Freuden zu be- grüßen und werde die Unterstützung der Vorortgemeinden finden. Daneben sei aber auch ein gemeinsames Vorgehen der Kommunal- vereine der am Grunewald interessierten Vororte nötig. Dieser Anregung entsprechend wurde eine Kommission gewählt, die sich mit den übrigen Vereinen des Orts verständigen und aus den Kommunalvereinen der übrigen westlichen Vororte ergänzen soll, um so eine gemeinsame Schutzmission der westlichen Vororte gegen die Vernichtung des Grunewalds zu bilden.

Mit der Ermöglichung der Standgelde in den südlichen Markt- hallen soll nach einem Beschluß der hierfür gewählten Unterkommission, der noch der Zustimmung des Magistrats und der Stadtverordneten- versammlung bedarf, ein Versuch gemacht werden.

Die Deputation für die südlichen Kanalisationswerke und Riesel- felder hat am Montag beschlossen, den schönen Park von Buch auch in diesem Jahre in derselben Weise wie bisher für den Besuch des Publikums freizugeben und, falls sich auch weiterhin keine Uebelstände ergeben, den Park in Zukunft in den Sommermonaten offen zu halten.

Nach der Schiffskatastrophe. Sonntagmittag wurden auf dem jüdischen Friedhof in Weissensee und auf dem Wilmersdorfer Fried- hof zwei Opfer der Schiffskatastrophe bei Hoef van Holland beigesetzt, in Weissensee die Sängerin Johanna Grünberg und in Wilmersdorf die Sängerin Hermine Lehmann.

Im Untersuchungsgefängnis in Moabit verstorben hat sich gestern der frühere Arzt Immanuel Koetschau, in Köln seßhaft, der wegen verübter Schwelgereien, sowie wegen Entziehung einer ihm in Köln zuerkannten Gefängnisstrafe am Sonnabend verhaftet wurde.

In den nächsten Tagen wird mit den Abrucharbeiten der alten Eisenbahndrehbrücke auf der Obersee zwischen der Oberbaum- und Schillingbrücke begonnen werden. Aus dieser Veranlassung werden die jetzt bestehenden Durchfahrten zeitweise gesperrt und andere Durchfahrten hergestellt werden. Ein- vorsichtiges Betan- fahren an die Brücke ist geboten.

Vom Straßenbahnwagen abgestürzt. Der Unfall einer Greisin rief gestern abend in der Schweinendstraße allgemeines Bedauern hervor. Die 64jährige Berta Fichtel, Schweinendstr. 63 wohn- haft, wollte von einem Straßenbahnwagen heruntersteigen, verfehlte auf der Plattform den Tritt und stürzte kopfüber auf die Straße. Sie zog sich einen Bruch des rechten Kniegelenks sowie innere Ver- letzungen zu und wurde in das Krankenhaus gebracht.

Zu dem Selbstmord des Treibriemensfabrikanten Knoll. Chaussee- straße 23, teilt uns die Witwe des freiwillig aus dem Leben Ge- schiedenen mit, daß der Selbstmord in einem Anfall geistiger Um- nachung ausgeführt sei. Knoll sei schon längere Zeit nervenleidend gewesen und habe schon mehrere Kerosenheilstätten aufsuchen müssen. Säuuden oder Familienverhältnisse spielten bei dem Selbst- mord keine Rolle, auch habe K. denselben im Arbeitszimmer und nicht im Kontor begangen.

Wie aus dem Rechnungsabluß der Reichsbahn für das Jahr 1906 hervorgeht, ist dem Institut durch gefälschte Banknoten ein Verlust von 740 000 M. entstanden. Es handelt sich um die be- kannten Fälschungen des ehemaligen Oberstators Grunenthal aus der Reichsdruckerei. Der Gesamtverlust, welchen die Reichsbahn durch die betrügerischen Nachahmungen des ehemaligen Angestellten erlitten hat, würde sich demnach bisher auf 1 667 000 M. belaufen.

Einbruchdiebstahl. Am Sonntag, den 3. März, in der Abend- stunde zwischen 7 und 8 Uhr wurde in den Geschäftsräumen des Verlages „Die Einheit“, Alte Schönhauserstr. 20 I. ein Einbruch- diebstahl verübt. Die Eingangstür ist mit Dreieisen auf-

gebrochen worden, sodas das Türschloß herausgehoben und die Tür selbst vollständig ramponiert ist. Gestohlen wurde eine gepanzerte, feuerfeste Geldkassette, die 47 Zentimeter lang, 32 Zentimeter breit und 18 Zentimeter hoch ist. Die Kassette war in einem besonderen Schrank, dessen Türen ebenfalls demoliert sind, eingeschlossen und am Boden festgeschraubt. Erbeutet haben die Spitzbuben etwa für 50 Mark Postwertzeichen verschiedener Preislagen, circa 20 Mark Privatgeld und einige Inhaberkonten. Da die Kassette anscheinend beim Öffnen zu großen Widerstand leistete, haben die Einbrecher dieselbe aus dem Schrank herausgehoben und mit sämtlichem Inhalt, als da sind: Geschäftsbücher, Bankbuch, Quittungsbücher, Invalidentarten und andere gegen Feuer zu schützende Gegenstände mitgenommen. Schon vor acht Tagen ist der Versuch zum Einbruch gemacht worden, die Diebe sind aber nicht hinein gekommen oder sind geflüchtet worden. Der Kassierer hatte daher das Geld sicherer untergebracht und konnte dieses jetzt nicht in die Hände der Diebe fallen. Immerhin ist dem Expedienten der „Einigkeit“, der zugleich der Kassierer der Geschäftskommission der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften ist, eine höchst unangenehme geschäftliche Störung bereitet worden.

Die Kassette ist gestern in einem Hausflur in der Seydelstraße gefunden worden.

Zu einem Rettungswerk wurde die Feuerwehrgesellschaft gestern morgen in der Schönebergerstraße in Anspruch genommen. Unmittelbar vor der Einfahrt zu dem Feuerwehrgesetz war ein hochbeladener Rollwagen der Firma Bach u. Co. umgekippt. Die Weichselstange schenkte empor und rief die Pferde mit in die Höhe, sodas die Tiere in Erschreckung gerieten. Die Feuerwehrgesellschaft besetzte die Pferde und schaffte auch die zum größten Teil zertrümmerte Ladung bei Seite.

Kohlenoxydvergiftung hat den Tod einer Greisin herbeigeführt. In dem Hinterhaus des Grundstücks am Weidenweg 51 wohnt die 78jährige Witwe Pilgrimm mit ihren erwachsenen Söhnen. Sonntag mittag kam der älteste Sohn angeblich betrunken nach Hause. Die alte Frau lag, von einem Schlaganfall betroffen, krank danieder, und der Sohn versuchte, sich selbst Mittagessen zu bereiten, ließ dabei aber die Tür der Kochmaschine unvorsichtigerweise offen. Es entwickelte sich Kohlenoxydgas, unter dessen Einwirkung Mutter und Sohn erstarbten. Als etwas später der zweite Sohn nach Hause kam, fand er beide leblos in der Stube. Er schlug sofort Alarm und die daraufhin alarmierte Feuerwehrgesellschaft, durch Einflößen von Sauerstoff beide Personen zu retten. Frau Pilgrimm war aber bereits tot. Ihre Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt. Der Sohn zeigte noch Lebenszeichen und wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Zur Aussperrung der Posamentierer! In der Anabenschule, Danzigerstraße, hält es der Herr Direktor genannter Schule für notwendig, alle jungen Leute, welche jetzt die Schule verlassen, darauf aufmerksam zu machen, das sie als Posamentierer einer segneten Zukunft entgegengehen und erjucht die jungen Leute, bei den Berliner Meistern in die Lehre zu treten. Wir organisierten Posamentierer halten es für unsere Pflicht, alle Väter und Vormünder, deren Söhne jetzt die Schule verlassen, darauf hinzuweisen, das die Verhältnisse nicht dem entsprechen, was die Herren Schulvorstände mitteilen für nötig befunden haben und erjuchen wir alle Väter und Vormünder, über genannte Vronche erst Erkundigungen einzuziehen zu wollen.

Arbeitsnachweis der Posamentierer: Alte Jakobstr. 190b.

Verschütet wurde gestern nachmittag ein Arbeiter, der mit Erdarbeiten an der Neue Grünstraße-Gasse Wallstraße beschäftigt war. Er erlitt erhebliche Verletzungen und mußte nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht werden.

Verurteilt wird seit dem 18. Februar die 14jährige Tochter der Eheleute Gollmer, Grünhaldenstr. 48. Das Mädchen ist bekleidet mit einem blau- und weißgeprellten Jackett, einer rot- und weißgestreiften Bluse, dunklem Rock, schwarzer Tändelschürze und trug schwarze Halbschuhe. Das Mädchen war von der Mutter zum Liefern nach der Wallstraße geschickt worden, ist auch beim Schneider gewesen und bekam 32 Stück Blusen (weiße mit Stickerei) mit. Von da aber ist es nicht wieder zu Hause zurückgekehrt. Da das Mädchen an epileptischen Anfällen leidet, ist es möglich, das ihm ein Unglück zugestoßen ist und bitten die Eltern, ihnen unter obiger Adresse Nachricht zuzulassen. Auch der Finder der Blusen wird um Abgabe derselben gebeten, da die Eltern Ersatz leisten müssen.

Wegen einer großen Gasexplosion wurde gestern früh um 7 Uhr die erste Kompanie nach der Stegmannstr. 27/28, Ecke der Neuen Königsstraße, gerufen. Dort war angeblich durch Unvorsichtigkeit im Keller des Vorderhauses der Gasmeserfabrik von J. u. E. Ester ein Gasbehälter nicht vollständig geschlossen. Unter gewaltiger, das ganze Gebäude erschütternder Detonation entzündete sich das Gas. Fast keine Fenster Scheibe im Hause und von den gegenüberliegenden Grundstücken blieb ganz. Die Glasplitter bedeckten Bürgersteige und Straßenpflaster. Von den Straßenpassanten wurden mehrere schwer verletzt. Auf der Unfallstation in der Alten Schützenstraße wurden drei, der Arbeiter Friedrich Schmölling, der Milchhändler Paul Dreher und der Arbeiter Richard Kasowski verbunden. Sie hatten Verletzungen am Kopf und den Händen erlitten. Von den übrigen war der Stellmacher Karl Neumann am schwersten verletzt, der Arbeiter Friedrich Schmölling hatte sich noch Brandwunden zugezogen. Die Feuerwehrgesellschaft unter Leitung des Brandinspektors Leopoldi beseitigte die Gefahr und legte den Leichüberbleibseln Notverbände an.

Eine zweite Gasexplosion beschäftigte am Sonntagabend die Sicherheitswache im Apollo-Theater in der Friedrichstraße. Diese Explosion war am Gasmotor erfolgt. Die Gefahr wurde vom Maschinenpersonal und der Sicherheitswache schnell, ohne das eine Verunreinigung des Publikums erfolgte, beseitigt. Eine dritte Explosion rief der 18. Zug am Sonntagabend nach der Gerichtstr. 1, Ecke der Grenzstraße. In einem Kinematographen-Theater hatten sich Filmstreifen entzündet. Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen.

Nachts um 3 Uhr wurde die Feuerwehrgesellschaft höflichstweise nach der Rogosstraße an der Jungfernhöhe gerufen. Der Täter ist leider unerkannt entkommen. Durch die Ueberhitzung eines Dampfzessels entstand heute früh am Ostbahnhof, am Eingang der Friedrichselderstraße die Gefahr einer Kesselexplosion. Die Wasserdämpfe strömten unter großem Druck und Geräusch aus. Von der Feuerwehrgesellschaft wurde die Gefahr durch Entfernern der Feuerung und Öffnen der Ventile beseitigt. Der 11. Zug hatte in der Rogosstr. 42 zu tun, wo neben den Kolonaden Holz auf einer Dampfheizung brannte. Es gelang die Gefahr bald zu beseitigen. Ferner hatte die Wehr noch in der Oberbergerstr. 21, wo sich Lumpen entzündet hatten, und an einigen anderen Stellen zu tun.

Ein aufregender Vorgang hat sich am Sonntagvormittag auf dem Rummelpfad an der Wehmsstraße auf dem Gesundbrunnen abgespielt. Unter den dortigen Schauwänden befindet sich auch seit einiger Zeit eine Menagerie. Der 34jährige Niederbayer Julius Köhner hatte Sonntagmorgen den Tiergärtner etwas streichen wollen. Dies schien dem Tiger nicht zu behagen. Er zeigte sich unruhig und als O. ohnungslos dem Gitter nahe, wurde er von dem Tiger an der rechten Hand erfaßt. Zweifellos wäre der Bedauernswerte von dem Raubtiere gefressen worden, wenn nicht im Augenblick der größten Gefahr der Menagerielebhaber Hingestungen wäre und der Tiger mit einer eisernen Stange von seinem Opfer fortgetrieben hätte. Die Hand war mit zahlreichen Riß- und Fleischwunden versehen. Ein Arzt in der Nachbarschaft leistete dem Schwerverletzten die erste Hilfe.

Das Brautpaar unter dem Automobil. Ein bedauerlicher Unglücksfall trat sich Sonntagmorgen am Zoologischen Garten zu. Der Mechaniker Willi K., Auguststr. 83 wohnhaft, war mit seiner Braut, der Köchin Emma K. aus der Pragerstr. 21, auf einem Spaziergange gewesen. Als die beiden morgens nach dem Wohnhof Zoologischer Gärten gingen, wurden sie beim Ueberfahren des Bahndammes von einem Automobil umgerissen und etwa 50 Schritt mit fortgeschleift. Erst auf die Schreie der Passanten wurde der Chauffeur auf den Unfall aufmerksam. Er

brachte sofort den Kraftwagen zum Stehen und die Verunglückten wurden aus ihrer furchtbaren Lage befreit. Sie hatten schwere Quetschungen, Hautabschürfungen und Rippenverletzungen erlitten. Die K. hatte sich anscheinend auch eine Gehirnerschütterung zugezogen. Die ersten Notverbände wurden den beiden auf der Unfallstation am Zoologischen Garten angelegt.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstr. 37. Der Unterricht in Nationalökonomie nimmt am nächsten Freitag bestimmt seinen Fortgang. Neue Teilnehmer werden noch aufgenommen und wird zahlreicher Besuch erwartet.

Das Apollotheater brachte am Sonnabend eine neue Burleske: „Alten Rocca“ auf die Bühne, zu der ein junger Komponist Walter Kollo die Musik geschrieben hat. Der Titel der Burleske hört sich ganz morgenländisch an und ihm war es wohl auch zuzuschreiben, das eine ganze Loge voll Japaner sich eingefunden hatte, um schließlich gewagt zu werden, das die Typen, die zur Verwendung gelangten, zum Teil aus Berlin vom Wedding stammten. Das Lied: „Ich singe, wie der Vogel singt“ und das Couplet: „August, August, ich hab dich lieb“ dürften wohl nicht lange Alleiniquat des Apollotheaters bleiben. Wie immer war auch diesmal der Schwerpunkt auf Ausstattung und Kostüme gelegt, bei denen vor allem das Auge zu seinem Rechte kommt. Außer dieser Neuheit sind auch wieder einige tüchtige Spezialitäten zu verzeichnen. Künstler auf dem Drahtseil ist das Cole de Lasse-Duo, welche ihre Arbeit mit drastischer Komik würzen. Als eine gute Exzentrik-Soubrette produzierte sich La Rueda, die einen echten Typ eines französischen Gassenjungen schuf. Warum Anna Kenwid aber auf die Bretter ging, wurde nicht recht klar, als Tänzerin und Sängerin sollte sie auftreten; was sie aber leistete, war unter dem Durchschnitt und man war froh, als die Nummer zu Ende war. Ein König im Reiche der Komik ist Bernhard Börsig. Mit seiner Blumen-III entwickelt er ein Sprühfeuerwerk von Humor und Laune und ungeleiteter Weisheit seine köstlichen Leistungen. Einen wahrhaft künstlerischen Eindruck machen die 3 goldenen Jungfrauen als Idealgestalten weiblicher Schönheit.

Orgelkonzert. Mittwoch, den 6. März, 7½—8½ Uhr, veranstaltet der Königl. Musikdirektor Bernh. Jergang das nächste Passionskonzert in der St. Marienkirche unter Mitwirkung von Fräulein Marie und Käthe Herrmann (Duette) und den Herren Paul Sager und Willy Trapp (Violine). U. a. Phantasie und Fuge von Liszt über „Ad nos, ad salutarem undam.“ Der Eintritt ist frei!

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Freie Volkshöhne Charlottenburg. In der Arbeiterbildungsbewegung ist in den letzten beiden Jahren die Charlottenburger Freie Volkshöhne als ein Beispiel ausdauernden und zuverlässigen Aufstrebens zu bemerken gewesen. Am 27. Februar schloß die ordentliche Generalversammlung das zweite Geschäftsjahr des Vereins ab. Zu Beginn des abgelaufenen Jahres brach sich, wie der Bericht des Vorsitzenden betonte, beim Vorstand und bei den Mitgliedern gleichzeitig die Erkenntnis Bahn, das die Vorstellungen im Saale des „Volkshauses“ den Ansprüchen nun nicht mehr genügen. Zunächst wurde in der Hauptversammlung, dann, am Januar 1907, im neuen Schillertheater Charlottenburg gespielt. Diese Wandlung brachte dem Verein Festigung im Innern und Vergrößerung nach außen. Das Verhältnis des Vereins zu seiner Geburtsstätte, dem „Volkshaus“, hat sich dabei auch nur gefäht und gestetigt. Der Verein übernahm zwei Siche im Verwaltungsausschuss des „Volkshauses“ und entrichtet regelmäßig Beiträge zum Dispositionsfonds, die gerade im vergangenen Jahre besonders reichlich bemessen waren. Nach Erstattung des Kassendberichts schlug der Vorstand der Versammlung die Erhöhung der Beiträge von 60 auf 80 Pf. monatlich vor. Man hätte zwar auch mit 75 Pf. noch auskommen, aber der Vorstand habe den Wunsch, in Zukunft den Mitgliedern nicht nur Theatervorstellungen, sondern auch unterhaltende und aufklärende Rezitationen und Vorträge ohne besonderes Entgelt bieten zu können. Den Einwand, das man im Schillertheater selber jetzt billige Plätze erhalten könne, wies der Vorsitzende als einen gründlichen, wenn auch sehr verbreiteten Irrtum nach, worauf die Versammlung ohne Einspruch mit allen gegen 8 Stimmen auf die Intentionen des Vorstandes einging und die Erhöhung auf 80 Pf. bewilligte. Die seitherigen Funktionäre, die sich fast alle zur Wiederwahl stellten, wurden mit Affirmation und einstimmig wiedergewählt und die Zurücktretenden durch neue Kräfte ersetzt. Der Vorstand wurde zur Bewältigung der wachsenden Arbeit auf neun Mitglieder vergrößert. Mit der Bitte an alle Anwesenden, für den Verein zu wirken, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Rixdorf.

Ein eigenartiger Unfall ereignete sich am Sonnabend abend auf dem Baugrundstück Berlinerstr. 7/8. Der Aufseher Wilhelm Gannedolbt, Jägerstr. 43 wohnhaft, wollte einen mit Erde beladenen Wagen auf die Straße hinausfahren, kam dabei der ausgedehnten Baugrube zu nahe und Pferde und Wagen stürzten infolgedessen in die Tiefe. Auch G. wurde mitgerissen. Er zog sich schwere Rippenverletzungen zu und mußte in das städtische Krankenhaus gebracht werden. Erst nach mehrstündigen Bemühungen gelang es, Pferde und Wagen wieder aus der Baugrube herauszuschaffen.

Ein erhebliches Schadenfeuer hat in der gestrigen Nacht in der „Berliner Kalzfabrik“, Hermannstr. 29/30, gewütet. Durch Ueberhitzung geriet die sog. Kalzbarre in Brand. Sie wurde durch die Flammen vollständig zerstört und etwa 100 Zentner Kalz verbrannt dabei. Die Hitze, die sich bei dem Feuer entwickelte, war so stark, das sich die schweren Ventilen und Träger bogen. Zwei volle Stunden hatte die Feuerwehrgesellschaft zu tun, um den Brand auf seinen Herd zu beschränken.

Tempelhof.

Von einem traurigen Geschehnis ist die Schneiderin Anna Rube aus der Berlinerstraße betroffen worden. Sie gehörte einem Damenturnverein an und an einem der letzten Abende hatte sie das Unglück, bei einer Übung in der Turnhalle zu stürzen. Sie legte der Sache aber weiter keine Bedeutung bei und erst als sich die Schmerzen verschlimmerten, nahm sie ärztliche Hilfe in Anspruch. Jetzt war es leider zu spät. Auf dem Transport nach der Königl. Klinik starb das junge Mädchen an den Folgen innerer Verletzungen, die es sich bei dem Unfall zugezogen hatte.

Adlershof.

Gemeindevorstanderversammlung. Gegen die Aufstellung der Gemeindevorstanderversammlung hatte der Fabrikbesitzer Ruhe wegen Nichtentragung seiner Person Einspruch erhoben. Derselbe ist Ritterhaber der unter der Firma „Lubische Erben“ betriebenen Maschinenfabrik und ist die Firma in die Wählerliste eingetragen. Beschlossen wurde, ein juristisches Gutachten eingeholen, ob nach der Landgemeindevorstanderversammlung Ruhe auch persönlich in die Wählerliste aufgenommen ist. Bei den Neuwahlen zu der Straßen-, Brennmaterialien- und Gesundheitskommission wurde auch unser Genosse Hilbrandt in dieselben gewählt. Dem Besuch des Gemeindevorstanderversammlers Reichs um Anrechnung seiner früheren Dienstzeit in anderen Gemeinden bei der Pensionierung wurde entsprochen. Zur Anlegung und Pflasterung der Kaiser Friedrichstraße soll gegen diejenigen Eigentümer, welche nicht das benötigte Terrain kostenlos an die Gemeinde abtreten wollen, das Enteignungsverfahren eingeleitet werden. Zum Etat 1906 wurden folgende Nachbillsungen beschlossen: Kapital- und Schuldenverwaltung 1882 M., Unterhaltung der Straßen 1050 M., Straßenreinigung 1400 M., Schiedsrichter 530 M., bauliche Unterhaltung der Gemeindegebäude 1100 M., Bureauhilfe 1100 M. Mit einigen kleineren Posten wurden insgesamt 10 841 M. nachbewilligt, welche durch die ex-

zellien Ueberschüsse des laufenden Etatsjahres, die sich auf circa 20 000 M. belaufen werden, gedeckt sind. Weiter wurde die Konstatierung des Abgerücktelts bis zum Schnittpunkt des Bahngleises der Zinsfabrik und der verlängerten Mollkestraße beschlossen. Auf die Petition der Gemeindevorstanderversammlung an die Eisenbahndirektion Berlin betr. Deffnung des 2. Ausganges an der Rudower Chaussee während des ganzen Tages hat dieselbe mitgeteilt, das in der Angelegenheit Erhebungen stattfinden. Nach gemachten Erfahrungen dürften diese Erhebungen noch viel Zeit in Anspruch nehmen, ehe dem dringenden Bedürfnis entsprochen wird. Zum Schluß teilte Genosse Hilbrandt mit, das nach ihm zugegangenen Mitteilungen auf dem Kahlbaumischen Fabrikgrundstück große Mengen Nitroglycerin in unvorschriftsmäßiger Weise lagern, welche bei eventuell eintretender Katastrophe eine große Gefahr für die ganze Bevölkerung herbeiführen können und forderte den Gemeindevorstand auf, die geeigneten Schritte zur Feststellung eventuell Verhinderung eines Unfalls zu unternehmen. Derselbe versagte zu, umgehend die Krispolizeibehörde davon in Kenntnis setzen zu wollen. Hoffentlich nimmt die Polizei eine gründliche Feststellung vor und sorgt dafür, das eine Gefahr für die Bevölkerung nicht bestehen bleibt.

Die Kassamitglieder der hiesigen Ostkrankenasse werden darauf aufmerksam gemacht, das am 14. März, abends 7 Uhr im hiesigen Saale, Bismarckstr. 60, eine Generalversammlung stattfindet. In derselben soll die Erwahlung von 33 Delegierten (Arbeitervertreter) vorgenommen werden. Da vermutet wird, das noch eine zweite Liste vom Kassenvorstand aufgestellt wird, so werden die Mitglieder ersucht, für die vom Gewerkschaftsartel aufgestellten Kandidaten zu stimmen. Die Stimmzettel mit den aufgestellten 33 Kandidaten werden den Kassamitgliedern am Eingang ausgehändigt. Die Gewerkschafts-Kommission.

Friedrichshagen.

Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr, findet im Restaurant Nag Lerche, Rundertheil, eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Vortrag der Genossin Emma Thier: „Die Löhne der Federheimearbeiterinnen in der roffenen Beleuchtung durch die Berliner Handelskammer.“ 2. Freie Aussprache. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht das Gewerkschafts-kartell.

Reinickendorf.

Zur Neuwahl eines Landtagsabgeordneten ist in den Urvohlsbezirken 9—10 die Neuwahl von Wahlmännern vorgeschrieben. Die zu diesem Zweck aufgestellten Urvohlslisten liegen am 5., 6. und 7. März im Gemeindebureau, Zimmer 11, während der Dienststunden von 9 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags aus. Etwaige Reklamationen müssen während dieser 3 Tage angebracht werden. Beräume niemand, die Listen einzusehen. Wenn dazu Zeit und Gelegenheit mangelt, beauftrage einen anderen mit der Einsichtnahme.

Klosterfelde (Bezirk Rantow).

Die schlechte mit der Gesetzeskenntnis bei den Polizeibehörden mitunter steht, beweist folgender Fall: Am Sonnabend, den 23. Februar etc., sollte in der Wohnung eines am Orte wohnenden Genossen eine Versammlung der zum Wahlverein Bezirk Rantow gehörigen Genossen stattfinden. Ein Saal war wegen der bekannten Angst der Gastwirte vor polizeilichen Schikanierungen nicht zu erlangen. Ueber die erfolgte Anmeldung der Versammlung weigerte sich der zuständige Amtsvorsteher von Stolzenhagen die Bescheinigung auszustellen. Er verlangte von dem Einberufer Angaben über den Zweck der Versammlung, über die Zahl der zu erwartenden Besucher und über die Größe des Versammlungsraumes. Der genannte Amtsvorsteher scheint die Bestimmungen des Vereinsgesetzes und des Artikel 90 der preussischen Verfassungsurkunde nicht zu kennen. Nach letzterer sind alle Preußen berechtigt, sich ohne vorgängige obrigkeitliche Erlaubnis in geschlossenen Räumen zu versammeln. Dem Amtsvorsteher, der von dieser Bestimmung keine Ahnung zu haben scheint, ist anzuraten, sich einmal mit derselben vertraut zu machen. Selbstverständlich ist über das Verhalten des Amtsvorstehers von Stolzenhagen Beschwerde erhoben worden. — Der Ausbau der politischen Organisation am Orte schreitet trotz Saalverweigerung und trotz der Stellungnahme der Polizeibehörde rüstig vorwärts.

Gerichts-Zeitung.

Die Hofen des Herrn Bürgermeisters.

Aus der Zeit der Affäre des Hauptmanns von Köpenick stammt eine Anklage wegen Beleidigung des Bürgermeisters Dr. Langerhans, die gestern das hiesige Schöffengericht beschäftigte. Unter den vielen „ulrigen“ Tagesereignissen, die seinerzeit die burleske Tat des Schuhmachers Voigt in Wort und Bild behandelten, befand sich auch eine illustrierte Postkarte, welche dem verehrlichen Publikum ein weißes Unterbeinkleid vor Augen führt. Das sonst profanen Blicken entzogene Kleidungsstück zeigte an der Hinterfront einige charakteristische braune Flecke; und es waren auf der Karte als einzige Erläuterung die Worte hinzugefügt: „Die Hofen des Herrn Bürgermeisters“. Durch diese Ansichtspostkarte fühlte sich Bürgermeister Dr. Langerhans beleidigt und stellte den Strafantrag gegen einen Händler, der 1000 Stück dieser Postkarten von außerhalb bezogen hatte und zwei Kleinhändler, die dieses „Kunstwerk“ zum Vertrieb von jenem übernommen hatten. Die drei Angeklagten bestritten, das das Bild auf der Postkarte unbedingt auf den Bürgermeister von Köpenick bezogen werden müßte, da die Unterschrift doch sehr allgemein gehalten sei und keinerlei Andeutung enthalte, welcher Bürgermeister der glückliche Besitzer des beschmutzten Unterbeinkleides sein sollte. Da die Postkarte zur Zeit, als der Hauptmann von Köpenick das öffentliche Interesse erregte, erschienen war, so nahm das Schöffengericht als ungewissheit an, auf wen das Spottbild gemünzt war und erkannte auf Geldstrafen in Höhe von 75 M. bzw. 15 M., auf Unbrauchbarmachung der Karten und der zu ihrer und der Hofenherstellung benutzten Platten und sprach dem Beleidigten die Publikationsbefugnis in der „Papierzeitung“ zu. — Ein bißchen teure Wäsche.

Zum Prozeß Seuter und Genossen

erfaßt und der Bruder des Malcha, unseren Verdacht über die Rolle, die nach unserer am Sonntagblatt niedergelegten Auffassung sein Bruder gespielt hat, zu ändern. Wir bedauern, diesem Wunsch nicht nachkommen zu können. Das Urteil darüber, ob die Tatsachen, welche wir aus der Verhandlung wiedergegeben haben, auch durch andere Momente, etwa durch eine besonders große Unersahrenheit des jungen M., erklärlich werden, bleibt dem Leser überlassen.

Vom polnischen Kriegsschauplatz.

Der Vilar Kruscha aus Grätz wurde gestern von der Strafammer zu 400 Mark Geldstrafe wegen Vergehens gegen Paragraph 110 des Strafgesetzbuches verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt.

Wißflüchter Angriff auf die rote Schleife bei Begräbnissen.

Am dem Leichenbegängnis der verunglückten Vergleute von der Zeche „Voruffia“ zu Rätgendortmund beteiligte sich neben vielen anderen Korporationen auch der sozialdemokratische Verein. 33 seiner Mitglieder zogen von einer bestimmten Stelle, zu zwei und zwei, dem Orte der allgemeinen Trauer, nämlich dem Sechenhause zu, von wo aus die Bestattung vor sich ging. Voran ging Genosse Erdmann aus Dortmund mit einem Kranz, an dem eine große rote Schleife befestigt war. Die Staatsanwaltschaft sah darin eine sozialdemokratische Demonstration und schloß weiter, unter Aufwendung großen juristischen Scharfsinns, das — großer Unfug vorliege. Die Teilnehmer Ansel, Feringhaus und Goretz wurden wegen groben Unfugs angeklagt. Sie sollten ferner auch das Vereinsgesetz übertreten haben durch Teilnahme an einem nicht genehmigten öffentlichen Aufzuge, als welcher der Divmarsch der Rätgendortmündig

nach der Zeche, dem Ausgangspunkt des Leichenbegängnisses, angefahren wurde.

Das Landgericht Dortmund als Berufungsinstanz sprach sie jedoch im vollen Umfange frei und führte aus: Zur Feststellung des großen Unfalls würde gehören, daß die Handlung geeignet sei, das Publikum in seiner unbefangenen Allgemeinheit zu belästigen und den Bestand der öffentlichen Ordnung zu gefährden. Das wäre im vorliegenden Falle nicht festzustellen. In Altendortmund, in dessen Bevölkerung die Arbeiterklasse überwiegt, sei es den Angehörigen anderer Parteien bekannt, daß es am Ort eine große Zahl von Sozialdemokraten gebe. Gehe man davon aus, so wäre nicht zu erkennen, wie es sich hier das Publikum belästigt fühlen sollte, wenn 25 Personen mit einem sozialdemokratischen Abzeichen nach der Zeche zu bewegten. Auch habe ungewissheitserkannt werden können, daß es nicht der Verletzung der öffentlichen Ordnung galt, sondern daß man verstorbenen Mitgliedern das letzte Geleit geben wollte. Auch ein öffentlicher Aufzug könne nicht darin gefunden werden, daß die 25 Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins zu je zwei und zwei in dem geregelten Strogenweg nach dem Ausgangspunkt des eigentlichen Trauerzuges begaben. Verkehrsstörungen waren ausgeschlossen. Hingegen komme, daß an jenem Tage der größte Teil der Bewohner Altendortmunds hinausging, um den Leichenzug zu sehen.

Die Staatsanwaltschaft legte noch Revision ein.

Das Kammergericht verwarf aber die staatsanwaltschaftliche Revision mit der kurzen Begründung, daß der Senat an die tatsächlichen Feststellungen des Landgerichts, die einen Rechtsirrtum nicht erkennen ließen, gebunden sei.

Aus der Frauenbewegung.

Zur „Förderung der Arbeiterinnen-Interessen“.

Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen — wo die allerberühmtesten Aeußerungen, Erklärungen und dergleichen bezüglich der Arbeiterinnen-Interessen und einer Konferenz zu deren Förderung den Raum des „Vorwärts“ in Anspruch nahmen, wird vielleicht auch diejenige Person nicht als unberufen erscheinen, einige Worte dazu zu sagen, die von der Arbeiterin selbst dazu berufen wurde, in ihrem Sinne die Interessen der Arbeiterinnen zu fördern.

Am 12. September 1905 berichtet der „Vorwärts“ nach dem „Korrespondenzblatt“ unter anderem über die Zusammensetzung der Generalkommission:

„Außerdem wurde für das Bureau der Generalkommission die Genossin Ida Altmann gewonnen, deren Tätigkeit besonders in der Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen bestehen soll.“

Die deutsche Arbeiterin ist der Ansicht gewesen (und keine noch so wohlmeinenden Sozialpolitiker und Doktoren beider Geschlechter konnten bisher diese Ansicht erschüttern), daß sie, die Arbeiterin selbst, wohl immerhin die sicherste Vertreterin und Förderin ihrer Interessen sein dürfte. Um ihre Interessen zu wahren und zu fördern, schuf sich die Arbeiterin ihre gewerkschaftliche Organisation. Da in der Arbeiterin die Ueberzeugung besteht, daß ihre Interessen nicht nach Geschlechtern getrennt sind, organisieren sich die männlichen und weiblichen Arbeiter, in dem Maße wie diese ins Erwerbsleben, in den Dienst des Kapitals, einbezogen werden, gemeinschaftlich, um die Interessen der Lohnarbeiterschaft gegen die Kapitalisteninteressen durchzusetzen zu können. Zur Leistung dieser Arbeit, die wesentlich eine Kampfsarbeit, verbunden mit Aufklärungsarbeit ist, wählen die Organisierten die Männer und Frauen aus ihrer Mitte heraus, die ihr Vertrauen besitzen, die ihnen geeignet erscheinen.

Da die Arbeiterin, Männer wie Frauen, als Grundlage für Betätigung aller „höheren“ Interessen und Bestrebungen mehr freie Zeit und mehr Arbeitseinkommen, als sie bisher hatten, für nötig hält, suchen ihre Organisationen diese Grundlagen zu schaffen. Daß ihre Methode wohl die richtige ist, dürften einige Zahlen bezeugen:

Im Jahre 1903 erzielten die Arbeiter Deutschlands eine Verkürzung der Arbeitszeit um 666 984 Stunden pro Woche für 165 794 Personen und eine Erhöhung der Löhne um 808 488 Mark für 392 113 Personen. Hand in Hand damit gingen die Fortschritte im Ausbau des Bildungs- und Unterweisungswesens der Gewerkschaften.

Bei allen diesen Dingen sind die Arbeiterinnen als die männlichen Gewerkschaftsgenossen gleichberechtigt beteiligt. Das Erwerbsleben selbst und die Aufklärungsarbeit der Organisation lehrt die Arbeiterinnen immer mehr erkennen, daß sie im Verein mit den Mannsgenossen selber ihre Interessen zu vertreten haben. Deshalb schämen sie sich in stetig wachsender Zahl um das Banner der freien Gewerkschaften. Ueber das Jahr 1906 liegen die Abschlußzahlen noch nicht vor; doch wo immer wir hineingreifen, finden wir höchst erfreuliches Wachstum, selbst bei verhältnismäßig noch neuen Gruppen.

In Berlin waren im Verband der Handels- und Transportarbeiter 1906 533 weibliche Mitglieder, im Jahre 1908 stieg in der einen Stadt ihre Zahl auf 984.

Die Zahl der weiblichen Handlungsgehilfen stieg im letzten Jahre um 554 von 3074 auf 3628.

Der Verband der Buch- und Steinruderei-Hilfsarbeiter, an dessen Spitze sich eine Frau als Vorsitzende befindet, hatte 1905 eine Mitgliedschaft von 351 Männern und 4435 Frauen, zusammen 5086 Personen. Im Jahre 1906 wuchs die Mitgliederzahl auf über 12 000 an, und der Verband war in der Lage, die Interessen dieser 12 000 Personen, wovon etwa 6000 Arbeiterinnen sind, durch Abschluß eines Tarifes zu fördern, dessen vorteilhafte Erzeugnisse natürlich auch den noch nicht organisierten Berufsgenossen im Geltungsbereich der Tarifgemeinschaft zufließen konnten.

Wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen und die von diesen mit der Leitung ihrer Organisationen betrauten Personen auf diese Weise die Interessen der Arbeiter und Arbeiterinnen zu fördern bemüht und erfolgreich bemüht sind, dürfte es eigentlich für jeden mit der Arbeiterbewegung Vertrauten selbstverständlich sein, daß sie weder Zeit noch auch Interesse dafür haben, was eine Anzahl von Leuten, die der Arbeiterbewegung völlig fern und fremd sind, einander zu sagen haben über die „Förderung der Arbeiterinnen-Interessen“.

Die Arbeiterinnen fördern ihre Interessen selbst in Gemeinschaft mit den Arbeitern und es entbehrt wirklich nicht einer unehrenhaften Komik, daß hier alle die Herren und Damen die Interessen der Arbeiterinnen zum Gegenstande ihrer Beratungen machen. — Was für Gesichter die Herrschaften wohl machen würden, wenn eine Gruppe von Arbeitern, ja sogar von Völkern und Hochschullehrern daherkäme und eine Konferenz veranstaltete zur Förderung der Interessen der Gutsbesitzerinnen oder der Pfarrerinnen bezw. Fabrikbesitzerinnen?

Verschiedene der Herren und Damen mögen es gewiß sehr ernst und gut gemeint haben, und deshalb nur ist die Beginn, so unfagbar komisch es ist, nicht als Annäherung ohnegleichen anzusprechen.

Jedermann hat ja das Recht, zu seiner Belehrung oder Unterhaltung sich zu beschäftigen, womit er eben mag. Das geht aber nur die Betreffenden an und niemand sonst. — Frau Sonne kümmert sich wenig darum, wenn sie uns über sie, ihre Pläne oder ihre Krone noch so gelehrte Vorträge halten lassen und unsere schönsten Teleskope auf sie richten. Sie geht halt ihre Bahn.

In der Arbeiterin wird sicher, daher niemand übersehen sein, daß von den Leitern der gewerkschaftlichen Bewegung niemand an der „Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen“ in der Königl. Bauakademie teilnahm. Aber ungemein erheitert mußten die denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen es finden, daß die Vorsitzende der Konferenz treuherzig erklärte: „Wir wissen uns frei von dem Vorwurf, eine Gruppe der Arbeiter

ausgeschlossen zu haben.“ — Das können wir der Dame wirklich glauben, sie haben keine Gruppe von Arbeitern ausgeschlossen, da — von dieser ruppigen Gesellschaft keine Gruppe kam.

Ida Altmann. Den vorstehenden Ausführungen der Genossin Ida Altmann pflichten wir vollkommen bei. Dieselben decken sich mit den Ansichten, die von den Vertrauenspersonen der Frauen und von uns schon vor der sogenannten „Konferenz“ zum Ausdruck gelangt sind. Wer die Bestrebungen der Gegner der Sozialdemokratie auch nur etwas verfolgt hat, hätte darüber im Klaren sein können, daß die hinter der Einberufung der Konferenz Stehenden die „Konferenz“ als Mittel für das bislang fruchtlose Bestreben bezweckten, Uneinigkeit in den Reihen der Arbeiterinnen in der Hoffnung zu säen, für die Harmonieduelle Früchte zu ernten, auf die die Mann- und Genossen dank der Arbeit der freien Gewerkschaften und der politischen Arbeiterorganisationen seit Jahren vergeblich gewartet haben und hoffentlich noch weiter warten werden. Der Verlauf der Verhandlungen hat unserer Auffassung vollkommen recht gegeben. Wer eine Mark Eintrittsgeld gezahlt hatte, ist nicht auf seine Kosten gekommen — es sei denn, daß die Sensationslustigkeit dadurch befriedigt ist, daß die Markthörer hören mußten, wie eine Sozialdemokratin diese Konferenz dazu benutzte, um ihrem Bedauern gegenüber der Haltung der freien Gewerkschaften und gar der Hoffnung, daß diese sich ändern werden, Ausdruck zu geben. Der Beifall, den die „Konferenz“ diesem Auftreten spendete, könnte diese Genossin über die Freude der hinter der „Konferenz“ Stehenden an einer Spaltung der Arbeiterbewegung belehrt haben. Sächlich stand Diskussion und Ergebnis der Zusammenkunft auf Null, soweit die agitatorische Wirkung auf weitere Kreise in Betracht kommt. Von einer sozialwissenschaftlichen Vertiefung der behandelten Themata kann schon gegenüber den mitgebrachten „Kompromiß-Sähen“ keine Rede sein.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Mittwoch, den 6. März, 8 Uhr: Volksversammlung im Hoffäger-Palast, Hagenheide 52/53. Vortrag: Genossin Rosa Luxemburg: „Die Lehren des jüngsten Wahlkampfes“.

Weißensee. Die Kreisversammlung findet nicht am 5. März in Nichtenberg, sondern am 12. März, 8 1/2 Uhr, in Weißensee im Prälaten, Lehderstraße 122, statt.

Rixdorf. Mittwoch, den 6. März, bei Thiel, Bergstr. 151/52. Vortrag: Genosse Heinrich Schulz: „Kindererziehung in Schule und Haus“.

Friedenau. Dienstag, 8 1/2 Uhr, im Lokale Rheinisch: Volksversammlung. Vortrag: Genosse Kurt Heimg: „Die Frau im heutigen Klassenkampf“. Wahl der weiblichen Vertrauensperson für Friedenau.

Vermischtes.

Genidstarr. In Reichenbach und Langenbickau (Schlesien) sind laut amtlicher Bekanntmachung Fälle von ansteckender Genidstarr festgestellt worden, und zwar in Reichenbach bisher einer und in Langenbickau acht.

Eine Anzahl Schiffsunfälle

haben sich in den letzten Tagen ereignet. So hatte der Hamburger Dampfer „Kerissa“ in der vorletzten Nacht bei Vorkum einen Zusammenstoß mit dem ebenfalls englischen, jetzt einer italienischen Reederei gehörigen Dampfer „Congo“. Der Dampfer „Congo“ sank; sieben Mann der Besatzung und der Kapitän retteten sich an Bord der „Kerissa“, die gestern mit schweren Beschädigungen in Hamburg eingetroffen ist. Die übrigen elf Mann der Besatzung des „Congo“ und der Hamburger Nordsee-Lotse Eppendorf sind, wie man glaubt, ertrunken. — Der gestern in Hamburg eingetroffene Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie, „Copallo“, brachte die aus 8 Mann bestehende Besatzung des dänischen Schoners „Thella“ mit, mit dem er im englischen Kanal bei Rebel einen Zusammenstoß hatte. Die „Thella“ wurde voll Wasser in Dover eingeschleppt.

Wie aus London berichtet wird, stießen gestern auf der Höhe von Dover die beiden deutschen Dampfer „Marfala“ und „Helene“ zusammen. Die „Helene“ sank, wobei acht Mann der Besatzung ums Leben kamen; der übrige Teil der Besatzung wurde in Dover gelandet. — Der „Standard“ bringt über den Zusammenstoß der deutschen Dampfer „Marfala“ und „Helene“ folgende Einzelheiten: Die „Helene“ wurde am Vorderteil getroffen und begann sogleich zu sinken. Sofort wurden Boote ins Wasser gelassen, in denen neun Mann entkamen. Der Kapitän, der erste Maschinist und sechs Mann der Besatzung wurden nach dem Zusammenstoß nicht mehr gesehen. Als zwei Boote forttrieben: wurden Anstrengungen gemacht, ein drittes loszulassen. Zwei Boote mit neun Ueberlebenden gelang es, nahe beieinander zu bleiben. Der Nebel war aber so dicht, daß sie fast ziellos darauf losruderten. Ueber zwei Stunden lang hatten sie zu kämpfen, wobei sie fortwährend Sirenen pfeifen hörten und in Gefahr waren, überannt zu werden, ehe sie Dover erreichten, wo sie mit Hilfe dortiger Schiffer ihre Boote an den Strand zogen. — Ein anderer Bericht besagt, daß der Kapitän und ein Teil der Besatzung, die in ihrem Boote zurückblieben, zur „Helene“ zurückkehrten, da sie glaubten, sie würde nicht sinken. Es gelang ihnen, mit ihr bis auf die Höhe südlich von Goodwin zu dampfen und weiter bis auf die Höhe von Dover, wo das Schiff sie im Stich zu lassen schien. Dann trieben sie in der Richtung auf Folkestone davon, und seitdem hat man vom Dampfer und der auf ihm geliebene Besatzung nichts mehr gehört.

Nach den neuesten Meldungen ist der deutsche Dampfer „Helene“ bei Folkestone gesichtet worden. Wie berichtet wird, werden acht Personen vermisst.

Bergmannslos. Auf der Grube „Dudweiler“ geriet gestern früh ein Förderkorb bei der Seilfahrt in das Sumpfwasser. Im Korb befanden sich 30 Bergleute. Die untere Etage der Förderseile, auf der elf Bergleute standen, geriet voll in den Sumpf. Zwei Bergleute waren sofort tot, ein dritter erlitt eine schwere Beinverletzung; die übrigen blieben unverletzt.

Der durchgegangene Güterzug. Aus G. n. o. wird berichtet: Gestern morgen 10 Uhr kam der von Leterow hier eintreffende Güterzug Nr. 8011 infolge der Glätte der Schienen nicht rechtzeitig zum Halten gebracht werden und fuhr durch den Lokomotivschuppen hindurch, indem er die Tür und die Hinterwand des Gebäudes durchbrach und eine im Schuppen stehende Lokomotive mit fortnahm. Hinter dem Schuppen entgleiten beide Lokomotiven sowie neun Güterwagen, welche teilweise stark beschädigt wurden. Der Lokomotivführer und der Heizer des Zuges konnten sich durch Abspringen retten. Der Zugführer wurde zwischen den Wagentrümmern eingeklemmt und leicht verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Abgestürzt. In der letzten Nacht sind, nach einer Meldung aus Innsbruck, zwischen Töl und Wacring zwei Arbeiter über die Felsen auf den Bahndamm der Winklberg-Bahn abgestürzt. Beide wurden, der eine tot, der andere schwer verletzt, von einem Bahnwärter aufgefunden.

Dynamit-Explosion unter dem Hudson-Flusse.

Die Londoner Zeitungen veröffentlichen folgende Nachricht aus New York: In New Jersey fand am Ende des Tunnels der Pennsylvania-Eisenbahn unter dem Hudson-Fluss, ungefähr zwei Meilen von New York, die Explosion einer großen Menge Dynamit statt. An vielen Stellen in New York zersprangen die Fenster Scheiben. Nach einem Telegramm aus New York wurden bei der Dynamit-Explosion in Homstead 50 Häuser zerstört. Weiter wird noch berichtet, daß die Erschütterung in einem Umkreise von 80 Kilometern,

selbst auf den Seeschiffen, verspürt wurde. Zwanzig Personen sind bei der Explosion getötet worden, 25 andere sind verkränkt, die gleichfalls als verloren gelten. Die Zahl der Verwundeten ist noch nicht festgestellt.

Ein Opfer der Wissenschaft. Der in Kronstadt bei seinen Forschungen an Bubonepest erkrankte Arzt des zweiten sibirischen Regiments, Schreiber, ist gestorben; die Leiche wurde verbrannt.

Reiche Steinkohlenlager sind zwanzig Werst von Krasnojarsk entfernt auf hückerlichem Gelände entdeckt worden. Die Schürfarbeiten sind im Gange.

Eine Grubenexplosion. Durch eine vorgelegte in der Kohlengrube in Holden unweit Canton stattgefundene Explosion wurden, einer New Yorker Meldung zufolge, 30 Bergarbeiter getötet oder schwer verletzt. Bis jetzt sind vier Leichen sowie acht Schwerverletzte zutage gefördert.

Von einem Balkon heimgesucht wurde, wie aus New York gemeldet wird, die Ortshaus Washington (Arkansas). Nicht ein einziges Haus ist unversehrt geblieben. Die Zahl der umgekommenen Bewohner soll bedeutend sein. Bisher sind zwei Tote und mehrere Schwerverletzte aus den Trümmern hervorgezogen worden. Die Ortshaus zählte 2000 Einwohner.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Reichstagswahlkreis Galan-Ludau. Mittwoch, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr. Generalversammlung bei Weinacht, Grünstraße 21.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 68-73 pr. 100 Pfd., IIa 62-67, IIIa 56-61, IVa 48-54, Vn. Bullen 60-65, boll. 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 110-125, Ia 82-90, IIa 78-80, IIIa 52-60, Holland 54-60, dan. 55-65, Hammelfleisch Ia 66-75, IIa 48-61, Schweinefleisch 48-56, Kehlroh, m. Abschalt, p. 80, 0,00, Kehlroh Ia 0,50-0,57, Kehlroh IIa 0,40-0,48, Damirsch 0,50-0,60, Wildschwein 0,25-0,40, Kehlroh 0,45, Kaninchen pr. Stüd 0,55-0,96, Wildenten pr. Stüd 0,00, Pühner, alle pr. Stüd 1,40-2,50, do. IIa 1,00-1,20, do. junge pr. Stüd 1,00-1,45, Tauben pr. Stüd 0,50-0,85, junge kleine 0,00, italienische 1,10, Enten pr. Stüd 0,00, biso Hamburger junge pr. Stüd 3,75, Wänke, Hamburger pr. Stüd 1,10-1,20, bis. 0,45-0,55, Geste pr. 100 Pfd. 77-80, groß 0,00, mittel 70-74, Zander 133, do. mittel 0,00, do. matt 92, Schleie, unsortiert 0,00, do. groß 0,00, do. mittel 0,00, Kalle, groß 0,00, mittel 0,00, klein und mittel 0,00, Wippen, klein 0,00, do. groß 0,00, do. 40-48, Kapfen, 0,00, do. Galt, 50-80er 60, do. franz. 70-100er 0,00, Weite 0,00, Mand. 0,00, Junge Rische 35-36, Paris, matt 0,00, do. 62-76, Kanariense 0,00, Biele 0,00, Weis 55, Quappen 0,00, Amerikanischer Lachs Ia neuer pr. 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa neuer 75, Seelachs 30-35, Sprotten, Kleier, Wall 0,80-1,00, Danziger, Rille 0,00, Klumbern, Kleier, Stiege Ia 3-4, do. mittel der Rille 2-3, Hamb. Stiege 4-6, halbe Rille 1,50-2, Hülllinge, pr. Wall Kleier 3,50-5,00, Strahlender 0,00, Kalle, groß pr. Pfd. 1,10-1,20, mittelgroß 0,90-1,00, Klein 0,60-0,80, Feringe pr. Schock 5-9, Schellfische Rille 6-7, do. 1/2 Rille 3-4, Kahlbrot, p. 100 Pfd. 90-95, Heilbutt 0,00, Sardellen, 1902er pr. Koffer 95, 1904er 93, 1906er 90, 1906er 75-80, Schottische Bolderinge 1905 0,00, largo 44-45, fall 38-40, mod. 35-42, deutsche 37-44, Feringe, neue Rattes, pr. 1/2, To. 60-120, Sardinen, russ., Roh 1,50-1,50, Brauerlinge, Rille (4 Rille) 1,50-1,75, Rennungen, Schock 11, kleine 5-6, Rillen 14, Eier, Lachs, pr. Schock 4,80-5,30, Butter pr. 100 Pfd. Ia 114-116, IIa 110-114, IIIa 107, abfallende 95-100, Saure Gurken Schock 4,10-4,50, Pfefferkörner 4,00-4,50, Kartoffeln pr. 100 Pfd. 0,00, magnum bonum 2,50-2,75, Daberse 2,50-2,75, Rosen 0,00, weiße 2,25-2,50, Salzfartoffeln 6,00-7,00, Spinal pr. 100 Pfd. 25-30, Karotten pr. 100 Pfd. 10-12, Sellerie, hiesige, pr. Schock 4,00-8,00, do. pommerische 9,00-12,00, Zwiebeln große, pr. 100 Pfd. 4,00-4,50, do. kleine 3,00-3,50, do. hiesige (Reiß) 0,00, Charlotten 0,00, Petersilie, grün, Schock 1,50-2,00, Kestler pr. Schock 0,00, Kettig, hart, pr. Schock 2,40-4,80, Rohrüben pr. 100 Pfd. 2,50-4,50, Tellerer Rüben pr. 100 Pfd. 8-10, Weiße Rüben, große 0,00, kleine 0,00, rote Rüben 2,50-3,00, Mineralöl ital. pr. Roth 2,25-2,75, Rohöl pr. Schock 2,00-2,50, Weingöl pr. 100 Pfd. 3,00-4,25, Rohöl pr. 100 Pfd. 3,00-4,00, Weichöl 100 Pfd. 2,00-3,50, Rosenöl pr. 100 Pfd. 25-35, Gerstenöl pr. 100 Pfd. 5,00-7,00, Rüböl pr. 100 Pfd. 7,00-12,00, Strun, pr. 100 Pfd. hiesige 0,00, hiesig. 10-20, ital. 30-35, Weisel, pr. 100 Pfd. hiesige 5-25, Granerleiner 0,00, Zerkler in hiesig 0,00, Rille 30-60, Amerik. 25-35, Zitronen, Weisses, 300 Stüd 8,50-9,00, 360 Stüd 8,50-9,00, 200 Stüd 9-13, Apfelsinen, Java, pr. Rille 0,00, Marica 200er Rille 7-10, do. 300er 8-10, Valencia 420er Rille 13-24,00, do. 714er 17-23,50, Marica, 18er, 9-13,00, do. 200er 8,50-12,00, do. 300er 8-12, Stüd 100er 7-9, do. 150er 7,50-9,50, do. 80er 7-10, Stüd in Körben pr. 100 Pfd. 0,00, Mandarinen, Rille 0,75-2,00, do. in Körben pr. 100 Pfd. 32-35.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Ehrenrunde findet Freitag, den 16. August 4, eine Treppe (Gendarmen-Kaserne, Turmstraße am Ende der 101), nachmittags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Zuwendend beginnt die Ehrenrunde um 8 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Briefkasten und eine Zahl als Verzeichnis beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bitte fragen man in der Ehrenrunde vor.

3. 3. 1. Wenden Sie sich schriftlich an das Polizeibüro. — 2. R. 25. Das Verbot ist nicht verjährt, es verjährt erst in 30 Jahren. Die Klage können Sie beim hiesigen Amtsgericht anstellen, wenn die Eingabe des Verbotens hier erfolgt ist. Anderenfalls ist das Gericht in Paris zuständig. — 3. G. 3. Das zweimaligste wird die Klage mit einem Mitglied der Reichsdeputation sein. — 4. G. Genossin Luxemburg spricht am 6. dieses Monats, wie Sie aus der Annonce ersieht können.

4. R. 100. 1. Einbehaltung ist unzulässig. 2. Gehaltsrücklage. — 3. R. 33. Eine Klage beim Gewerbegericht hätte Aussicht auf Erfolg. — 4. R. 34. Lassen Sie es auf eine Klage ankommen, Sie sind zur Zahlung unverschieden nicht verpflichtet. — 5. G. Es ist kein Verbot vorgeschrieben. — 6. R. 1. Jeder recht. 2. Die Eltern müssen aufkommen. 3. Eine Zeit ist nicht vorgeschrieben. — 4. R. 35. Das Zeugnis muß wahrheitsgemäß sein, die Entscheidung im Einzelfalle liegt dem Gewerbegericht ob. — 5. G. 1. Inwiefern beiden Begriffen besteht kein Unterschied. 2. Ja. — 3. R. 38. Soweit es erinnerlich 1891.

— 3. R. 21. Das Verbot ist bis zur Klage aufzubewahren, die Benutzung kann untersagt werden. Auf Schabenerlag kann unter Umständen gefaßt werden. — 4. G. 1. Vantom. Die Klage ist zulässig.

Verband der Tapezierer.

Stille Berlin.

Achtung! Arbeiter, Banarbeiter!

Wegen Streit bezw. Ausperrung sind gesperrt

Wagner, Vintstraße, Bau Pariser-

straße 19 (Kalen).

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Schneidmaler, 157, Bauten

Kranz- und Blumenbinderei

von Robert Meyer,

an der Marianne-Str. 2.

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

Hygienische

H. & P. Uder, Berlin S.O. 16,

Engel-Afer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Große Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten Marken Zigaretten an Originalpreisen.

Amt d. 3014.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 5. März.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Salome. (Anfang 8 Uhr.)
Kgl. Schauspielhaus. Die Welt, in der man sich langweilt. Deutsches. Romeo und Julia. Vorzug. Das Glöckchen des Eremiten.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Narrenglanz.
Schiller-Theater Charlottenburg. Jugend.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Erziehung zum Don Juan.
Leipzig. Wiege und Maria. Wachen. Die lustige Witwe. Romische Oper. Tosca.
Berliner. Der Hund von Baskerville.
Central. Die Puppe.
Neues Schauspielhaus. Faust. 1. Teil.
Kleine. Die Straße.
Neues. Berliner Porzellan.
Residenz. Haben Sie nichts zu verzollen?
Vestibülhaus. Husarenfieber.
Deutsch. Amerikanisches. Undine.
Thalia. Eine lustige Doppelde. Luffen. Der Hund der Sabinerinnen.
Trianon. Fräulein Joseette — meine Frau.
Bernhard Rose. Sherlock Holmes.
Metropol. Der Teufel lacht dazu.
Wintergarten. Charlotte Wiehe.
Kasino. Ledige Leute. Spezialität. Folies Caprice. 100 000 Gulden Mitgift. Im Inspektionszimmer.
Palast. Danke, Herr Franke. Spezialität.
Vestibülhaus. Spezialitäten.
Prater-Theater. Die Elfe vom Erlenhof.
Figaro. Sein Ideal. Wegen Prebvergehen. Unterem Teil. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Walhalla. Die goldene Eva. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Antimes. Eine vom Ballett. Sapsenfreich. Unter Teil.
Urania. Laubentruhe 18/19.
8 Uhr: Die Feuertgewalten der Erde.
Hörjaal 8 Uhr: Aus dem Tagebuch der Erde.
Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.

Ferdinand Bonn

Berliner Theater.
Auf allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Kaisers:
Der Hund von Baskerville.
Mittwoch:
Der Hund von Baskerville.

Neues Schauspielhaus

Dienstag, den 5. März 1907:
Gastspiel Josef Kainz:
Faust. I. Teil.
Mittwoch:
Gastspiel: **Faust. I. Teil.**
Anfang 7 Uhr.

Neues Theater.

Anfang 8 Uhr.
Meißner Porzellan.
Mittwoch: Meißner Porzellan.
Donnerstag: Meißner Porzellan.
Freitag: Meißner Porzellan.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Die Kralle.
Mittwoch: Die Kralle.
Donnerstag: Die Kralle.
Freitag zum 174. Male: Ein idealer Gatte.

Lorzing-Theater

Bellaalliancostr. 7/8.
Dienstag, den 5. März, 7 1/2 Uhr:
Das Glöckchen des Eremiten.
Abonnements gültig!
Mittwoch: **Der Mikado.**

Lustspielhaus.

Täglich abends 8 Uhr:
Husarenfieber.

Zentral-Theater.

(Operette.) Abends 8 Uhr:
Die Puppe.
Mittwoch: **Der Milliardär.**

Schiller-Theater N.

Friedrich-Wilhelmsstädtisches Theater.
Abends 8 Uhr:
Die Erziehung zum Don Juan.

Residenz-Theater.

Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Haben Sie nichts zu verzollen?
Schwank in 3 Akten v. H. Hennemann und Pierre Weber.
Robert de Trivelin: Rich. Alexander.
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Urania.

Wissenschaftliches Theater.
8 Uhr:
Die Feuertgewalten der Erde.
Im Hörjaal 8 Uhr: Aus dem Tagebuch der Erde.

Luisen-Theater

Reichenbergerstr. 34.
Anfang 8 Uhr.
Der Raub der Sabinerinnen.
Schwank in 4 Akten v. P. und F. v. Schönthan.
Morgen: Der Erbe von Baskerville.

Bernhard Rose Theater

Dr. Frankfurterstr. 132.
Sherlock Holmes.
Mittwoerverkauf schon für 8 Tage vorher ohne Vorverkaufgebühr von 10—1 Uhr an der Theaterkasse und bei Bertheim.

Apollo Theater

8 Uhr: **Alle den Moeen.** Burleske. 9 1/2: **Colo de Los-Oro.** Komischer Draufhül-Mit. 9 3/4: **Die drei goldenen Jungfrauen.** 10 Uhr: **Bernhard Wörbitz** mit neuen Typen. 10 1/2: **Im Zoo.** große Pantomime von Gebr. Donaldson und Wibel. Außerdem das übrige große Programm.

Metropol-Theater

Abends 8 Uhr:
Der Teufel lacht dazu.
Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Fround. Musik von Viktor Hollaender. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz.
Hassary. Wolf. Bender. Giampietro. Josephi.
Rauchen überall gestattet.
Sonntag, 10. März, nachm. 8 Uhr:
Auf in's Metropol.

Deutsch-Amerikanisches Theater.

Jeden Abend 8 Uhr: Gesamtgastspiel des Theaters des Westens.
Heute abend: **Undine.**
Mittwoch: **Martha.**
Donnerstag: **Der Troubadour.**
Freitag: **Die Nidermaud.**
Sonabend: **Rigoletto.**
Sophr. Heymann-Engels a. G.
Sonntag nachm. 8 Uhr: **Rigoletto.**

Wintergarten

Charlotte Wiehe
und das
neue glänzende
März-Programm.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 10.
Mit großem Erfolg aufgeführt:
Carmen.
Schausp. m. d. bekannt. Opernrollen.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Ehren- und Vorzugskarten gültig.
Mittwoch: **Carmen.**

Gebr. Herrfeld-Theater

Anf. Theater Vorberf. 8 Uhr. 11-12 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Die stürmisch besetzte
Novität
Ein verrücktes Hotel
Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Herrfeld in den Hauptrollen.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr bei halben Preisen:
Hausierer Jockele
und
Die letzte Ehre
mit H. und D. Herrfeld.

Intimes Theater

Dresdenerstraße 97.
Gastspiel des
Budapester Burlesken-Ensembles
Linde-Wolf.
„Eine vom Ballett.“
„Sapsenfreich.“
Unter Teil.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.
Ein Spielmannsdrama in 4 Akten von Rudolf Rittner.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Narrenglanz.
Donnerstag abends 8 Uhr:
Die rote Robe.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr:
Jugend.
Liebesdrama in 3 Aufzügen von Max Halbe.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Im bunten Rock.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Der Kaiserjäger.

Zirkus Schumann

Heute Dienstag, den 5. März: Fortsetzung der
Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz
um **Goldenen Kranz von Berlin und 10 000 M.**
In bar. Heute ringen:
Marinus van Riel (Amsterdam) gegen **Vorrath** (Berlin).
Paul Bahu (Bremen) gegen **Helar. Lohmeyer** (Stiermark).
Jakob Koch (Deutschland) gegen **Amalhou** (Äfrika).
Chemjakin (Rußland) gegen **Peyrouse** (Frankreich).
Um 9 1/2 Uhr: —

St. Hubertus, größtes und lebendigstes Kraft-Kongress-Theater.

7 1/2 Uhr. **Zirkus Busch.** 7 1/2 Uhr.
Heute Dienstag, den 5. März, um 8 1/2 Uhr:
Fortsetzung der
Gr. Internationalen Ringkampf-Sonder-Konkurrenz
Prämien 10 000 M.
Ferner dem Sieger als Ehrenpreis eine **Ringler-Bronze-Statue**, modelliert und gestiftet von Professor **Reinhold Begas** und der große **Gold-Pokal**, gestiftet von der Sportredaktion der Tageszeitung „Das Deutsche Blatt“.
Ehrenprotectorat: Professor **Reinhold Begas.**
Heute Dienstag, den 5. März ringen:
Almable Jeune (Frankreich) gegen **G. Altmann** (Berlin).
Zippa (Nordamerika) gegen **Siegfried** (Deutschland).
L. Vrancken (Belgien) gegen **Almable de la Calmette** (Frankreich). Außerdem: **Die Wiederaufnahme des Kampfes** zwischen **Cazeaux de la Bastide** und **Niehaud** (Frankreich) und **Luzenburg**.
„Rom“, großes Original-Manege-Schauspiel in 7 Bildern.

Palast-Theater.

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Bors. Heute 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Der sensationelle März-Spielplan.
Unter andern:
Kioday Godayou, japanische Equilibristen.
Selfman and Punch, musikalische Exzentriker.
Danke, Herr Franke Schwank.
Familienarten, wochentags zum halben Preis gültig, in Barber-, Friseur- u. Zigarrengeschäften gratis.

Passage-Theater.

2. Monat.
Täglich ausverkauft!
Der größte Lacherfolg der Saison:
„Mal was Anderes.“
Die **Theims-Troupe** und die 10 glänzenden **März-Spezialitäten.**

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Fräulein Joseette — meine Frau.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Die Liebeskugel.

Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis) Theater lebender Photographien.
Der Untergang des Dampfers „Berlin“.
168 Tote, 12 Gerettete.
Den ganzen Tag Vorstellung.

Gustav Behrens-Theater

Schöneberg, Goltzstr. 9.
Kolossaler Erfolg der Ausstattungspresse:
Husarenfieber in Potsdam.
Größte Sensation!!
sowie
10 erstklassige Spezialitäten
Anfang 8 Uhr, Sonntags 6 1/2 Uhr.

Die sollen No. 61 probieren, eine wirklich vorzügliche 6 1/2 Cigarette von I. NEUMANN

Cigarren-Fabriken - 103 Zweiggeschäfte
Davon in BERLIN: Brunnenstr. 32, Ecke Anklamerstr. — Chausseestraße 16, Ecke Invalidenstr. — Chausseestr. 36/37, Ecke Schwartzkopffstraße. — Dresdenstr. 5, Ecke Adalbertstr. — Friedrichstr. 171, Ecke Franzos. Str. — Gortraudenstr., Ecke Broitestr. 20a. — Invalidenstr. 148, Ecke Bergstr. — Jerusalemstr. 41, Eck. Krausenstr. — Kaiser Wilhelmstr. 19, Ecke Münstr. — Markgrafenstr. 17, Ecke Junkerstr. — Oranienstr. 30, Ecke Adalbertstr. — Potsdamerstr. 57/58, Ecke Bülowstr. — Prinzenstr. 91, Ecke Ritterstr. — Rosenthalerstraße 48, Ecke N. Schönhauserstraße. — Uhlandstr. 33, E. Lietzenburgerstr. — Wallstr. 14a, Ecke Neue Grünstr. — Wienenstr. 22, Ecke Grünauerstr. — **Rixdorf:** Bergstr. 149.

Wacholder-Extrakt Marke „Medico“

ein rein natürliches u. heilkräftiges, seit Jahrhunderten glänzend bewährtes Hausmittel mit wunderbarem Erfolg wirkend, heilend gegen Nervenleiden, Migräne, Gicht, Rheumatisches, Gelenkschmerzen, Beschwerden der Wechseljahre, Frauenleiden, Asthma, Blutschwäche, Bluthochdruck u. Künge und reinigt das Blut in der vollkommensten Weise. Verwendet seiner abführenden, die Hausausübung lösenden, harntreibenden u. inneren reinigenden Eigenschaften leistet er bei Nerven- u. Nierenleiden bewundernswürdige Dienste und wirkt die Natur unterstützend, auf alle Teile des Organismus in wohlthätiger Weise ein. **Keinmal löse, garantiert rein u. unverfälscht nur in Flaschen mit Marke „Medico“ à 75 Pf., 1.50, u. 2.50 zu beziehen durch**
Berlin 50, 43. F.-Verkäufte
Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4. IV. 4751, 4752, 4753.
Wo in den Drogerien u. Apotheken nicht erhältlich, Julia, hier frei Haus, zu verlangen und keine feine, falls drücklich Marke „Medico“ andere Fälschungen.

Folies Caprice.

Lindenstr. 132, an der Friedrichstr.
Heute abends 8 Uhr:
10 000 Gulden Mitgift.
Glänzend neuer Solotitel:
Im Inspektionszimmer.
Vorverkauf an der Theaterkasse und bei Bertheim.

Walhalla-Varieté-Theater

Beinbergstr. 19/20, Kolonnen-Tor.
Heute abends 8 Uhr:
14 großartige März-Spezialitäten.
5 Geschwister Pèrèz
Gymnastiker auf 3 freisteh. Leitern.
Frosso, der Geheimnisvolle.
3 Soobretten. — 2 Komiker usw.

Prater-Theater

Kassanien-allee 7-9.
Abends 8 Uhr:
Die Elfe vom Erlenhof.
Vollspiel in 5 Akten von E. Staad.
Morgen:
Kabale und Liebe.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.
Anfang
Bis Sonntag
8, Sonntags
7 Uhr.
Ren! „Volkstümliche Klappermoh.“

Sanssouci

Kottbusser-straße 4n.
Direktion Wilhelm Reimer.
Heute Dienstag 3. 1. Male:
Der Haub der Sabinerinnen.
Schwank in vier Akten von Franz v. Schönthan.
Jeden Sonntag, Montag u. Donnerstag: **Wald Säger.**
Sonnt. Beg. 5, Hochent. 8 Uhr.

Kasino-Theater

Lothringstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Das neue März-Programm.
Nur noch bis Mittwoch:
Ledige Leute.
Donnerstag 3. systemal: **Nick Carter.**
Sonntag 4 Uhr: **Ledige Leute.**

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Gastspiel Bernh. Rose Theater.
Die Jungfrau von Orleans.
Tragödie in 5 Akten (9 Bildern).
Kassanienstr. 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Billettvorverkauf:
Kond. Handwerker, Schönhauser Allee 133.
Krüger & Oberbeck, Kassanienallee 1.

Buygenhagen!!

Zimmer noch die beliebtesten
Bockbier-Feste.
Freitag, den 8. März:
Benefiz
für den
Zirkusdirektor **Barnum**

Wäscherollen Waschmaschinen Wringmaschinen

liefern als Spezialität unter Garantie 1. Konkurrenz Preis. Meine Fabrikat sind bekannt als reell und billig.
Rudolf Knapke, Berlin SW. 19 Seydelstr. 7, am Spittelmarkt.
Preisliste gratis.

Zahn-Klinik G. Anders

Frankfurter Allee 153
Sprechst. 2-3, Sonnt. 9-11. Plomben, künstl. Zähne, schmerzlos. Zahnziehen.
Kühner, garant. leb. Stumpf, franko, 11 Monate alt, weiß, Raffe, Farbe nach Wunsch, am Legen, 16 St. inkl. Zahn 30 M. Ad. Sireusand, Podmologochka. 18165*

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchwagen, Leibbinden, Geradohlfen, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenflege. Eigene Werkstätte.
Liefer. f. Ortho- u. Hüft-Brankenoffen
Berlin C., 34932*

30. Finien-Straße 30.

Alle Bruchbänder mit elastischen Gelenken, angenehm u. weich am Körper

Herren-Moden

Wöchentliche Teilzahlung liefert elegante, fertige
Herren-Moden
Ersatz für Mass. Mass-Anfertigung. feinste Verarbeitung. Garantie totaler Zufriedenheit.
J. Kurzberg
An der Jannowitzstr. 1. I. Dürst. an Bahnhst.

Lichtenrade 20 Pf.-Tour!

Quadratmeter 20 M. verkauft Eigenhüter Paris, Berlin, Gumburg 27. Die Gelegenheit. Auch bei monatl. Raten von 40—50 M. 17865*

Charles Fourier

Sieben erschien:
Charles Fourier
Sein Leben und seine Theorien von **August Bebel.**
Mit einem Portrait Fouriers und einer Abbildung des Phalanstères.
Preis brosch. 2 M., geb. 2,50 M.

August Bebel: Die wahre Gestalt des Christentums

von Yves Guyot und Sig. Lacroix. Uebersetzt von einem deutschen Sozialisten.
5. Aufl. Preis 50 Pf.

Glossen

zu Yves Guyots u. Sig. Lacroix' **Die wahre Gestalt des Christentums**
Recht einem Anhang:
Ueber die gegenwärtige u. künftige Stellung der Frau.
3. durchgesehene Auflage.
Preis 30 Pf.

Unsere Ziele.

Eine Streitschrift gegen die „Demokratische Korrespondenz“.
11. Aufl. Preis 30 Pf.

Attentate und Sozialdemokratie.

Nach einer Rede, gehalten am 2. November 1898.
2. Auflage mit einem Nachwort.
Preis 20 Pf.

Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.

Preis 20 Pf.

Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im Königreich Sachsen.

Preis 1 M.

Christentum und Sozialismus.

Eine religiöse Polemik zwischen Herrn **Rapian Hohoff** in Halle und **Bebel.**
9. Auflage mit einem neuen Vorwort.
Preis 10 Pf.

Die Frau und der Sozialismus.

Preis geb. 2,50 M.

Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien.

Preis 1 M.

Expedition des „Vorwärts“.

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Wäsche- und Wringmaschinen

liefern als Spezialität unter Garantie 1. Konkurrenz Preis. Meine Fabrikat sind bekannt als reell und billig.
Rudolf Knapke, Berlin SW. 19 Seydelstr. 7, am Spittelmarkt.
Preisliste gratis.

Zahn-Klinik G. Anders

Frankfurter Allee 153
Sprechst. 2-3, Sonnt. 9-11. Plomben, künstl. Zähne, schmerzlos. Zahnziehen.
Kühner, garant. leb. Stumpf, franko, 11 Monate alt, weiß, Raffe, Farbe nach Wunsch, am Legen, 16 St. inkl. Zahn 30 M. Ad. Sireusand, Podmologochka. 18165*

Bruch-Pollmann

empfiehlt sein Lager in Bruchwagen, Leibbinden, Geradohlfen, Spritzen, Suspensionen sowie sämtliche Artikel zur Krankenflege. Eigene Werkstätte.
Liefer. f. Ortho- u. Hüft-Brankenoffen
Berlin C., 34932*

Herren-Moden

Wöchentliche Teilzahlung liefert elegante, fertige
Herren-Moden
Ersatz für Mass. Mass-Anfertigung. feinste Verarbeitung. Garantie totaler Zufriedenheit.
J. Kurzberg
An der Jannowitzstr. 1. I. Dürst. an Bahnhst.

Lichtenrade 20 Pf.-Tour!

Quadratmeter 20 M. verkauft Eigenhüter Paris, Berlin, Gumburg 27. Die Gelegenheit. Auch bei monatl. Raten von 40—50 M. 17865*

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll- Reste! Moquette, Plüsch- Satteltaschen.
Muster b. näh. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Ein Jubiläum des „Norddeutschen Lloyd“.

Berlin, 2. März 1907.

Am 20. Februar waren es 50 Jahre, daß der „Norddeutsche Lloyd“ bestand. Die Geschichte seiner Existenz spiegelt fünfzig Jahre wirtschaftlicher Entwicklung wieder. Vor dem Jahre 1857 waren mehrere Versuche unternommen worden, von Bremen aus eine regelmäßige Schiffsfahrtslinie nach Amerika zu unterhalten. Der erste 1841 unternommene Versuch schlug fehl. Weder genügte die Hafenerhältnisse Bremerhavens, noch war das nötige Kapital zu beschaffen. Doch der zunehmende Güter- und Auswandererverkehr mit den Vereinigten Staaten lockte zu sehr. Im Jahre 1845 wurde von Bremerhän Kaufleuten mit Unterstützung von Deutschen in Amerika ein zweiter Versuch gemacht, und er gelang. Nach Abschluß eines bremischen-amerikanischen Postvertrages trat die „Ocean-Steam-Navigation Company“ ins Leben. Diese Gesellschaft wurde von der Regierung der Vereinigten Staaten mit je 100 000 Dollar für jeden ihrer vier Dampfer subventioniert und von Bremen, Preußen und anderen deutschen Staaten finanziert. In dem Geburtsjahre des kommunistischen Manifests, am 19. Februar 1847, lief ihr erster Dampfer „Washington“ auf der Reede von Bremerhaven ein. Aber schon nach sechs Jahren mußte die Gesellschaft in Liquidation treten. Doch der lockende Profit forderte zu neuen Unternehmungen heraus. Zunächst mußten traurige Ueberreste der ersten deutschen Flotte, darunter das Admiralschiff „Proming“, die „Ganza“, nach ihrem Umbau zu einer Dampfschiff-fahrtsverbindung dienen, bis am 20. Februar 1857 die Gründung des Norddeutschen Lloyd erfolgte. Mit „Weserschiffahrt“, „Seeschiffahrt“ und „Assicuranz“ begann das neue Unternehmen. Es sollte gleich einen schweren Stand haben. 1857 brach die große Handelskrise aus, die natürlich auch das bremische Gewerbeleben lähmend und tödend beeinflusste. Auf 2602 Aktien des Lloyd unterblieben die späteren Einzahlungen, weshalb ihm die eingezahlten ersten 10 Proz. verfielen. Die erste neue Linie des Lloyd war die nach England. Für die neu einzurichtende New Yorker Linie hatte der Lloyd sich zuvor für vier Dampfer einen Postkontrakt gesichert. Sämtliche Dampfer wurden auf englischen Werften erbaut. Als am 27. April 1858 der Generalversammlung der erste Geschäftsbericht vorgelegt wurde, konnten 5 Proz. Dividende befreit werden. Und das nach einem Geschäftsjahr von nur zehn Monaten und trotz der gewaltigen Krise. Nun wurde die Linie Bremen-New York eröffnet. Am 12. Juni 1858 unternahm der erste der vier transatlantischen Dampfer „Bremen“ seine Probefahrt. Am 19. Juni begann er die erste Ozeanfahrt, die bei stürmischem Wetter reichlich 14 Tage währte. Die Rückfahrt dauerte zwölf Tage und fünf Stunden. Die neue Linie sollte aber große Schwierigkeiten zu bestehen haben. Der eine der vier Dampfer litt bereits unter Feuer, daß er als Wrack verkauft werden mußte, ein anderer erlitt schwere Havarien und einem dritten brach die Steuerwelle, so daß der Betrieb auf einen Dampfer angewiesen war. Unterhandlungen mit der zehn Jahre älteren Hamburg-Amerika-Linie wegen der Abgangstage, Fracht- und Passagier-sätze zerschlugen sich. Durch solche Mißerfolge sank vielen Aktionären der Mut und das kam dem Lloyd — zugute. Die Darmstädter Bank bot eine Million Taler seiner Aktien zum Kurse von 28 Proz. zum Kauf an. Der Lloyd schlug zu und — die Aktien stiegen von 75% Proz. auf 94% Proz. im Wert. Ferner gewann der Lloyd durch die 1859 erfolgende Fertigstellung der Eisenbahn Bremen-Bremerhaven. Sein Ansehen wuchs durch den Abschluß der Verträge wegen Beförderung der Post mit England im nächsten Jahre. Das Jahr 1864 brachte einen gewaltigen Aufschwung und den Aktionären 10 Proz. Dividende. Mächtig steigerte sich 1865 der Verkehr, als der amerikanische Bürgerkrieg beendet war. Die günstige Konjunktur hielt auch die folgenden Jahre an, der Lloyd schlug einige Konkurrenzlinien aus dem Felde, die Profite wuchsen. Das Jahr 1868 schloß mit einem Brutto-Ueberschuß von 801 226,23 Talern Gold ab und die Aktionäre strichen 20 Proz. Dividende ein. Jetzt ging es weiter hinauf. Aus den 14-tägigen Fahrten nach New York wurden 1867 wöchentliche Fahrten. Und nun folgt in Abständen eine neue Linie der anderen. Nach Nordeuropa und Helgoland, aber auch nach Baltimore und Galveston wurden solche eröffnet. Der Goldregen war groß, 1869 wurde ein Ueberschuß von 1 070 157 Talern erzielt, es konnten — bei bedeutend vermindertem Aktienkapital — 16 Proz. Dividende verteilt werden. In diesem Jahr fallen die Vorbereitungen für neue Linien nach Westindien und Südamerika. Ferner errichtete der Lloyd sich in Bremerhaven eigene Dockanlagen, um selbst Reparaturen an seinen Schiffen vornehmen zu können. In Soboten wurde ein günstiger Landungsplatz erworben u. a. m. Neben der transatlantischen Fahrt wurde der Ausbau der europäischen Fahrt nicht vernachlässigt. Der deutsch-französische Krieg brachte eine Unterbrechung. Das zweite Halbjahr 1870 schloß mit einer Mindereinnahme von 1 451 894 Talern, die Dividende fiel auf 5 Proz. — allerdings für ein Aktienkapital von 4 Millionen Talern. Die Blockade der französischen Kriegsflotte konnte nicht hindern, daß die Lloyd-Dampfer ohne Topf- und Seitenschicht die Weser verließen und nördlich um Schottland herum nach Nordamerika fuhren. Allerdings strandete der Dampfer „Union“ dabei, Verletzung und der größte Teil der Ladung aber wurden geborgen. Nach dem Friedensschlusse ging es weiter aufwärts, neue Anleihen wurden aufgenommen, neue Schiffe angeschafft, schon im Jahre 1870 brachten 69 Reisen in der New Yorker Fahrt eine Einnahme von 4 155 760 Talern. Unter der Depression von 1874 hatte aber auch der Lloyd wieder zu leiden. Der Verkehr lag daneben, die Konkurrenz warf die Fracht- und Passagierpreise, der Lloyd konnte 13 neue Fahrzeuge, die zusammen 22 Millionen Taler gekostet hatten, nicht ausnutzen. Eine Mindereinnahme von 1 741 888,30 M. war die Folge. Es folgten 1876 2 schwere Katastrophen. Der Dampfer „Deutschland“ strandete, was 60 Menschenleben forderte und zu der Einrichtung der Seegerichte führte, ferner erfolgte in Bremerhaven die furchtbare Dynamitexplosion, die dem Arbeiter Thomas und zahlreichen anderen Menschen das Leben kostete. Mit der Anknüpfung weiterer Beziehungen in Südamerika und den La Platastaaten schließt 1878 die erste Entwicklungsperiode des Norddeutschen Lloyd ab.

Waren bis dahin Regelmäßigkeit und Sicherheit des Betriebes maßgebende Faktoren gewesen, so kam jetzt die Schnelligkeit hinzu. Die „Elbe“, die später mit vielen Menschen unterging, war das erste Dampfschiff, das die Schnellschiffahrt des Lloyd eröffnete. Es brachte 1881 in fünf Reisen einen Reingewinn von 1/4 Million Mark ein. Die Fahrt von und nach New York war jetzt auf 8-8 1/2 Tage verkürzt. Bald konnte der Lloyd mit einigen weiteren Dampfern einen wöchentlichen Schnellpostdienst unterhalten. Von 1886 ab konnten sogar 2mal wöchentlich Schnellpostdampfer nach New York expediert werden. Die Schnelligkeit brachte dem Lloyd auch die Beförderung der deutschen Post. Auf Anregung Bismarcks wurde 1888 vom Reichstag ermächtigt, regelmäßige Reichspostdampferlinien nach Ostasien und Australien an Privatunternehmungen zu übertragen und dafür Beihilfen (Subventionen) im Betrage von 4 Millionen Mark jährlich aus Reichsmitteln zu bewilligen. Das Geheiß kam 1886 zustande und der Norddeutsche Lloyd erhielt bei der Bewerbung den Zuschlag. Dieser Abschnitt in der Geschichte des Lloyd war aber auch für den deutschen Schiffbau von weittragender Bedeutung. Vertragsgemäß mußte das gesamte, neu zu beschaffende Dampfermaterial auf deutschen Werften und aus den Erzeugnissen deutscher Industrie erbaut werden. Das Millionärsgeld setzte jetzt mit Nachdruck ein. Der Stettiner „Vulkan“ in Bredow, Wlohm und Voh in Hamburg, Schichau in Danzig erhielten nacheinander Aufträge des Lloyd. Jetzt begann der Lloyd auch auf seinen Schiffen für die Kajütepassagiere eine kolossale Pracht und Eleganz zu entfalten, wodurch

die Riesendampfer die luxuriösesten Hotels auf dem Festlande an Komfortabilität übertrumpften. Die Hafenanlagen von Bremerhaven waren längst zu klein geworden. Aus Mitteln der Allgemeinheit würden und werden sie noch immer mehr vergrößert.

So hat sich der Lloyd stets weiter entwickelt: immer mehr Kapital, mehr Schiffe, neue Linien, immer größer und prächtiger die Schiffe. Immer mächtiger, aber auch immer despotischer wurde der Lloyd gegenüber den Arbeitern und Beamten. Unvergessen wird es bleiben, wie der „patriotische“ Lloyd asiatische Heizer einstellte, von denen eine nicht geringe Anzahl den Tod in den Meereswellen dem Hölleleben im tiefen Schiffsrumpf vorzogen. Und unvergessen wird es bleiben, wie der Lloyd, der natürlich, wie alle großkapitalistischen Unternehmungen, in Wohlfaßtsnebeln mochte, mit Brutalität den bescheidenen Forderungen seiner Seeleute begegnete, und wie er, mit der Papag an der Spitze der Meeresreisenden, erst kürzlich den Schiffsbesatzungen das Koalitionsrecht raubte. Je mächtiger das Kapital wird, um so unerbittlicher offenbart es seine wahre Natur.

Die dritte Epoche des Lloyd's setzte 1892 ein mit der Eröffnung der indisch-sinesischen Küstenschiffahrt, welche jetzt 17 Linien mit 46 Dampfern umfaßt. Wunder der Technik sind die großen Doppelschraubendampfer. So hat der „Kaiser Wilhelm der Große“ eine Länge von 198 Meter über Deck, eine Breite von 20 Meter und vom Hauptdeck bis zum Kiel eine Tiefe von 13 Meter. Sein Inhalt beläuft sich auf 14 349 Register-tonnen, die Wasserwerdungsanlage stellt sich auf 20 000 Tonnen und die gewaltigen Maschinenanlagen indizieren 28 000 Pferdekraft, wodurch der Kolos mit einer Geschwindigkeit von 22-23 Seemeilen in der Stunde durch die Fluten getrieben wird. Eine Nobel-Veruchstation — die einzige in Deutschland — dient dem Lloyd zu immer neuen Versuchen mit neuen Schiffstypen. Im Laufe dieses Jahres wird der Stettiner Vulkan einen Lloyd-Dampfer bauen, der den „Kaiser Wilhelm der Große“ um 17 Meter Länge und um 2 Meter Breite übertrifft. Vier Maschinen von je 45 000 Pferdekraften wird dieser Ozeanriesen erhalten. Mit seiner Einstellung wird der Lloyd einen wahren Schmelldampferdienst nach und von New York eröffnen. Wieder sind inzwischen die Hafenanlagen in Bremerhaven zu klein geworden. Ein Gebietsaustausch bezw. die Neuvergebung von Gebiet durch Bremen schafft aber die Möglichkeit zur genügenden Erweiterung. Freilich kostet das wieder, wie die durchgeführte Weserkorrektur, kolossale Summen. Der Lloyd sollte sich immer mehr auswaschen, so daß Bremen schon den dritten Preis bei der Stadt hat, und eine starke Arbeiterbevölkerung nach Bremen und den Unteresorten gezogen wurde. Neue Städte entstanden, Handel und Industrie konnten einen bedeutenden Aufschwung nehmen. Das halbe aber auch zur Folge, daß Bremen eine große Staatsschuld bekam. Davon haben wiederum Kapitalisten Kundendienst, während die arbeitende Bevölkerung die Zinsen durch Mehrarbeit aufzubringen hat.

Es können hier nicht alle die Linien und Verbindungen ausgeführt werden, an denen der Lloyd beteiligt ist oder die von ihm ins Leben gerufen wurden. In letzter Zeit ist der Lloyd bestrebt, große industrielle Unternehmungen zu gründen oder zu fördern. Seit einigen Jahren besteht die Norddeutsche Maschinen- und Armaturenfabrik des Lloyd in Bremen; sie beschäftigt 2000 Arbeiter und liefert die wichtigsten Maschinenteile, Schiffsmotoren, Schraubenschlüssel usw. Im Werden begriffen sind die Metallwerke Unterweser, und in Vorbereitung ist die „Norddeutsche Hütte“, an beiden ist der Lloyd hervorragend beteiligt.

Am dem Leser einen Begriff von dem Umfang dieses Riesensunternehmens zu ermöglichen, seien noch folgende Zahlen genannt. Der Lloyd besitzt 386 Schiffe, er beschäftigt ungefähr 22 000 Menschen, von denen 12 000 auf die Flotte entfallen. An Land beschäftigt er etwa 600 kaufmännische Beamte, 3400 Ingenieure, Techniker, Werkstättenarbeiter im Heimathafen und 6000 Dockarbeiter, Rüper und Stauer. Das Kapital der Gesellschaft, das 1857 12-13 Millionen Mark betrug, belief sich Ende 1906 auf 125 Millionen Mark, der Wert des schwimmenden Materials auf etwa 100 Millionen Mark. Der Probantenertrag des Jahres 1905 war gleich 16 Millionen Mark. Nicht weniger als für 23 Millionen Mark Kohlen verbrauchte der Lloyd im Jahre 1906 auf den Dampfern, nämlich 1 450 000 Tonnen. An Passagieren beförderten die Lloyd'schiffe 1 405 449 243. Seit der Gründung des Lloyd bis Ende 1906 wurden insgesamt 5 977 834 Personen befördert, darunter tausende Märtyrer des Kampfes um die Befreiung der leidenden Menschheit aus Deutschland, Ausland usw.

Tausende und Abertausende von Menschen sind außer den Arbeitern, Angestellten und Beamten abhängig von diesem Unternehmen und groß ist sein Einfluß auf den Gang der Gesehgebung. Von Bremerhaven und Bremen gar nicht zu reden. Gerade die Jubiläumstage der vorigen Woche haben bewiesen, wie groß der Einfluß des Lloyd auf die höchsten Militärkreise, auf die Kreise der Minister, ja auf die „Krone“ sein muß. Von den höchsten Spitzen der Gesellschaft und aus allen Weltteilen ließen Begrüßungen und Geschenke ein. Die Herrten Kräfte und Dornbusch sowie ein Hohenzollernprinz beteiligten sich an dem Festmahle, daß der Lloyd auf einem seiner Dampfer gab. Und wie die leitenden Herren des Lloyd das Angenehme mit dem Nützlichen zu verbinden wissen, das bewies der Generaldirektor Dr. Wiegand in seiner Festrede, in der er den Regierungspersonen sanfte Rippenstöße und Nasenstümer gab, und sie zur Verbesserung der Eisenbahnverbindungen, zum Ausbau der Wasserwege und anderes mehr antrieb, bevor er sie hochleben ließ.

Natürlich wurde noch manches andere gesprochen; nur derer, die alle die Werte erzeugten, mit denen die Herren Lloydaktionäre, Aufsichtsräte usw. ihre Taschen füllten, wurde in den vielen Tischreden nicht gedacht, nämlich der Tausende von Arbeitsflaven. Erst am anderen Tage, als in Bremerhaven zu Ehren des Lloyd ein Festgelag veranstaltet wurde, wurde auch der Arbeiter in Neben gedacht. Was man sonst noch für sie übrig hatte, zeigt der Weisluh des Aufsichtsrates, wonach 500 000 Mark an die Seemanns- und Witwen- und Waisenkasse überwiesen und 300 000 Mark zur Verteilung an das untere Beamtenpersonal und die Arbeiter des Norddeutschen Lloyd ausgeteilt wurden. Der Philister und die für ihn existierende Presse liegt natürlich vor solcher Großmut bewundernd auf den Bauch. Wer aber die kapitalistische Wohlfaßtsnebelkeit kennt, der fragt nach dem Geschäftsabschluß von 1906. Der bietet aber folgendes Bild: Betriebsüberschüsse 36 673 000 Mark, allgemeine Kosten, Steuern, Zinsen usw. 5 413 000 Mark, Abschreibungen 16 235 000 Mark, Reservestellungen aus Betriebsüberschüssen 4 957 000 Mark, Nettogewinn 12 790 000 Mark, Dividende an die Aktionäre 8 1/2 Proz.

Welch ein Anlaß zum Jubilieren — für die Lloydkapitalisten! Was Marx und Engels 10 Jahre vor der Gründung des Lloyd's im „kommunistischen Manifest“ über die Entwicklung des Kapitalismus sagten, das hat sich erfüllt. Und erfüllen wird sich auch, was sie von seinem Ende und von der Zukunft der Arbeiterklasse, ja der Menschheit sagten.

Verfassungen.

Der Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Sonntag in der „Neuen Welt“ eine Generalversammlung ab, die als Fortsetzung der vor vierzehn Tagen stattgefundenen Versammlung galt. Es handelte sich diesmal in erster Linie um die Neuanschaffung mehrerer Verbandsbeamten. Zunächst teilte der Vorsitzende Dandte mit, daß der bisherige Rentant Pehold, der über 14 Jahre lang die Kassengeschäfte der Organisation am Orte geführt hat, zum 1. April diese Stellung aufgibt und die Geschäftsleitung des neuen Verbandshauses der Berliner Metallarbeiter übernimmt. Von den Anwesenden wurde diese Mitteilung unter dem Ausdruck ehrender Anerkennung für die Gesamttätigkeit Beifalls aufgenommen. Die Versammlung wählte darauf den bisherigen zweiten Kassierer Horning zum ersten Kassierer und

den Bureaubeamten Blumenthal zum zweiten Kassierer. Sodann erfolgten die Vorschläge zu den Kandidaturen der erforderlichen acht neuen Organisationsbeamten. Nach längerer Debatte wurde es der Versammlung anheimgestellt, nur solche Kandidaten zu unterstützen, die neben der statutarisch festgesetzten mindestens fünfjährigen Verbandszugehörigkeit auch eine mindestens ebensoviele Mitgliedschaft zu politischen Organisationen nachzuweisen vermöchten. Aufgestellt wurden hierauf die Genossen Horn, Maus, Mahle, Geisler, Wolfram, Heinemann, Jakobson, Petersdorff, Joseph, Gilleskamp, Karl, Kellenberg und Karpenkiel. Die Wahl erfolgt demnächst in den einzelnen Bezirken. Wegen der bereits sehr vorgerückten Zeit mußte die Beratung der noch vorliegenden Anträge zum Verbandstag bis zur nächsten außerordentlichen Versammlung vertagt werden. Zum Schluß besprach Dandte noch kurz das schon im „Vorwärts“ bekannt gegebene Ergebnis der statistischen Aufnahme betreffend die Zugehörigkeit der Metallarbeiter zur politischen Organisation sowie des Abkommens auf den „Vorwärts“. Redner ermahnte, die diesbezügliche Agitation nach Kräften fortzusetzen, damit in nicht zu ferner Zukunft auch der letzte Mann des Verbandes gleichzeitig Mitglied des sozialdemokratischen Wahlvereins werde und die Arbeiterpresse hält. Jeder Verbandsangehörige möge es sich zur Pflicht machen, das bisher Versäumte baldmöglichst nachzuholen, damit auch in den Reihen der Berliner Metallarbeiter das Wort: „Partei und Gewerkschaft sind eins“ in jeder Hinsicht wirklich praktische Bedeutung erlange.

Die Steinfeyer hielten am Sonntag eine Verbandsversammlung der Filiale Groß-Berlin I bei Melchert in der Bergstraße ab. Paul Schenke berichtete über die Verhandlungen der Schlichtungskommission zur Neuregelung des Tarifes für 1907-1908. In den drei Sitzungen, die bisher stattgefunden haben, sind positive Erfolge nicht erzielt worden. In der Frage eines Einheits-tarifes für alle im Steinfeyerberuf in Frage kommenden Arbeiterkategorien nahmen die Unternehmer zuerst einen durchaus ablehnenden Standpunkt ein. Durch Vermittlung des Magistratsrates Dr. Leo, der als unparteiischer Vorsitzender fungierte, gelang es, die Arbeitgeber etwas umzustimmen. Ein Antrag, daß die Schlichtungskommission bei sich ergebenden Differenzen der einzelnen Arbeiterkategorien in Kraft treten und anerkannt werden sollte, wurde angenommen. Mit diesem „moralischen Erfolg“, meinte der Berichterstatter, müsse man sich vorläufig zufrieden geben; erst die nächsten Sitzungen werden Klarheit darüber schaffen, wie weit die Unternehmer den Forderungen auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit entgegenkommen werden. — Auf eine Diskussion wurde verzichtet und der Bericht vom Verbandstag in Leipzig entgegengenommen. In den Versammlungen der Unterbezirke wird der Bericht im Speziellen gegeben werden, darum beschränkte sich der Redner, Paul Schenke, auf eine allgemeine Betrachtung, lobte den Geist der Brüderlichkeit auf dem Verbandstage und erklärte, daß für die Organisation wieder gute Arbeit geleistet worden sei; die alten Gewerkschaften hätten sich gut bewährt und neue seien eingestellt worden.

Die Brandenburger Gaukonferenz findet in Frankfurt a. O. wahrscheinlich am 10. März statt. Die beabsichtigte Delegiertenwahl wurde nicht vorgenommen, da am nächsten Sonntag noch die Unterbezirksversammlungen stattfinden.

Die Steinfeyer haben im allgemeinen 75 Pf. Stundenlohn bei neunstündiger Arbeitszeit, aber durch die weiten Entfernungen zu den jeweiligen Arbeitsplätzen werden die bezahlten neun Stunden oft zu 12-14 Stunden ausgedehnt. Daß die Arbeiter wissen, welche ungeheuren Profite die Steinfeyermäster einheimen, wurde in der Versammlung deutlich zum Ausdruck gebracht. Die Arbeiter betrachten ihre Forderungen nach Besserstellung nur als gerecht und billig.

Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Die Berliner Filiale dieses Verbandes hielt am Donnerstag bei Doerfer in der Webersstraße ihre Generalversammlung ab. Sie befaßte sich zunächst mit einer Anzahl von Anträgen auf Wiederannahme in den Verband, die von Kollegen gestellt waren, die seinerzeit wegen Vergehen gegen die Grundsätze oder die Statuten des Verbandes ausgeschlossen worden waren. Bis auf einzelne Ausnahmefälle wurde die Wiederannahme beschlossen. Darauf gab der Vorsitzende Gue den Bericht des Vorstandes über das Jahr 1906, der erkennen ließ, daß eine reiche und fruchtbringende Tätigkeit für die Organisation entfaltet worden ist, besonders in der zweiten Hälfte des Jahres, nachdem infolge des Verbandstages die innere Verwaltung zweckmäßiger gestaltet, das Bureau eingerichtet und provisorisch auch eine Hauskassiererin angestellt worden war. Der Vorstand hatte eine große Menge Arbeit zu erledigen. Neuaufnahmen wurden 750 vollzogen. Am Jahresschluß hatte die Filiale 3500 Mitglieder. Die Konjunktur im Beruf war nicht gut; zeitweise herrschte Arbeitsmangel. Auf dem Arbeitsnachweis der Männer meldeten sich 87 Kollegen 157mal arbeitslos; Stiefsen wurden 73 gemeldet, von denen 40 durch den Rachweis besetzt wurden. Der Redner machte darauf aufmerksam, daß die Arbeitslosen bei der An- und Abmeldung etwas pünktlicher verfahren sollten. Die Bibliothek, die 290 Bände zählt, wurde 386mal von weiblichen, und 71mal von männlichen Mitgliedern benutzt. — Ferner gab Gue den Kassenbericht, der für das verlossene Jahr in der Hauptkasse mit der Bilanzsumme von 22 644,75 M. abschließt. Krankenunterstützung wurden 3019,85 M., Streikunterstützung 1513 M. ausgezahlt und der Zentralkasse wurden 12 674,98 M. überwiesen. — Die Neuwahlen zur Ortsverwaltung hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Schöngens, 1. Schriftführer Kräuklein Redling, 2. Schriftführer Libenau, 2. Kassierer Hanig, Beisitzer Frau Rosenfengel, Frau Weich und Ulfhorst. Als Revisoren wurden Schwerin, Hoyerichter, Kräuklein Prinz, A. Müller und Kräuklein Eschenhan gewählt; in die Prüfungskommission Fischer und Paul Daaf. Die Wahl des dritten Mitglieds der Prüfungskommission wurde auf die nächste Versammlung verschoben. Sodann beschloß die Generalversammlung, das Amt der Hauskassiererin zu einem dauernden zu machen und das Gehalt auf 100 M. monatlich festzusetzen. Als Hauskassiererin wurde Frau Rosenfengel einstimmig wiedergewählt. — Die übrigen Punkte der Tagesordnung, darunter auch der Bericht vom paritätischen Arbeitsnachweis, wurden der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt.

Essentielle Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexandrinenstr. 26. Geöffnet täglich von 9-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 315 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Witterungsübersicht vom 4. März 1907, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C, Temp. in F. Rows include Bremen, Danzig, Berlin, Frankfurt a. M., Rügen, Wien, Hannover, Petersburg, Sibirien, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 5. März 1907. Zeitweise neblig, meist heiter und trocken; nachts leichter Frost und mittags ziemlich warm bei schwachen südlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Achtung! Genossinnen und Genossen! Achtung!
Volkversammlung

Dienstag, den 5. März, abends 8 Uhr, bei Haberecht, Große Frankfurterstr. 30.
 Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Adolf Ritter über: „Die Rechtsungleichheit der weiblichen Dienstboten gegenüber den gewerblichen Arbeiterinnen“.
 2. Diskussion. — Um zahlreichen Besuch ersucht
 Die Vertrauensperson.

Volk-Versammlung!

Am Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr, im Koffjäger-Palast, Hasenheide 52/53.

Tages-Ordnung: Die Lehren des jüngsten Wahlkampfes.
 Referentin: Genossin Frau Rosa Luxemburg.
 Genossinnen und Genossen! Sorgt für zahlreichen Besuch dieser Versammlung.
 Die Vertrauensperson.

Sozialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Dienstag, den 5. März 1907, abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung

in den Musiker-Sälen, Kaiser Wilhelmstraße 18m.

Tages-Ordnung:
 1. Der Ausfall der Reichstagswahlen.
 Referent: Parteisekretär Genosse Hermann Müller.
 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereins-Angelegenheiten.
 Gäste haben Zutritt. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.
 Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung

in Fiebigs Festsälen, Ackerstraße 6/7.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Molkenbuhr über Positive Leistungen der sozialdemokratischen Partei.
 2. Diskussion.
 Gäste — auch Damen — willkommen. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
 Der Vorstand.

Achtung! Herren-Maßschneider! Achtung!

Donnerstag, den 7. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 in der „Brauerei Friedrichshain“, am Friedrichshain.
 Mitgliedsbuch legitimiert.
 Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen mehr als 13 Wochen im Rückstande sind, haben keinen Zutritt.
 Die Ortsverwaltung.

Herrenkonfektion! Westen-Branche! Herrenkonfektion!

Für die in der gesamten Westenbranche beschäftigten Kolleginnen und Kollegen findet am
 Dienstag, den 5. März 1907, abends 8 1/2 Uhr
Versammlung
 in Wendts Pracht Sälen, Münzstraße 17, Eingang vom Königgraben statt.

Tages-Ordnung:
 Die Westenbranche, ihre Bedeutung und die Lage ihrer Arbeiterinnen und Arbeiter.
 Referentin: Fräulein Heidemann.
 Wir richten namentlich an die Werkstätten- und Seilarbeiterinnen der Westensfabriken das dringende Ersuchen, zahlreich zu erscheinen, aber auch die Arbeiterinnen der Zwischenmeister sind dringend eingeladen.
 Der Einberufer.

Großstück-Branche!

Für die Arbeiter der Firmen **Elsbach Nachf. und Kohn & Sohn** findet am
 Mittwoch, den 6. März 1907, abends 8 1/2 Uhr
Versammlung

in Wendts Pracht Sälen, Münzstraße 17, Eingang vom Königgraben statt.
 Angesichts der Ausperrung der Maßschneider und der Geschäftsverhältnisse in obigen Firmen, ist es Pflicht aller dort Beschäftigten, in der Versammlung zu erscheinen.
 Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 6. März, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen

Osten I und II: bei Litsch, Memelerstr. 67.

Nordosten: bei Mann, Straußbergerstr. 3.

Rosenthaler u. Schönhauser Vorstadt: bei Wernau, Schmiedestr. 26.

Wedding, Gesundbrunnen u. Moabit: bei Bergemann, Gerichtstraße 74.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein, auch die Ausgesperrten. — Die Adresse des Obmannes ist E. Welland, Bremerstr. 46.

Süden: bei Glesing, Wassertorstr. 68.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands- und Werkstattangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein!

Südosten I und II: bei Maas, Mantensellstr. 95.

Korbmacher
 bei Hoffmann, Köpenickerstr. 47, abends 8 1/2 Uhr.

Bürstenmacher!
 bei Walter, Waldbergr. 62.

Rahmenmacher
 abends 6 1/2 Uhr, bei Nagler, Alexandrinenstr. 103.

Modell- und Fabrikfischler
 bei Mothes, Guffenstr. 40:
Vertrauensmänner-Sitzung.

Maschinenarbeiter.

Kellers Festsälen (Inhaber Freyer), Köpenickerstr. 29, kleiner Saal.
 Jede Werkstatt muß einen Vertreter senden. — Obmann für Norden: Julius Jost, Wollmerstr. 34.

Branche der Musikinstrumentenmacher.

Mittwoch, den 6. März, abends 8 Uhr:

Vertrauensmänner - Versammlung

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 5).
 Tagesordnung: 1. Die Ausperrung der Berliner Holzarbeiter. 2. Bericht der Kommission. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
 Jeder Betrieb muß vertreten sein. — Mitgliedsbuch legitimiert.

Branche der Möbelpolierer.

Norden: Maas, Braunschweigstr. 96.
 Osten: Walter, Große Frankfurterstraße 133.
 Südosten: Schotte, Stalinerstraße 22.

Kistenmacher
 bei Baudach, Breßauerstr. 28.

Stellmacher
 bei Wohlfahrt, Rosenthalerstraße 57.
 Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

Oestliche Vororte
 bei Wildner in Friedrichsberg, Friedrich Karstr. 11.

Bautischler.

Bezirk I: bei Möhring, Admiralsstr. 18a.

Bezirk II: bei Zlotz, Warschauerstr. 61.

Bezirk III: bei Hube, Koppenhagenstr. 74.

Bezirk IV: bei Fortanier, Tegelerstr. 56.
 Die Branchenkommission.

Einsetzer
 im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 8.

Kammacher
 bei Walter, Waldbergr. 62:
 Sitzung der Kommission mit Vertrauensleuten.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Drechsler und Treppengeländer-Branche.

Norden: bei Bergmann, Brunnenstr. 79.

Osten: bei Schneider, Friedenstraße 67.

Südosten u. Südwesten: bei Stramm, Ritterstraße 123.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein.

Achtung! Ladentischler Achtung!

Freitag, den 8. März 1907, abends 8 1/2 Uhr:
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a:

Branchen-Versammlung der Ladentischler für Groß-Berlin

Tages-Ordnung:
 1. Unsere Lehren aus der Bewegung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Der Einberufer.

Achtung! Lederarbeiter! Achtung!

Donnerstag, 7. März, abends 8 Uhr, im „Variensab“, Badstr. 35/36:

Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Regelung der Lokalkasse. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Günstiges und zahlreiches Erscheinen ist der wichtigsten Tagesordnung wegen dringend notwendig!
 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch: Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.
 Am 2. März verstarb unser Mitglied, der Maler
Paul Kupfer
 Bezahl 96.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 4 Uhr von der Halle des Luther-Strichhofs in Lankwitz statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.
 238/16

Deutscher Holzarbeiter-Verband
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Wilhelm Schaffer
 am Freitag, den 1. März verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 5. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Wilhelmshäger Gemeindefriedhofs aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Die Ortsverwaltung.
 92,5

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer E. H. Wittale Berlin N.
Todes-Anzeige.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Sonntag, den 3. März, unser Mitglied, der Kohlenhändler
Theodor Kirsch
 im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Heilands-Gemeinde in Ploehsee aus statt.
 Die Ortsverwaltung.
 253/6

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Beerdigungshalle Berlin.
Todes-Anzeige.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlichter
Wilhelm Sühsenbach
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 5. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rigdorfer Gemeindefriedhofs in Rigdorf, Kariendorfer Weg aus statt.
 Rege Beteiligung erbetet
 Die Ortsverwaltung.
 114/9

Danksagung.
 Für die zahlreiche Beteiligung und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes und guten Vaters sage allen Verwandten und Bekannten, insbesondere dem Zentralverband der Spica Deutschlands und dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises meiner herzlichsten Dank.
 Ida Goerke nebst Sohn.

Dr. Simmel, Prizon
 Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Dr. Schünemann
 Spezial-Ärzt für
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
 Friedrichstr. 203, Ecke Schillingstr. 10-2, 5-7. Sonnt. 10-12 Uhr.

Victoria.



Gepäckräder und Motorgepäckräder
 beste Fahrzeuge für Waarentransporte aller Art.
Victoria-Werke A.G.
 Musterlager
 Alexanderstraße 37

Wartelstraße 63, 64. Sofort! Billige Läden, Wohnungen 2 Stuben, Küche, Balkon, Erker billigstens. *
Wohnung zwei Stuben, Küche, Schreinerstraße 62, bei der Frankfurter Allee, Jahresverbindung billig. * 146

Zimmer.
Möbliertes Schlafzimmer auf Tage, Wochen und Monate, Dresdenerstraße 99, II rechts. 1904b

Schlafstellen.
Schlafstelle, sofort, Prinzenstraße 47, vorn III links. 1911b
Schlafstelle Ballstraße 85, vorn III.
Möblierte Schlafstelle, Herren-Raumanstr. 72, IV, Erdber. 1893b

Mietgesuche.
Möbliertes Zimmer zum 15. März oder 1. April. Gegend Sebastian-Schmidstraße. Offerten mit Preisangabe an Paul Richter, Neue Friedr.-straße 71. 1916b

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Stuhlrechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. U. Wäcker, Pulverstraße 27. 1462b
Wäsche im Hause wäscht Peter Adorf, Bülowstraße 56, Hof. 1404*
Hilfsschneider, spitzbügeln, gut sitzend, schnell, geübt, Aenderungen, Reparaturen, Garderobenreinigung, sucht Kundenschaft. Oberl., Fruchtstraße 31, vorn. 146

Stellenangebote.
6 Detachente sofort gesucht. Gebrüder Wittenbergs Färberei, Weihenstraße, Langhausstraße 4. 1138*
Färber und Wäscher gesucht. Gebrüder Wittenbergs Färberei, Weihenstraße, Langhausstraße 4. 1138*
Schlofferlehrling verlangt Magnus, Bismarckstraße 6. 1895b
Verhilberer verlangt Wiegnerstraße 6. 146

Verhilberer verlangt Wiegnerstraße 6. 146
Tischler auf Holzleiten verlangt Dargatz, Köpenickerstraße 145.
Tüchtige Kolonnenführer und Helfer auf bessere Eisenkonstruktionen sucht Dregerhoff & Schmidt, Reinickendorf-Str. Hauptstraße 25/29. 1912b
Lehrmädchen mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung gesucht. Wohnungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. U. Sandorf & Co., Wellenliniestraße 1-2. 2315b*

Barock-Vergoldeur verlangt Baibe, Köpenickerstraße 127. 1905b
Lehrmädchen zum Aufschneiden und geschäftlich, neunstündige Arbeitszeit, Anfangsgehalt zwanzig Mark, sucht Schürzenfabrik, Kassestraße 10.
Botenfrauen finden sofort lohnende Beschäftigung. (Tour: Straßauer Allee und Markgrafendamm.) Sorauerstraße 20. 1898*
Wassermaler und Rodarbeiterin auf kurze Vorkurs, Boleros im Hause, Bogenstraße 18-20/00. Bald auf, Holzgerstraße 35, Ede Holzstraße, Frankfurter Allee. 18/11

Näherin zum Garnieren für dauernd gesucht. Gebr. Wittenbergs Färberei, Weihenstraße, Langhausstraße 4.
Botenfrauen finden sofort sehr lohnende Beschäftigung Potsdamerstraße 33 (Eingang Lühovstraße). 17/15*

Im Arbeitsmarkt durch bezugbaren Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Achtung!
An der Luxuspapier- und Zelluloidwarenfabrik 23/5
R. Priester & Co.
Michaelkirchstraße 17
hat das Personal die Arbeit niedergelegt und ist für Presser, Presserinnen, Holzfürstinnen, Spritzmaschinen, Buchbinder usw.
gesperrt.
Zugang ist fernzuhalten!
Deutscher Buchbinder-Verband.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Verein der Einsetzer Berlins.
Achtung! Bauarbeiter!

Wegen der Ausperrung in der Berliner Holzindustrie sind folgende Bauten gesperrt: 78/5
Bauten der Firma Sawatzki: Euphe, Württembergischestraße 37 Ede Liebenburgerstraße, Landslusterstr. 18, Sprengelstr. 19, 20, 21, Beamtenhäuser.
Bauten der Firma Jäger: Charlottenburg, Straße 26, Parz. 25, Jägerstr. 23, Kottbuscher Sanatorium.
Bau der Firma Jarotzki: Jagelhof, Glienide.

Bauten der Firma Plagemann: Fürstehof, Potsdamer Platz, Wittling, Kiezerstraße und Schornsteinstraße.
Bauten der Firma Traxel: Schallhorn u. Köhl, Tempelhof, Germania- und Gottlieb Dunkelstr. Ede.
Bauten der Firma Iden: Bolkstraße in Pantow neben dem Fabrikgebäude, Baumelster Köppen.
Bauten der Firma Dombrowsky: Tempelhof, Germania- u. Gottlieb-Dunkelstr. Ede, Bauherr Tausch u. Berghäuser.

Bauten der Firma Zieho: Charlottenburg, Lauroggenstr. 46, Rixdorf, Harzerstr. 3, Tegelestr. 7.
Bau der Firma Marquardt: Rixdorf, Weiße- und Kiezerstr. Ede.
Bau der Firma Emmeluth, Rixdorf: Gemeindefabrik der Metallarbeiter, Charlottenstr. 3, Charlottenburg, Hildebrandstr. 16, Bismarck, Friedrichsstraße, Bau Schmabach.
Bauten der Firma Schmidt, Frankfurter Allee: Dudenauerstr. 5, Dowe, Lichtberg, Magdalenenstr. 42, Hölzer.

Bauten der Firma Erdmann: Rindfleischbrot, Reuhaus, Dahlem, Parkstraße.
Bauten der Firma Grün & Hetwig: Städtische Anstalt in Busch, Barbarossaplatz, Hochschule, Oldenburgerstraße, Klosterbau, Kantenerstraße 3-8, Koppenhagen, Hellstraße, Spelstraße, Ede Dahlmannstraße, Bellermannstraße 92.

Bauten der Firma Gebr. Faul: Köpenickerstraße 44/45, Potsdamerstr. 15, Neuenhof, Monumentenstr. 27, Pariserstr. 21/22, Wilmersdorf, Gebr. Richter, Chausseestraße, Mariendorf, Offizierskassa, General Papestraße, Schöneberg.
Bauten der Firma Grünert & Seemann: Schönehauser Allee 97, Dänenstraße, Ede Schönlieserstraße, Annalidenstr. 33, Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 12, Treckmannstr. 34.
Bauten der Firma Powosin: Wilmersdorf, Brandenburgischestr. 12, Straße 26, Neumann, Tegele Weg 101/102.

Bauten der Firma Prill, Färberingerstraße: Demitz, Charlottenburg, Suarezstraße 13.
Bauten der Firma Walz: Noah, Liebenburger- und Halzburgerstraße Ede.
Bauten der Firma Sperling & Kapelke: Brügg, Werder- u. Jungiusstr. Ede, Spelstr. 56 und 57, Neue Wilhelmstr. 10.
Bauten der Firma Glatzer, Blücherstraße 35: Jühlendorf, Adalbertstr. 22, Waldemarstr. 41.

Bauten der Firma Schirmer: Breker, Nikolaussee, Rehwiese, Schirmer, Jühlendorf, Neustädterstraße, Schirmer, Grunewald, Parkstraße, Schirmer, Jühlendorf, Spandauerstraße, Bohlman, Jühlendorf, Riemerstraße, Halensee, Wangenheimstraße, Leutenenstr. 22, am Nikolaussee.
Bau der Firma Spohna: Weichselstraße 56/57, Rixdorf.
Bauten der Firma Wagenknecht: Sprecha, Büchelstraße 17, Hülse, Rixdorf, Richardstraße und Barteldorferstraße (Ede), Große, Mariendorf, Dorfstraße (Ede).

Bauten der Firma Akt.-Ges. für Bauausführung: Gardi u. Lesser, von der Heydstr. 12, Ritterstraße 11, Fabrikgebäude.

Bau der Firma Schüler: Wilmersdorf, Landshuter- u. Berlinerstr. Ede, Bau Biele.
Bauten der Firma Repke, Charlottenburg: Lorenz, Spelstraße 47, Selbst, Bismarckstraße, Ede Räderstraße, Lanfow, Sanatorium, Schröder, Charlottenburg, Spielbagenstraße, Ede Wilmersdorferstraße.
Bauten der Firma Gebr. Schaar: Jelder u. Platten, Lichtberg, Dorfstraße 9, Wir u. Genest, General Papestraße, Rahnisch, am Neuen Wannsee, Charlottenburg-Westend, Soorstraße, Villa Baum, Villenkolonie Grunewald, Glauerstr. 4.
Bauten der Firma Schubert: Wir u. Genest, General Papestraße, Holland, Rixdorf, Ebelstraße 37, Holland, Wilmersdorf, Polsteinischestraße, Rohrad, Schöneberg, Grunewaldstraße 53.

Bauten der Firma Kassin: Charlottenburg, Kaiser-Allee 203, Grünfeld, Schönlieserstraße 4, Bandmann, Landshuterstraße, Hochschule, Barbarossaplatz.
Bauten der Firma Walter, Reinickendorf: Gemeindefabrik, Reinickendorf, Sprengel- und Samoastraße Ede, Hausotter- und Reibengstraße Ede.
Bauten der Firma Kassar, Gieselerstraße 63: Tropste, Wannsee, Alleestr. 33, Hammer, Gieselerstraße, Hammer, Lanfow.

Bauten der Firma Maas: Tegelestr. 6, Bau Körling, Große, Marienfelde, Reichstraße.
Bauten der Firma Henke, Mariendorf: Mette, Mariendorf, Dorfstraße, Erdmann, Mariendorf, Chausseestraße, Tempelhof, Fensterbauten, Schöneburgerstraße.
Bauten der Firma Wolf: Fürstehof, Potsdamer Platz, Halensee, Hertastr. 13, Busch, Hellstraße.

Bauten der Firma Kuhnert & Kühne: Kott, Schöneberg, Barbarossaplatz, Landshuterstraße, Paulsen, Charlottenburg, Schlüterstraße, Damsheim, Wilmersdorf, Rehwiese, Lehmann, Tiefbaugesellschaft, Dahlmann- und Gersdorferstraße Ede, Buschholz, Steglitz, Albrecht- und Brüderstr. Ede, Dahlmann, Friedenau, Bargenerstraße 7.
Bau der Firma Köster: Weichselstraße 37.
Bau der Firma Jost, Glogauerstraße: Lindenstraße, Erweiterungsbau der Victoria.
Bauten der Firma Dittmar, Pantow: Bolkstr. 117, Schönholzerstr. 1, Kaiser Friedrichstr. 63, Schule.

Bauten der Firma Altstädt, Lippehnerstr. 23: See- u. Malplaquetstraße Ede, Jüdelandstr. 8.
Bauten der Firma Schulenburg, Charlottenburg: Franken, Wangenheimstr. Ede, Ueberholz, Kurfürstendamm.
Bauten der Firma Hegelmann: Bommel, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 219-220, Schumann, Wilmersdorf, Kaiser Allee, Ede Wilhelmstraße, Schulz, Jungfernhöhe, Rindenerstraße, Böttcher, Reinickendorf, Justusstraße, Böttcher, Vogelerstr. 17.

Bauten der Firma Kauschke: Charlottenburg, Schillerstr. 11.
Bauten der Firma Herrmann, Zaisersstraße: Audan in Tegele, Beistr. 16, Gasanstalt, Prezlauer Allee, Direktionsgebäude und Gührrenlager.
Bauten der Firma Strotthoff: Herold, Charlottenburg, Gieselerstraße 17, Reinickendorferstr. 95, Gutzeit, Ufer- und Maxim Ophstr. Ede.
Bauten der Firma Noack, Heunigsdorferstraße: Giller, Nord-Ufer, zwischen Lymarstraße und Ringbahn, Reinickendorferstr. 49.
Bau der Firma Pohl & Sohn: Schöfow, Charlottenburg, Spelstr. 7-8.

Achtung! Bauarbeiter!
Die Bauten der Firma Vereinigte Bauarbeiter aus Nieß bei Treuenbrietzen: **Bau Albrecht, Barbarossastraße (Schöneberg), Bau Völker, Jablonskistraße 12/13, Sentinger, Hochstraße, Pohn, Lisztstraße, Bornholmerstraße, Prenzlauer Allee, Ecke Chodowieckstraße,** sind für Tischler und Einsetzer gesperrt.
80/5
Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Der Gauvorstand.

Achtung! Konfektionschneider!
Die Firmen: **Schulmeister, Dresdenstraße, Carl Zobel, Köpenickerstraße, Wilh. Seide, Dresdenstraße, Jul. Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 111,** haben sich an der Ausperrung der Wäschnneider beteiligt.
Wir ersuchen die Konfektionschneider, die Arbeit dieser Firmen zurückzugeben.
Die Firma Schulmeister läßt Roharbeit konfektionsmäßig herstellen.
162/14
Verband der Schneider. Die Ortsverwaltung.

Bauten der Firma Braun: Müller, Rixdorf, Boller- und Kullandstraße Ede, Müller, Rixdorf, Granoldplatz, Fensterbau.
Bauten der Firma Grünberg, Markgrafendamm: Springer, Schöneberg, Lutzer- u. Freisingerstraße Ede, Rixdorf, Vertuschplatz 8.
Bauten der Firma Stellmack: Wilmersdorf, Büffelstraße, an der Bayerischen Straße, Charlottenburg, Neue Kantstraße, Ede Denningstraße, Pantow, Spandauerstraße, Ede Kreuzstraße.
Bauten der Firma Oehlschlägel: Lauer, Charlottenburg, Uplandstraße, Ede Steinplatz, Häpfer u. Schmarzopf, Schmarzendorf, Ruhlostr. 20/21.
Bauten der Firma Röder & Comp.: Schmalz, Ralanderstraße, Ede Straße 2b, Lauroggenstr. 2.
Bauten der Firma C. Prächtel, Kaulherstr. 10: Dahlem, Botanischer Garten, Charité-Krankenhaus, Strehow-Krankenhaus, Seefstraße, Badhof, Alt-Neubau.

Bauten der Firma Thal, Zehrerstr. 44: Rixdorf, Steglitz, Friedrichstr. 6, Müllerstr. 62.
Bauten der Firma Heinemann: Sophie Charlottenstraße, Ede Knobelsdorferstraße, Brehm, Gieselerstraße, Krüger, Denningstraße, Lange, Rixdorf, Boddinstraße, Lange, Steglitz, Forststraße, Rixdorf, Lahnstraße.
Bauten der Firma Metz, Urbanstraße: Tempelhof, Chausseestraße, Steglitz, Studienrauchstraße, Pantow, Rindlerstr. 18, Tegele, Spandauer, Ede Bergstraße.
Bau der Firma Herrgott & Hübner, Wilhelmshavenstraße: Charlottenburg, Berner Sternstr. 27, Rommelfstr. 24, Dahlstr. 27.
Bauten der Weißenseer Holzverarbeitungsfabrik G. m. b. H.: Lohse, Wilmersdorf, Friedenau, Ringbahnstr. 245, Busse u. Neufom, Schöneberg, Wilmersdorf, 16, Anoblauch, Brigg, Jahnstr. 82, Löwe, Siedingstr. 64, Kronenstr. 33, Bandmann, Heilbronnerstr. 22, Weigenstr. 13, Friedenstr. 3.
Bauten der Firma Pätz, Reichenbergerstr. 114: Hölzer u. Gollberg, Rixdorf, Berg- u. Balthasarstraße Ede, Hölzer, Rixdorf, Treptower- und Harzerstraße Ede, Weize, NW, Uferstraße 4/5.

Bauten der Firma Osten, Rixdorf: Magnus, Schönehauser Allee 134a.
Bau der Firma Kauschke: Charlottenburg, Schillerstr. 11.
Bauten der Firma Herrmann, Zaisersstraße: Audan in Tegele, Beistr. 16, Gasanstalt, Prezlauer Allee, Direktionsgebäude und Gührrenlager.
Bauten der Firma Strotthoff: Herold, Charlottenburg, Gieselerstraße 17, Reinickendorferstr. 95, Gutzeit, Ufer- und Maxim Ophstr. Ede.
Bauten der Firma Noack, Heunigsdorferstraße: Giller, Nord-Ufer, zwischen Lymarstraße und Ringbahn, Reinickendorferstr. 49.
Bau der Firma Pohl & Sohn: Schöfow, Charlottenburg, Spelstr. 7-8.

Bauten der Firma Nütche, Zietzestraße 27: Ede u. Schmarz, Schönebergstr. 5, Hill u. Jakob, Rixdorf, Demaultr. 114.
Bauten der Firma Kolloff: Röhrenhof, Friedrich, Ede Röhrenstraße, Schönehauserstr. 7, Wilmstr. 17.
Bauten der Firma L. Lassen: Demme, Uferstr. 94, Schmalz, Uferstraße- und Dorlmundstraße Ede, Blumenfeld, Müllerstr. 152, Laffen u. Preßnitz, Vogehagen.
Bau der Firma Hoffmann, Wollinerstr. 27a: Kleinstr. 46/47.
Firma Knöfel, Lichterfelde, Mantensfeldestr. 7: Steglitz, Herderstr. 7.
Bau der Firma Schwarze, Rixdorf, Rogastr. 25: Rixdorf, Uferstr. 32-34.
Bau der Firma Holstein: Schule, Lichtberg, Schmarzbergerstraße 22.
Bau der Firma Schneider, Griebenowstraße: Bellermannstr. 84, Adalbertstr. 9.
Bau der Firma Mader, Schönehauserstr. 6: Pantow, Schmidtstr. 6.
Bau der Firma Reuter, Steinmeierstr. 24: Hausmann, Rindgenstr. Ede Rosenheimerstraße.
Bau der Firma Ruchfall, Kottbuscher Allee 10: Schönehauser Allee, Ede Bornholmerstraße, Leibnizstr. 46.
Bau der Firma Scharwis: Eidel, Friedenau, Grunewaldstraße.
Bau der Firma Weise, Moabit: Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 1, Rixdorf, Schadowstraße 5.
Verfälscht und Bauten der Firma Altendorf, Charlottenburg: Bau der Firma Seeger, Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 38, Treckmannstr. 67.
Bau der Firma Mitsch, Varminstr. 22: Christburgerstr. 41.
Bau der Firma Schrammer in Rixdorf: Dedemann, Jm- u. Domauerstraße Ede.
Bau der Firma Krause in Rixdorf: Rudolf u. Kumpel, Mariendorf, Feldstr. 65.
Bauten der Firma Gustrau, Rixdorf: Eiler, Ober-Schöneweide, Edisonstraße 40.
Bauten der Firma Gebr. Hugo, Cabinerstraße: Rinswald, Romintenstr., a. d. Straße, Ede Bouchéstraße, Cotenusstr. 5, Jech, Guttenstraße.
Bau der Firma Harms: Bettendorferstr. 28.

Bauten der Firma Schmidt & Co., Schönehauser Allee: Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Steglitz Ede, Schöneberg, Pragerstr. 15, Brill u. Schmidt, Charlottenburg, Denningstraße, Dugh, Charlottenburg, Spelstr. 56/57, Herde, Charlottenburg, Dahlmannstraße, Frey, Charlottenburg, Niedestr. 77, Herdt, Schöneberg, Bambergerstr. 14, Voller, Schöneberg, Rindgenstr. 14, Voller, Pariserstr. 32.
Bau der Firma Handt, Grimmstraße: Keller, Jägerstr. 63, Krafz, Liebenburgerstraße, Ede Halzburgerstraße, Weidner, Kurfürstendamm 144, Hansherr, Steglitz, Dübenerstraße, Ede Schloßstraße, Steglitz, Abornstr. 12, Nassau, Stuter, Jühlendorf, Ederstr. 4, Schenken, Jühlendorf, Wilmersdorf, Große, Jühlendorf, Riemerstraße, Bohlman u. Kappel, Jühlendorf, Riemerstraße, Bohlman, Nieder-Schönhausen, Treckmannstr. 67.
Bauten der Firma Pasch, Pfarrerstraße 35: Suggenhausen, Lichtberg, Pfarrerstraße 3, Simon Dachstraße, Karlshorst, Prinz Oskarstraße, Uferstr. 3, Himmelsburg, Wilhelmstr. 3/4, Höfel u. Schert, Karlshorst, Boff, Nieder-Schöneweide, Schmidt, Charlottenburg, Gerwinstr. 3, Große, Mariendorf, Dorfstr. Ede.
Bau der Firma Stahl, Kurfürststraße 37: Ueberholz, Kurfürstendamm 170, Welfendorf, Steglitz, Niquelstr. 31.
Bauten der Firma Geißler, Tiefenbachstraße: Graterjahn, Schönehauser-Allee 129, Hesse, Pariserstraße, Euphe, Schlüterstraße, Ede Liebenburgerstraße, Neuenhof, Rommentenstr. 27, Menge, Wilmersdorf, Schwabischestraße, Burgall u. Martin, Jädelsteinstraße 49, Kottbuscherdamm 57, Friedenau, Studienrauchstr. 12, Villenkolonie Nikolaussee, Sudetenstraße, Köpenick, Deegl, Sudetenstraße, Kolofow, Eder u. Denning, Boddinstr. 4, Keller, Schöneberg, Rindgenstr. 14, Wiltner, Friedenau, Jühlstr. 6.

Bauten der Firma Törner & Scharlau: Str. Frankfurterstr. 126, Schmidt, Bollerstr. 35, Rixdorf, Weichselstr. 49/49, Bismarck, Charlottenburg, Rommelfstraße 42/43, Lehmann, Charlottenburg, Rommelfstraße 44, Wilmersdorf, Kaiser-Allee 202.
Bauten der Firma F. Peschel & Söhne: Vertram, Schöneberg, Martin Lutherstraße 27, Keller, Schöneberg, Eolauerstr. 3, Baugesellschaft "Bertha", Rixdorf, Hermannstr. 32.
Bauten der Firma G. Bruns, Vöppelstraße: Bismarckstr. 71/72, Geise, Schönehauserstr. 3-4, Geise, Weihenstraße, Friedenstr. 16, Vogt, Kottbusch, Kurfürst- und Grodenstraße Ede, Köpfer.
Bauten der Firma Völker, Tempelhof: Groß, Bornholmerstraße, Ede Schönehauser Allee, Gübner, Charlottenburg, Bismarck, Ede Bismarckstraße, Villa Berner, Klein Ollendie bei Potsdam, Paulsen, Schlüterstr. 33/34, Lehmann, Dahlmannstraße, Ede Garwinstraße.
Bauten der Firma Lindgren, Rixdorf: Kottmann, Brückenstr. 2, Wähler, Rixdorf, Bergstr. 112, Wäpferstr. 25, Müller, Wäpfer- und Juchstraße Ede, Löwe, Gewerkschaft, Wittenau, Altes Kriminalgericht, Moabit, Wilde, Böhmischestraße, Ede Schönbachstraße.
Bauten der Firma Jensen & Wodrich: Samoanstr. 2, 3, 20, Bau Müller, Prinz Regentenstr. 116, Bau Laß.
Bauten der Firma Lindgren, Bergmannstraße: Lorenz Reple, Ebelstr. 47, Karl Schmidt, Heilmittelstr. 2, Prinzessinnenstr. 18, Wilhelmstr. 45/46, Gemeindefabrik d. Metallarbeiter, Charlottenstr. 3, Größlich u. Ludwig, Grolmanstr., Ede Bismarckstraße.
Bauten der Firma Grieser, Steglitz, Gieselerstraße: Lamprecht, Steglitz, Schönebergstraße 10-11, Simmig, Pantow, Schulstraße, Ede Bismarckstr. 28, Wilmersdorf, Steglitz, Himmelsmannstr. 12, Krüger, Uferstraße, Chausseestraße, Ede Steglitzstraße.
Bauten der Firma Heinrich, Steglitz, Vantagenstr. 19: Simmig, Steglitz, Martinstr. 5, Simmig, Steglitz, Albrechtstr. 107, Buschland, Steglitz, Ede Bismarckstr. 12/13, Wilmersdorf, Steglitz, Zimmermannstraße 12/13, Müller u. Ullrich, Friedenau, Wilhelmstr. 2/3.
Bau der Firma Reinhardt, Deneckewitzstraße: Schönebergstr. 27.
Bau der Firma Vogt, Köpenickerstr. 54: Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. Ede Scharnstraße.
Bauten der Firma Engel, Uferstr. 5: Soalmann, Schönebergstraße, Noah, Dortmundstraße, Lehmann, Holzstraße.
Bauten der Firma Finkendel, Groß-Lichterfelde: Fernide, Steglitz, Berlinstr. 5, Hausberg, Groß-Lichterfelde, Ringstraße, Ede Dübenerstraße.
Bau der Firma Brandenburg, Wilhelmstr. 124: Bonifaciusgemeinde, Horst. 57/58, Schilling, Köpenickerstr. 27, Wähler, Kiezerstr. 8a u. 2, Köpenickerstr. 27.
Bauten der Firma Vogt & Söhne, Stendalerstr. 6: Uferstr. 12, Dreierstraße, Ede Stolpischestraße, Bau- und Spandauer Westend, Bommel, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 219/220, Darimann, Cornely, Friedenau, Studienrauchstraße, Ziele, Wilmersdorf, Kassaufstraße, Herms, Pantow, Schmidtstraße.
Bauten der Firma Lütjen & Bruns, Griebenowstraße: Kubrecht, Dahlmannstr. Ede Spelstr. 56, Köppen, Pantow, Bolkstr. 97, Bakenus, Charlottenburg, Clausenstraße 7.
Bauten der Firma Fröbe, Grolmannstraße: Grolmannstr. 4.
Bauten der Firma Siehter, Schmarzendorf, Berlinstr. 33: Kumpian, Steglitz, Schloßstr. 32.
Wegen Streit und Differenzen sind gesperrt:
Für Bergolde: J. C. Wast, Zeughofstraße.
Für Kammacher und Zelluloid-Arbeiter: Firma Grünberg, Weihenstraße, Langhausstr. 58.
Für Bodenleger: Lur, Neue Kant- und Denningstraße Ede, Bau Kottbuscherdamm 61, Zugang ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Bauten der Firma Braun: Müller, Rixdorf, Boller- und Kullandstraße Ede, Müller, Rixdorf, Granoldplatz, Fensterbau.
Bauten der Firma Grünberg, Markgrafendamm: Springer, Schöneberg, Lutzer- u. Freisingerstraße Ede, Rixdorf, Vertuschplatz 8.
Bauten der Firma Stellmack: Wilmersdorf, Büffelstraße, an der Bayerischen Straße, Charlottenburg, Neue Kantstraße, Ede Denningstraße, Pantow, Spandauerstraße, Ede Kreuzstraße.
Bauten der Firma Oehlschlägel: Lauer, Charlottenburg, Uplandstraße, Ede Steinplatz, Häpfer u. Schmarzopf, Schmarzendorf, Ruhlostr. 20/21.
Bauten der Firma Röder & Comp.: Schmalz, Ralanderstraße, Ede Straße 2b, Lauroggenstr. 2.
Bauten der Firma C. Prächtel, Kaulherstr. 10: Dahlem, Botanischer Garten, Charité-Krankenhaus, Strehow-Krankenhaus, Seefstraße, Badhof, Alt-Neubau.

Bauten der Firma Thal, Zehrerstr. 44: Rixdorf, Steglitz, Friedrichstr. 6, Müllerstr. 62.
Bauten der Firma Heinemann: Sophie Charlottenstraße, Ede Knobelsdorferstraße, Brehm, Gieselerstraße, Krüger, Denningstraße, Lange, Rixdorf, Boddinstraße, Lange, Steglitz, Forststraße, Rixdorf, Lahnstraße.
Bauten der Firma Metz, Urbanstraße: Tempelhof, Chausseestraße, Steglitz, Studienrauchstraße, Pantow, Rindlerstr. 18, Tegele, Spandauer, Ede Bergstraße.
Bau der Firma Herrgott & Hübner, Wilhelmshavenstraße: Charlottenburg, Berner Sternstr. 27, Rommelfstr. 24, Dahlstr. 27.
Bauten der Weißenseer Holzverarbeitungsfabrik G. m. b. H.: Lohse, Wilmersdorf, Friedenau, Ringbahnstr. 245, Busse u. Neufom, Schöneberg, Wilmersdorf, 16, Anoblauch, Brigg, Jahnstr. 82, Löwe, Siedingstr. 64, Kronenstr. 33, Bandmann, Heilbronnerstr. 22, Weigenstr. 13, Friedenstr. 3.
Bauten der Firma Pätz, Reichenbergerstr. 114: Hölzer u. Gollberg, Rixdorf, Berg- u. Balthasarstraße Ede, Hölzer, Rixdorf, Treptower- und Harzerstraße Ede, Weize, NW, Uferstraße 4/5.

Bauten der Firma Osten, Rixdorf: Magnus, Schönehauser Allee 134a.
Bau der Firma Kauschke: Charlottenburg, Schillerstr. 11.
Bauten der Firma Herrmann, Zaisersstraße: Audan in Tegele, Beistr. 16, Gasanstalt, Prezlauer Allee, Direktionsgebäude und Gührrenlager.
Bauten der Firma Strotthoff: Herold, Charlottenburg, Gieselerstraße 17, Reinickendorferstr. 95, Gutzeit, Ufer- und Maxim Ophstr. Ede.
Bauten der Firma Noack, Heunigsdorferstraße: Giller, Nord-Ufer, zwischen Lymarstraße und Ringbahn, Reinickendorferstr. 49.
Bau der Firma Pohl & Sohn: Schöfow, Charlottenburg, Spelstr. 7-8.

Bauten der Firma Nütche, Zietzestraße 27: Ede u. Schmarz, Schönebergstr. 5, Hill u. Jakob, Rixdorf, Demaultr. 114.
Bauten der Firma Kolloff: Röhrenhof, Friedrich, Ede Röhrenstraße, Schönehauserstr. 7, Wilmstr. 17.
Bauten der Firma L. Lassen: Demme, Uferstr. 94, Schmalz, Uferstraße- und Dorlmundstraße Ede, Blumenfeld, Müllerstr. 152, Laffen u. Preßnitz, Vogehagen.
Bau der Firma Hoffmann, Wollinerstr. 27a: Kleinstr. 46/47.
Firma Knöfel, Lichterfelde, Mantensfeldestr. 7: Steglitz, Herderstr. 7.
Bau der Firma Schwarze, Rixdorf, Rogastr. 25: Rixdorf, Uferstr. 32-34.
Bau der Firma Holstein: Schule, Lichtberg, Schmarzbergerstraße 22.
Bau der Firma Schneider, Griebenowstraße: Bellermannstr. 84, Adalbertstr. 9.
Bau der Firma Mader, Schönehauserstr. 6: Pantow, Schmidtstr. 6.
Bau der Firma Reuter, Steinmeierstr. 24: Hausmann, Rindgenstr. Ede Rosenheimerstraße.
Bau der Firma Ruchfall, Kottbuscher Allee 10: Schönehauser Allee, Ede Bornholmerstraße, Leibnizstr. 46.
Bau der Firma Scharwis: Eidel, Friedenau, Grunewaldstraße.
Bau der Firma Weise, Moabit: Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 1, Rixdorf, Schadowstraße 5.
Verfälscht und Bauten der Firma Altendorf, Charlottenburg: Bau der Firma Seeger, Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 38, Treckmannstr. 67.
Bau der Firma Mitsch, Varminstr. 22: Christburgerstr. 41.
Bau der Firma Schrammer in Rixdorf: Dedemann, Jm- u. Domauerstraße Ede.
Bau der Firma Krause in Rixdorf: Rudolf u. Kumpel, Mariendorf, Feldstr. 65.
Bauten der Firma Gustrau, Rixdorf: Eiler, Ober-Schöneweide, Edisonstraße 40.
Bauten der Firma Gebr. Hugo, Cabinerstraße: Rinswald, Romintenstr., a. d. Straße, Ede Bouchéstraße, Cotenusstr. 5, Jech, Guttenstraße.
Bau der Firma Harms: Bettendorferstr. 28.

Bauten der Firma Schmidt & Co., Schönehauser Allee: Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Steglitz Ede, Schöneberg, Pragerstr. 15, Brill u. Schmidt, Charlottenburg, Denningstraße, Dugh, Charlottenburg, Spelstr. 56/57, Herde, Charlottenburg, Dahlmannstraße, Frey, Charlottenburg, Niedestr. 77, Herdt, Schöneberg, Bambergerstr. 14, Voller, Schöneberg, Rindgenstr. 14, Voller, Pariserstr. 32.
Bau der Firma Handt, Grimmstraße: Keller, Jägerstr. 63, Krafz, Liebenburgerstraße, Ede Halzburgerstraße, Weidner, Kurfürstendamm 144, Hansherr, Steglitz, Dübenerstraße, Ede Schloßstraße, Steglitz, Abornstr. 12, Nassau, Stuter, Jühlendorf, Ederstr. 4, Schenken, Jühlendorf, Wilmersdorf, Große, Jühlendorf, Riemerstraße, Bohlman u. Kappel, Jühlendorf, Riemerstraße, Bohlman, Nieder-Schönhausen, Treckmannstr. 67.
Bauten der Firma Pasch, Pfarrerstraße 35: Suggenhausen, Lichtberg, Pfarrerstraße 3, Simon Dachstraße, Karlshorst, Prinz Oskarstraße, Uferstr. 3, Himmelsburg, Wilhelmstr. 3/4, Höfel u. Schert, Karlshorst, Boff, Nieder-Schöneweide, Schmidt, Charlottenburg, Gerwinstr. 3, Große, Mariendorf, Dorfstr. Ede.
Bau der Firma Stahl, Kurfürststraße 37: Ueberholz, Kurfürstendamm 170, Welfendorf, Steglitz, Niquelstr. 31.
Bauten der Firma Geißler, Tiefenbachstraße: Graterjahn, Schönehauser-Allee 129, Hesse, Pariserstraße, Euphe, Schlüterstraße, Ede Liebenburgerstraße, Neuenhof, Rommentenstr. 27, Menge, Wilmersdorf, Schwabischestraße, Burgall u. Martin, Jädelsteinstraße 49, Kottbuscherdamm 57, Friedenau, Studienrauchstr. 12, Villenkolonie Nikolaussee, Sudetenstraße, Köpenick, Deegl, Sudetenstraße, Kolofow, Eder u. Denning, Boddinstr. 4, Keller, Schöneberg, Rindgenstr. 14, Wiltner, Friedenau, Jühlstr. 6.

Bauten der Firma Nütche, Zietzestraße 27: Ede u. Schmarz, Schönebergstr. 5, Hill u. Jakob, Rixdorf, Demaultr. 114.
Bauten der Firma Kolloff: Röhrenhof, Friedrich, Ede Röhrenstraße, Schönehauserstr. 7, Wilmstr. 17.
Bauten der Firma L. Lassen: Demme, Uferstr. 94, Schmalz, Uferstraße- und Dorlmundstraße Ede, Blumenfeld, Müllerstr. 152, Laffen u. Preßnitz, Vogehagen.
Bau der Firma Hoffmann, Wollinerstr. 27a: Kleinstr. 46/47.
Firma Knöfel, Lichterfelde, Mantensfeldestr. 7: Steglitz, Herderstr. 7.
Bau der Firma Schwarze, Rixdorf, Rogastr. 25: Rixdorf, Uferstr. 32-34.
Bau der Firma Holstein: Schule, Lichtberg, Schmarzbergerstraße 22.
Bau der Firma Schneider, Griebenowstraße: Bellermannstr. 84, Adalbertstr. 9.
Bau der Firma Mader, Schönehauserstr. 6: Pantow, Schmidtstr. 6.
Bau der Firma Reuter, Steinmeierstr. 24: Hausmann, Rindgenstr. Ede Rosenheimerstraße.
Bau der Firma Ruchfall, Kottbuscher Allee 10: Schönehauser Allee, Ede Bornholmerstraße, Leibnizstr. 46.
Bau der Firma Scharwis: Eidel, Friedenau, Grunewaldstraße.
Bau der Firma Weise, Moabit: Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 1, Rixdorf, Schadowstraße 5.
Verfälscht und Bauten der Firma Altendorf, Charlottenburg: Bau der Firma Seeger, Nieder-Schönhausen, Bismarckstr. 38, Treckmannstr. 67.
Bau der Firma Mitsch, Varminstr. 22: Christburgerstr. 41.
Bau der Firma Schrammer in Rixdorf: Dedemann, Jm- u. Domauerstraße Ede.
Bau der Firma Krause in Rixdorf: Rudolf u. Kumpel, Mariendorf, Feldstr. 65.
Bauten der Firma Gustrau, Rixdorf: Eiler, Ober-Schöneweide, Edisonstraße 40.
Bauten der Firma Gebr. Hugo, Cabinerstraße: Rinswald, Romintenstr., a. d. Straße, Ede Bouchéstraße, Cotenusstr. 5, Jech, Guttenstraße.
Bau der Firma Harms: Bettendorferstr. 28.

Bauten der Firma Schmidt & Co., Schönehauser Allee: Wilmersdorf, Kaiser-Allee u. Steglitz Ede, Schöneberg, Pragerstr. 15, Brill u. Schmidt, Charlottenburg, Denningstraße, Dugh, Charlottenburg, Spelstr. 56/57, Herde, Charlottenburg, Dahlmannstraße, Frey, Charlottenburg, Niedestr. 77, Herdt, Schöneberg, Bambergerstr. 14, Voller, Schöneberg, Rindgenstr. 14, Voller, Pariserstr. 32.
Bau der Firma Handt, Grimmstraße: Keller, Jägerstr. 63, Krafz, Liebenburgerstraße, Ede Halzburgerstraße, Weidner, Kurfürstendamm 144, Hansherr, Steglitz, Dübenerstraße, Ede Schloßstraße, Steglitz, Abornstr. 12, Nassau, Stuter, Jühlendorf, Ederstr. 4, Schenken, Jühlendorf, Wilmersdorf, Große, Jühlendorf, Riemerstraße, Bohlman u. Kappel, Jühlendorf, Riemerstraße, Bohlman, Nieder-Schönhausen, Treckmannstr. 67.
Bauten der Firma Pasch, Pfarrerstraße 35: Suggenhausen, Lichtberg, Pfarrerstraße 3, Simon Dachstraße, Karlshorst, Prinz Oskarstraße, Uferstr. 3, Himmelsburg, Wilhelmstr. 3/4, Höfel u. Schert, Karlshorst, Boff, Nieder-Schöneweide, Schmidt, Charlottenburg, Gerwinstr. 3, Große, Mariendorf, Dorfstr. Ede.